Donnerstag, 22. August 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 194 - 34.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sozialhilfe: Durch bessere Leistungen des Arbeitsamtes für Langzeitarbeitslose, mehr Angebote zur ambulanten Pflege und durch die Verpflichtung von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnützigen Arbeiten will der Vorsitzende des Fachausschusses für Sozialpolitik der CDU, Fink, die Kostenexplosion bremsen. (S. 4)

Transitverkehr: Der Aufwärtstrend im Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin hält an. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres wurden 13,3 Millionen Reisende gezählt – 6,8 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. (S. 4)

Asyl: Der Direktor der offiziellen Menschenrechtskommission Nicaraguas, Mateo Guerrero, hat sich in die USA abgesetzt und dort politisches Asyl erhalten. Den Sandinisten warf er vor, die Arbeit der Kommission zu behindern und sie in ein Propagandainstrument umwandeln zu wollen.

Politchef: Generalleutnant Nikolaj Moissejew ist neuer Politchef der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR". Moissejew war 1982 als Chef der politischen Verwaltung des Militärbezirks Turkestan identifiziert worden, wo er eine wichtige Rolle bei der ideologischen Vorbereitung sowjetischer Soldaten für den Einsatz in Afghanistan gespielt haben dürfte. (S. 8)

Spacelab: Abgeordnete von SPD und FDP haben sich dagegen ausgesprochen, das europäische Weltraumlabor Spacelab für die amerikanische SDI-Forschung zu benutzen. Ein von den Amerikanern beabsichtigter Test mit Laserstrahlen stelle einen Verstoß gegen die Vereinbarung dar, das Weltraumlabor nur für friedliche Zwecke zu verwenden. (S. 5)

Athen bleibt hart: Die Differenzen mit der NATO konnten auch bei einem Treffen zwischen Regierungschef Papandreou und NATO-Oberbefehlshaber Rogers nicht ausgeräumt werden. Athen bleibt bei seinem „Nein" zu der von der NATO gewünschten Kommandozentrale in Larissa im Zentrum des Landes und will Manöver des Bündnisses auch weiter boykottieren.

Rückkehr: Von Tausenden von Menschen wurde gestern auf dem Flughafen von Karatschi Benazir Bhutto bejubelt, die aus 19monatigem selbstgewählten Exil in Europa zurückkehrte. Anlaß der Rückkehr war die Beisetzung ihres in Cannes verstorbenen Bruders Shahnawaz.

Lehrstellen: Sechs Wochen vor dem Stichtag für die Lehrstellenbilanz erwartet Bundesbildungsministerin Wilms zum dritten Mal hintereinander einen Rekord an Ausbildungsplätzen. (S. 8)

WIRTSCHAFT

Zuwachs: Der innerdeutsche Handel hat im ersten Halbjahr 1985 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um sieben Prozent auf acht Milliarden DM zugenommen und damit an das Wachstum früherer Jahre angeschlossen. Die Lieferungen aus der Bundesrepublik stiegen um 17 Prozent auf knapp 4,1 Milliarden DM. (S. 9)

Rückstellungen: Unternehmen müssen künftig für neue Pensionszusagen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung Rückstellungen bilden, sieht der Entwurf eines neuen Bilanzrichtliniengesetzes vor. (S. 9)

USA: Nachdem an einer Konjunkturflaute jetzt nicht mehr zu zweifeln ist, gilt als sicher, daß das Federal Reserve System am weniger restriktiven Geldkurs festhalten wird und die Kreditverknappung nicht eintritt. (S. 9)

Börse: Wiederauflebende Auslandskäufe ließen die Aktienkurse leicht anziehen. WELT-Aktienindex 198,92 (198,37). Der Rentenmarkt lag weiter freundlich. BHF-Rentenindex 105,002 (104,942). Performance-Index 106,917 (106,826). Dollar-Mittelkurs 2,7813 (2,7652) Mark. Goldpreis 335,90 (334,15) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Es wäre wünschenswert, wenn auch deutsche Anleger die Aktie wieder mehr entdecken würden, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der langfristigen Vermögensbildung und Altersversorgung «

Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl in einem Grußwort zur 400-Jahr-Feier der Frankfurter Wertpapierbörse (S. 9)
FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Architektur: Wenn morgen feierlich die neue Stadthalle in Karlsruhe eröffnet wird, erstrahlt eine Supernova am deutschen Kongreßhimmel. Das Zentrum ist kennzeichnend für ein neues Anspruchsdenken im Veranstaltungsbau. Weg von der sturen Kapazitätsausweitung, hin zum individuellen Profil. (S. 13)

Museen: Mit 56,7 Millionen Besuchern konnten die Museen in der Bundesrepublik 1984 einen deutlichen Zuwachs erzielen. Im Vorjahr waren nur gut 52 Millionen Besucher registriert worden. Den größten Zulauf erzielten die Häuser mit volks- und heimatkundlichem Sammelgut sowie die Sonderausstellungen.

SPORT

Fußball: Das Länderspiel der deutschen Nationalmannschaft gegen die UdSSR in Moskau wird am nächsten Mittwoch ab 17.00 Uhr von der ARD und RTL-plus live im Fernsehen übertragen.

Eishockey: Der CSSR-Nationalspieler Petr Klima hat sich von seiner Mannschaft abgesetzt, die sich in Rosenheim in einem Trainingslager aufhält. Er soll nach Kanada geflogen sein. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Jumbo-Absturz: Die japanische Boeing 747 war bereits mit dem Ausfall der hydraulischen Systeme „tödlich verletzt". So kommentierte der WELT gegenüber Heino Caesar, Jumbo-Pilot und Chef der Abteilung Luftbetriebskontrolle bei der Lufthansa, die Aufzeichnung der letzten Cockpitgespräche. (S. 14)

Weinprozeß: Wegen Weinpanscherei ist der ehemalige Präsident des Deutschen Weinbauverbandes, Werner Tyrell, gestern in Mainz zu einem Jahr Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt worden. (S. 14)

Wetter: Überwiegend bewölkt, zeitweise Regen. 19 bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Gutachter: Streikparagraph muß dringlich geändert werden

Professor Müller spricht von „verfassungswidrigen" Bestimmungen

GÜNTHER BADING, Bonn

Der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichtes, Professor Gerhard Müller, hat sich für eine „dringliche" Änderung des sogenannten „Streikparagraphen" 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) ausgesprochen. In einem umfangreichen Gutachten, das Müller im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums erstellt hat, begrüßt er zwar die in diesem Paragraphen eindeutig vorgeschriebene Neutralitätsverpflichtung der Bundesanstalt für Arbeit im Tarifkonflikt. Er meldet jedoch erhebliche Zweifel an den in diesem Gesetz stehenden Ausführungsbestimmungen an. Teilweise hält er sie für schlicht verfassungswidrig, so etwa die Kann-Bestimmung, nach der die Bundesanstalt für Arbeit Ausnahmen von der Neutralitätspflicht selber regeln kann.

Der Paragraph 116 des AFG stellt fest, daß mit Gewährung von Arbeitslosengeld nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden darf. Unstrittig ist dabei, daß direkt am Streik teilnehmende oder von Aussperrung im umkämpften Tarifgebiet betroffene Arbeitnehmer bis zur Beendigung des Arbeitskampfes keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Strittig zwischen Arbeitgebern und den Gewerkschaften – zwischen der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall gibt es darüber gerichtliche Auseinandersetzungen – ist die Anwendung auf nur mittelbar betroffene Arbeitnehmer. Anlaß für die Auseinandersetzung und in der Folge auch für das Gutachten ist der Streik um die 35-Stunden-Woche im vergangenen Jahr. Die IG Metall hatte einen

SEITE 4:
„Richtungspflöcke einschlagen"

sogenannten Spezialistenstreik organisiert und durch den Produktionsausfall von Zulieferern der Automobilindustrie in Baden-Württemberg die Autoherstellung in der gesamten Republik lahmgelegt.

Für die von der vorübergehenden Kurzarbeit oder Werksschließung betroffenen Arbeitnehmer außerhalb des umkämpften Tarifgebiets im Südwesten war Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit beantragt worden. Der Präsident der Anstalt, Heinrich Franke, hatte in einem Erlaß die Zahlung zunächst verweigert. Zur Begründung hatte er den Absatz 3 des „Streikparagraphen" 116 angeführt, in dem es heißt, der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruhe auch für mittelbar betroffene Arbeitnehmer, wenn der Streik auch auf Änderung der Arbeitsbedingungen in seinem Betrieb „abziele".

Auch die zweite einschränkende Formulierung, daß Arbeitslosengeld nicht gewährt weren dürfe, wenn dadurch der Arbeitskampf „beeinflußt" würde, ist von Franke als Begründung herangezogen worden. Die IG Metall klagte dagegen und bekam im Eilverfahren recht. Jetzt ist ein Verfahren in der Hauptsache angestrengt worden.

Schon bald nach dem Streik im Sommer vergangenen Jahres war in der Politik die Forderung aufgetaucht, den umstrittenen Paragraphen neu zu regeln, weil sonst die Gefahr bestehe, daß die Bundesanstalt für Arbeit zur „Ersatz-Streikkasse" der Gewerkschaften würde. Die IG Metall war im Eilverfahren bei den Landessozialgerichten in Darmstadt

● Fortsetzung Seite 4



Bis 1980 Präsident des Bundesarbeitsgerichts: Gerhard Müller
FOTO: JUPP DARCHINGER

DER KOMMENTAR

Balance der Macht

PETER GILLIES

Nicht jedes Gutachten erfüllt seine Besteller mit Freude. Was Professor Gerhard Müller, der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichts, dem Gesetzgeber empfiehlt, ist sperrig für die Bundesregierung, unbequem für die Gewerkschaften, aber nachdenkenswert für die Zukunft. Auf den ersten Blick stören die Forderungen die aufkeimende Harmonie im Trialog zwischen Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften. Wer jedoch die langfristigen Bedingungen des sozialen Friedens im Blick hat, wird das Gutachten sehr sorgfältig wägen.

Arbeitgeber und Gewerkschaften verfolgen im Grunde gleiche Ziele. Arbeitnehmer müssen ein Interesse daran haben, daß ihr Betrieb gewinnbringend produziert, so wie andererseits einem Unternehmer an humanen Produktionsbedingungen und motivierten Mitarbeitern gelegen ist. Das schließt Streit und Kampf zwischen den Gruppen ein. Man mag es Sozialpartnerschaft nennen oder nicht – keiner von beiden wird seine Ziele ohne den anderen erreichen. Insofern wäre ein Wortvergleich mit der „Sicherheitspartnerschaft" unangemessen.

Aber hier wie dort kommt es entscheidend auf die Machtbalance an. Nur wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber im Rahmen von Tarifkämpfen über gleichscharfe Waffen verfügen, wenn ihr Streit in den Bahnen geordneter Eskalation verläuft und den ständigen Zwang zur Einigung enthält, wird der annehmbare Kompromiß am Ende stehen. Der letzte Arbeitskampf hat indes eine Schieflage des Gruppengleichgewichts belegt.

Diese Sorge treibt auch den Gutachter Müller um. Er plädiert deshalb an den Gesetzgeber, Streik und Aussperrung klar zu definieren, den Arbeitgebern ihre Gegenwaffe der Aussperrung, die man durch wirklichkeitsferne Quotierung entschärft hat, zurückzugeben – nicht nur defensiv, sondern auch einmal als Angriffsaussperrung.

Die Mahnungen, die Bundesanstalt für Arbeit nicht als Streikkasse der Gewerkschaften mißbrauchen zu lassen, sowie die Feststellung, der einstmals milde Warnstreik sei längst zu einer neuen Art des Erzwingungsstreiks geworden, fordern die Koalitionsparteien heraus, Farbe zu bekennen. Sie haben abzuwägen, ob sie aus Gründen freundlicher Umgangsformen mit den Gewerkschaften auf das verzichten, was auf lange Sicht dem sozialen Frieden dient, oder ob sie kurzfristige Stimmungsschwankungen wegen des höherrangigen Zieles einer Machtbalance hinnehmen. Auch darüber darf man am 5. September offen reden.

USA wollen „Satellitenkiller" erproben

Vor Beginn des Gipfeltreffens in Genf / Reagan will Vorsprung der Sowjets aufholen

DIETRICH SCHULZ, Washington

US-Präsident Reagan hat den amerikanischen Kongreß davon unterrichtet, daß er in Kürze eine Satellitenabwehrwaffe (Asat) durch die US-Luftwaffe im Weltraum erproben lassen will. Der Test ist nach Ansicht des Präsidenten notwendig, damit die Vereinigten Staaten den Vorsprung aufholen können, den die Sowjets auf diesem Gebiet besitzen. Wie der Sprecher des Präsidenten, Larry Speakes, in Santa Barbara (Kalifornien) erklärte, könnte ein erfolgreicher Verlauf des amerikanischen Tests die Sowjets vielleicht dazu ermuntern, in ernst zu nehmende Verhandlungen über eine Begrenzung von Weltraumwaffen einzutreten.

Daß der Test gerade jetzt angekündigt wird, hat technische und politische Gründe. Technisch, so hat die US Air Force wissen lassen, sind die Schwierigkeiten jetzt überwunden, die bisher einen früheren Start vereitelt hatten. Politisch erscheint es der US-Regierung angebracht, die Erprobungen eines „Satellitenkillers" noch vor dem Beginn der für November geplanten Begegnung zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow über die Bühne zu bringen. Ein Testerfolg würde es dem amerikanischen Regierungschef erlauben, seinem sowjetischen Gegenüber mit größerem Nachdruck klarzumachen, wie wichtig es sei, zu einer Vereinbarung über ein Verbot von Antisatellitenwaffen zu kommen.

Reagan mußte den Test vorher ankündigen, weil der amerikanische Kongreß nur unter dieser Bedingung Geld für die Entwicklung der Waffe bereitgestellt hatte. Das Haushaltsgesetz schreibt vor, daß das Weiße Haus mindestens 15 Tage vor dem Erprobungstermin den Kongreß entsprechend informiert. Wann der Test stattfinden soll, blieb offen, da sowohl das Weiße Haus als auch das Pentagon den Termin zunächst für sich behalten wollen.

Larry Speakes erklärte am kalifornischen Urlaubsort des Präsidenten, daß dieser erste echte Versuch, einen in einer Erdumlaufbahn befindlichen Satelliten vom Himmel zu holen, jetzt stattfinden „muß". Der Test sei notwendig, um ein amerikanisches Gegenstück zu einem System zu entwickeln, über das die Sowjetunion bereits seit längerem verfüge. „Sie haben eines (ein solches System, d. Red.), und sie möchten nicht, daß wir auch eines haben", sagte Speakes.

Bei dem Test werde die amerikanische Luftwaffe versuchen, einen „alten Satelliten, der zu nichts mehr nutze ist", mit einer Rakete zu treffen und so aus seiner Umlaufbahn zu bringen. Die Rakete, die ihr Ziel ohne Sprengsatz, allein durch die Aufschlagwucht zerstören soll, wird von einem Hochleistungskampfflugzeug, dem Abwehrjäger F-15, abgefeuert. Ein solches Verfahren könnten die Sowjets noch nicht nachahmen, es fehle ihnen an den dazu notwendigen Flugzeugtypen.

Die sowjetische Antisatellitenwaffe besteht aus einer vom Erdboden aus abgeschossenen Rakete. Rund zwanzigmal haben die Sowjets eine derartige Waffe in den vergangenen Jahren, allerdings nicht mehr in den vergangenen Monaten, getestet. (SAD)

Vorschläge für das Arbeitsrecht

DW. Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland verdankt einen Teil des sozialen Friedens Professor Gerhard Müller, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts. 1963 war der Jurist als Nachfolger von Hans Carl Nipperdey zum BAG-Präsidenten berufen worden.

In die Kasseler Richterzeit Müllers fielen richtungweisende Entscheidungen unter anderem zum Arbeitskampfrecht und zum Betriebsverfassungsgesetz von 1972. In die Amtszeit Müllers fällt auch das Urteil vom 10. Juni 1980, das den Gewerkschaften ein Verbot der Aussperrung versagte, gleichzeitig aber auch die „Verhältnismäßigkeit" der Aussperrung betonte und damit neue Arbeitskampfformen wie Schwerpunktstreiks zu entschärfen suchte.

Müller, 1912 in Limburg geboren, studierte von 1931 an bis zu seiner Promotion 1942 Geschichte und Rechtswissenschaft. Nach Kriegsende war er von 1945 bis 1946 Leiter des Limburger Arbeitsamtes, ehe er zum Präsidenten des Landesarbeitsgerichts in Frankfurt ernannt wurde.

In seinem Gutachten über das Arbeitskampfrecht, das er nicht detailliert gesetzlich geregelt wissen will, setzt Müller folgende Schwerpunkte:

- Grundgesetzliche Gewährleistung der Tarifautonomie,
- Wahrung der strikten Neutralität des Staates im Arbeitskampf,
- gesetzliche Anerkennung der Rechtmäßigkeit von Streik und Aussperrung (nicht nur der „Abwehr"-Aussperrung),
- gesetzliche Verankerung des Ultima-ratio-Prinzips im Arbeitskonflikt, auch für Warnstreiks,
- Ablehnung des Vorschlags, die Urabstimmung vor Streiks auf nicht in Gewerkschaften organisierte Arbeitnehmer auszudehnen,
- Ablehnung eines einheitlichen Arbeitsrechts für Beamte sowie Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst sowie des Einsatzes von Beamten als „Streikbrecher".

Chemie meldet Rekord bei den Erträgen

Wb. Frankfurt

Mit der deutschen Chemie, die schon 1984 Rekordgewinne zu verbuchen hatte, geht es weiter bergauf. Zur Halbzeit 1985 meldeten sowohl die Frankfurter Hoechst AG als auch die Ludwigshafener BASF weitere Ertragssteigerungen.

Die BASF verdiente (vor dem Zugriff des Finanzamts) mit 1,72 Milliarden Mark im ersten Halbjahr weltweit schon mehr als im Jahr 1983 (1,68 Milliarden Mark) und auch 37 Prozent mehr als in der ersten Jahreshälfte 1984.

Nicht ganz so steil ging es bei Hoechst aufwärts, deren große Tochtergesellschaft in den USA die Dollarprobleme der gesamten US-Chemie und auch die dortige Marktabschwächung zu spüren bekam. Dennoch ist man bei Hoechst zuversichtlich: Auch bei einem noch schwächeren Dollar werde das zweite Halbjahr befriedigend ausfallen.

Seite 10: Hoechst und BASF

Bekannter Frau Richters unter Spionageverdacht

DW. Bonn/Karlsruhe

In Bonn gibt es offenbar einen dritten Spionagefall innerhalb von nur zwei Wochen: Generalbundesanwalt Kurt Rebmann eröffnete gegen einen spurlos verschwundenen Boten des Bundeswehr-Verwaltungsamtes in Bonn ein Ermittlungsverfahren wegen geheimdienstlicher Tätigkeit. Rebmanns Sprecher Alexander Prechtel bestätigte gestern in Karlsruhe, daß der 53jährige Lorenz B. ebenso unauffindbar sei wie seine Bekannte, die ein Jahr jüngere Buchhalterin beim Vertriebenenverband, Ursula Richter. Bei den Sicherheitsbehörden hieß es, Lorenz B. habe bis zuletzt Kontakt zu Frau Richter gehabt. Nach Ansicht der Sicherheitsbehörden ist es nicht die Aufgabe Frau Richters gewesen, den Bund der Vertriebenen auszuspionieren, sondern hier unauffällig zu arbeiten, um mit Hilfe anderer in anderen Bereichen Nachforschungen anzustellen.

Seite 8: Agentinnen werden nervös

Streitkräfte in Alarm nach Mord an Sikh-Führer

DW. Neu-Delhi

Nach der Ermordung des Führers des gemäßigten Flügels der Sikh-Partei Akali Dal, Harchand Singh Longowal, haben die indischen Behörden die Streitkräfte in weiten Teilen des Landes in Alarmbereitschaft versetzt. Gemäßigte Sikh-Führer hatten für gestern aus Protest gegen den Mord zum Generalstreik im Pandschab aufgerufen. Das indische Kabinett erklärte, Longowal sei den „finsteren Machenschaften derjenigen zum Opfer gefallen, die sich dazu verschworen haben, Kampf und Unruhe im Pandschab zu verlängern". Politiker aller indischen Parteien und Staatspräsident Zail Singh – selbst ein Sikh – verurteilten das Attentat, mit dem offenbar die Verwirklichung des Abkommens zur Beendigung der Unruhen in dem nordindischen Staat verhindert werden soll, das der Ermordete jüngst im Namen der Sikhs mit Ministerpräsident Gandhi geschlossen hatte.

Privatfirma baut Fabrik im All

WOLFGANG WILL, New York

Die Nasa ist zufrieden, denn sie spart Geld und geht kein Risiko ein. Und auch Space Industries Inc. sieht voller Optimismus einer neuen Wachstumsbranche entgegen: der privaten Weltraumwirtschaft. Heute bereits plant das Houstoner Unternehmen eine Investition zwischen 250 und 500 Millionen Dollar, um die erste Weltraumfabrik zu bauen. Spätestens 1995 sollen die „Schornsteine rauchen", wie es humorvoll Max Faget formulierte, Präsident von Space Industries und absolut kein Neuling auf dem Raumfahrtsektor: Er war Mit-Designer der amerikanischen Raumkapseln Mercury, Gemini und auch Apollo.

Die Weltraumfabrik, die Space Industries plant, wird lediglich – irdisch betrachtet – ein Gebäude mit vier leeren Wänden sein. Das Gebäude soll von einem Raumflugzeug der Nasa in Form einer Plattform in den Weltraum befördert werden oder in einem dem „Spacelab" vergleichbaren Zylinder auf eine Umlaufbahn in 400 Kilometer Höhe gebracht werden.

Dies Konzept erlaubt eine Vielfalt von Verwendungsmöglichkeiten: Die Plattform könnte freigesetzt werden und mehrere Monate lang auf einer Umlaufbahn verbleiben. Die Wartung der wichtigsten Elemente dieser Plattform – etwa die Aufbereitung der Batterien oder Kühlsysteme – würden Astronauten übernehmen, die in regelmäßigem Turnus die Plattform besuchen könnten. Auf der Plattform würden in Containern die vollautomatisch arbeitenden Produktionsstätten untergebracht. Sollte die ständige Anwesenheit von Technikern oder Wissenschaftlern erforderlich werden, würde die Fabrik in Zylinderform gewählt, in der sich – wie in Europas „Spacelab" – Menschen aufhalten können.

Die Manager von Space Industries räumen jedoch ein, daß sie bis jetzt noch keine Mieter haben. Sie geben sich jedoch optimistisch. Immerhin kann man sich auf eine Marketing-Umfrage stützen, derzufolge das Interesse an Fertigungsstätten im Weltraum schnell erwachen könnte. Die private Weltraumwirtschaft könnte dieser Umfrage zufolge im Jahr 2000 einen jährlichen Wert von 50 Milliarden Dollar erzielen.

Die ersten Weltraumprodukte, gefertigt unter dem Vorteil der Schwerelosigkeit, existieren bereits: zum Beispiel Medikamente oder Grundstoffe, die zur Krebs- oder Diabetesbehandlung verwendet werden können.

Neben Space Industries Inc. in Houston haben auch europäische Unternehmen Interesse an dem Weltraumprojekt angemeldet. Im übrigen existiert bereits eine Nasa-Plattform, die bei einem der nächsten Flüge des Space Shuttle wieder an Bord geholt und zur Erde zurückgebracht werden soll. (SAD)

Auch aus Lastkraftwagen bald weniger Schadstoffe

Kabinett beschloß Konzept zur Reduzierung der Abgaswerte

E. N. Bonn

Nach der Reduzierung der Schadstoffe, die aus Personenkraftwagen stammen, werden jetzt auch die Abgaswerte von Lastkraftwagen und Motorrädern systematisch vermindert.

Gestern stellte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Horst Waffenschmidt (CDU), in Bonn das neue Konzept vor. Am Vormittag hatte das Bundeskabinett unter Leitung von Bundesaußenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher seine Zustimmung dazu gegeben.

Obwohl das Konzept erst spätestens von 1988 an auf europäischer Ebene wirksam werden soll, haben sich die deutschen Nutzfahrzeughersteller freiwillig bereiterklärt, schon ab 1986 bei ihren Modellen für eine Schadstoffminderung um 20 Prozent zu sorgen. Waffenschmidt sagte dazu, dies verspreche eine Emissionsminderung von Stickoxiden um etwa 100 000 Tonnen jährlich. Solche Zahlen zeigten, „daß wir auf dem richtigen Wege sind".

Die Vorlage von Innenminister Zimmermann und Verkehrsminister Dollinger sieht unter anderem vor, die Abgaswerte der schweren Nutzfahrzeuge (mehr als 3,5 Tonnen) durch EG-Richtlinie in zwei Stufen zu begrenzen. Für die leichteren Nutzfahrzeuge beinhaltet die zweite Stufe, daß die Grenzwerte in Europa die gleichen Auswirkungen haben werden wie die Grenzwerte in den Vereinigten Staaten. Für Mopeds und Motorräder wird die Bundesregierung, so Staatssekretär Waffenschmidt, der EG „in Kürze" geeignete Vorschläge zur Begrenzung der Emissionen schon von 1986 an vorlegen.

Zu dem gestern verabschiedeten Konzept gehörten auch eine bessere Überwachung der Abgaswerte der im Verkehr befindlichen Nutzfahrzeuge und Motorräder. Eine gute Qualität des Dieselkraftstoffs, von der die Kohlenwasserstoff-Emissionen abhängen, soll auch EG-einheitlich gewährleistet werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Medizin-Quiz

Von Peter Philipps

Manchmal benötigen auch bayerische Politiker mehr Zeit als notwendig, eine als richtig erkannte Entscheidung umzusetzen. Zweimal mußte bei ärztlichen Vorprüfungen etwa die Hälfte der Kandidaten durchfallen, ehe die Regierung in München sich den Niedersachsen anschloß und den Vertrag mit dem für die Prüfungsfragen verantwortlichen Mainzer Institut mit einer Art Änderungskündigung auflöste. Die Klage über das „Multiple choice"-Verfahren mit dem Ankreuzen von Antworten auf manchmal doppeldeutige Fragen ist fast so alt wie das Verfahren selbst. Trotz des großen Durchfalls 1981 und der damals gelobten Besserung blieb alles beim alten, so daß es nun wieder Katzenjammer gibt.

Die Mediziner-Ausbildung soll schließlich keine Quiz-Meister, sondern Akademiker hervorbringen. Deswegen darf man nicht die Ausbildung, einschließlich der Prüfungen, unakademisch betreiben; ein Kreuz für scharf abgegrenzte Alternativen verlangen, die so scharf nicht abzugrenzen sind, die Zwischentöne und auch die Fragen nach dem Woher und dem Warum ausschließen. Man mag mit dem Kreuzchen-Verfahren ein Basiswissen abfragen können, doch dann muß die Disputation folgen.

Nach dem zweiten Reinfall ist eine Änderung in diese Richtung nun auf den Weg gebracht worden, nachdem zuvor jahrelanges Ringen um die Zulassung-Voraussetzungen zum Medizin-Studium schon dazu geführt hatte, zumindest partiell das Gespräch als Auswahlkriterium wieder einzuführen. Doch für die Reform des Physikums bleibt Skepsis angebracht: wird am Ende doch wieder der Hang zum einfachsten Weg siegen?

Vielleicht darf man dies doch nicht allzusehr den Politikern und Beamten überlassen. Die Professoren, die in den klinischen Semestern mit ihrem Nachwuchs zusammenarbeiten müssen, sollten selbst und im Blick auf die späteren Patienten Interesse an der Vorbildung ihrer Famuli haben. Aber weitgehend herrscht Schweigen. Hoffentlich spielt dabei nicht wieder, wie beim ursprünglichen Widerstand gegen die Aufnahme-Gespräche mit den Studenten, die Sorge vor der Mehrarbeit eine Rolle.

Rötlichgelbe Turbane

Von Marta Weidenhiller

Rajiv Gandhi versprach „eine Regierung, die schneller arbeitet". In der Tat zog er sich seit Amtsantritt vor neun Monaten die Siebenmeilenstiefel an. Das Lob überschlug sich wegen der Einigung mit den Sikhs, die als kühne Tat eines dynamischen Premiers gerühmt wurde. Eine Aussöhnung zwischen Sikhs und Hindus schien zum Greifen nahe. Pandschab, der sensitive Bundesstaat an der Grenze zu Pakistan, ist die Kornkammer Indiens. Die Unruhen der letzten drei Jahre haben der Wirtschaft empfindlichen Schaden zugefügt.

Die Euphorie erstickte aber kritische Stimmen, die von einem Sieg Longowals, des jetzt ermordeten Sikh-Führers, aber von einer Niederlage der Sikhs sprachen. Denn unberücksichtigt blieb, daß Longowal nur einen Teil der Gemäßigten innerhalb der Akali Dal repräsentierte. In dieser Sikh-Partei, in der die Führer rivalisieren, verfügte er nicht über durchschlagende Autorität, in der Bevölkerung besaß er keine Massenbasis. Und während er mit Gandhi verhandelte, schworen die Gefolgsleute des 1984 bei dem Sturm auf den Goldenen Tempel getöteten Bindhranwale erneut den Eid auf Khalistan, einen unabhängigen Sikh-Staat. Die tödlichen Schüsse auf Longowal zeigen, daß die Gefahr weiterer Unruhen nicht gebannt ist, und sei es, weil die bärtigen Männer mit den rötlichgelben Turbanen (der Farbe des Protests) Anhänger verlieren und sich mit spektakulären Aktionen dagegen wehren.

Aus Furcht vor neuer Gewalt gelten die für den 22. September anberaumten Wahlen im bisher von Delhi direkt regierten Pandschab als verfrüht. Falls die Wahlen nicht verschoben werden, stehen sie nicht nur wegen der erneut unsicheren Lage unter einem schlechtem Stern; sie sind auch unter der gespannten Beziehung zwischen der Kongreßpartei und der Akali Dal zu sehen. Ein Sieg der Sikh-Partei wäre fast schon eine Garantie für den Frieden. Denn die Einbindung in die Regierungsverantwortung könnte die Kritiker zum Schweigen bringen; die Zugeständnisse Delhis ließen sich realisieren. Aber die Partei ist in mehrere Flügel gespalten und agiert somit von einer Position der Schwäche aus. Wird das der Kongreßpartei bei den Wahlen helfen?

Gespaltene türkische Linke

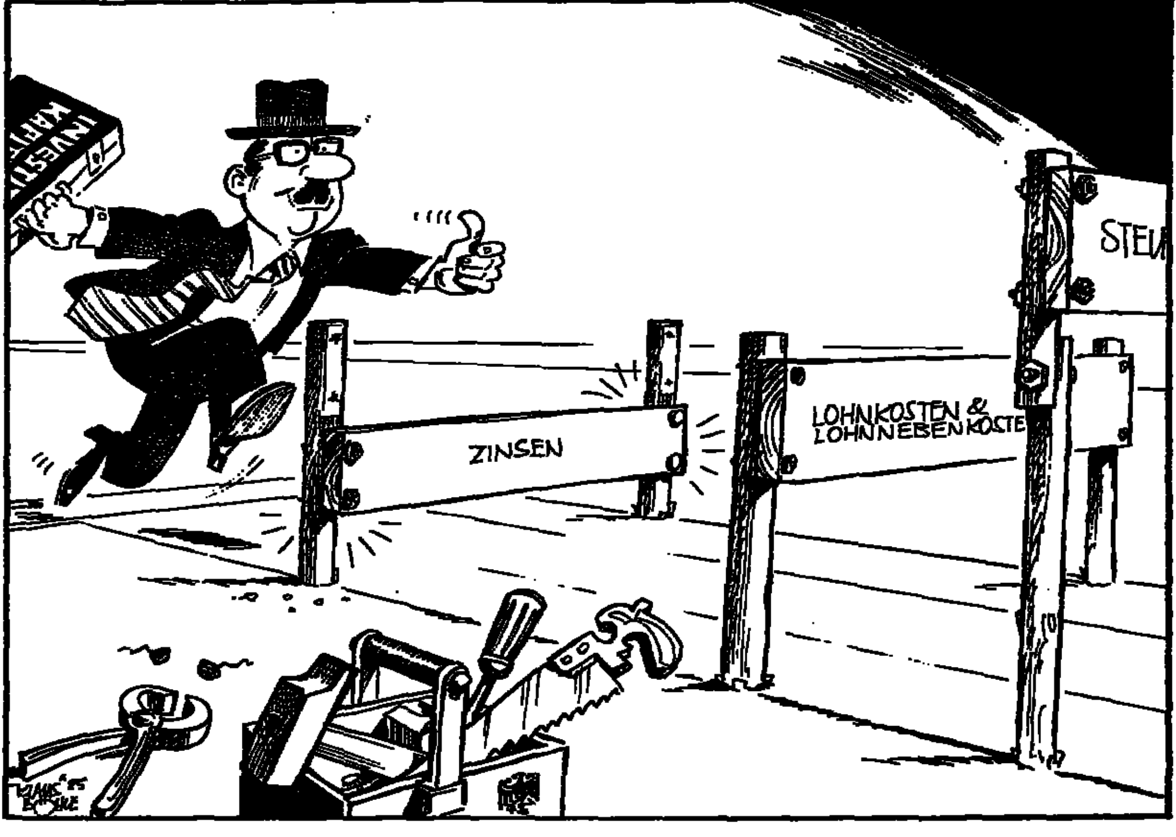
Von Evangelos Antonaros

Die links von der Mitte angesiedelten Politiker der Türkei tun sich schwer mit der Bildung einer einheitlichen Linkspartei, die als Gegengewicht zur regierenden konservativen „Mutterlandspartei" entstehen soll. Alle Einigungsversuche scheiterten bisher an Rahsan Ecevit, der Frau des vom Militär bis 1990 mit einem politischen Betätigungsverbot belegten Ex-Premiers Bülent Ecevit. Frau Ecevit wirft allen anderen Linksgruppen eine „elitäre Denkweise" vor.

Die für Anfang dieser Woche geplante Gründung ihrer „Demokratischen Linkspartei" mußte Frau Ecevit freilich kurzfristig auf November verschieben. Angeblich müssen noch „Zigtausende von Dokumenten" unterzeichnet werden. Aber die Gründe liegen tiefer: die als ehrgeizig und autoritär geltende Politikerin ist auch in den Reihen ihrer Sympathisanten umstritten. Nicht wenige halten sie für zu arrogant, um eine Massenpartei zu führen.

Sie hat die im Parlament zwar nicht vertretene, aber einflußreiche „Sozialistische Demokratie-Partei" (Sodep) verprellt. Persönliche Animositäten mögen dabei eine Rolle gespielt haben: Der Vater des Sodep-Chefs Erdal Inönü war 1972 von Bülent Ecevit als Generalsekretär der inzwischen verbotenen „Republikanischen Volkspartei" ausgebootet worden. Überraschender war die ablehnende Haltung der Ecevit-Gruppe gegenüber der starken „Populistischen Partei": War man doch davon ausgegangen, daß deren Chef Aydin Güven Gürkan ein Vertrauensmann Ecevits ist.

Mittlerweile haben die Populisten und die Sodep beschlossen, eine Einheitspartei zu bilden. Gürkan wird sie wohl führen, weil Inönü politikmüde zu sein scheint. Aber das Ziel dieser Partei, die nächste Parlamentswahl (spätestens im November 1988) zu gewinnen, ist schwer erreichbar. Denn die Gründung einer Ecevit-Partei wird eine Aufsplitterung der Linksstimmen zur Folge haben. Der Stabilität der Türkei kann dies nicht gut bekommen. Vielen Parteien, von denen keine die absolute Mehrheit besitzt, macht die Bildung von Koalitionen unvermeidbar. Und daran war die türkische Demokratie vor dem Putsch der Generäle gescheitert.



Hopp-Hopp! KLAUS BÖHLE

Potzblitz – wir leben noch

Von Peter Gillies

Zum Frühstück oder auch nach der Tagesschau kommt der tägliche Umweltskandal über uns. Obgleich die Regelmäßigkeit den (tatsächlichen oder aufgeblasenen) Schreckensnachrichten manche Bedrohung abschleift, bliebe eigentlich keine Wahl als jene: sofortige Einstellung der Nahrungsaufnahme sowie der Atmung. Aber der Selbstmord aus Angst vor dem Tode findet nicht statt. Vielmehr steigt die Lebenserwartung immer weiter; offenbar erweist sich die Furcht, wenn es sie denn gibt, als höchst wirksames Lebenselixier.

Im Wein vermuten wir bereits alles, die Wahrheit einmal ausgenommen. Der Nudel-Auflauf um angebrütete Eier ist landesbekannt. Früher war es Süßstoff, der Krebs erzeugen sollte, danach der Whisky, selbst dem reinen Bier sagte man Nitrosamine nach. Blei im Trinkwasser, Salmonellen im Hühnerfleisch, Dioxin allerorten, Pest und Teufel verseuchen uns zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Die Umweltbedrohungen summieren sich zu Endzeitlichem.

Abgesehen davon, daß sich der Mensch quer durch seine junge Geschichte stets an einer besonderen Neigung zum Untergang labte; sein Leben, seine Gesundheit, sein Glück und Wohlbefinden waren immer gefährdet – heute freilich weniger denn je. Mit Messer und Gabel, Rauchen und Bewegungsarmut bringen sich mehr Menschen um, als sie es je mit Eiernudeln könnten. Ihr Leben endet weiter mit dem Tode. Bis dahin haben sie mit der Natur (und oft auch gegen sie) zu überleben. Das heutige Trommelfeuer der täglichen „Skandale" stärkt ihn jedoch nicht unbedingt, es stumpft ihn ab. Die Erzeuger der öffentlichen Erregung sollten bedenken, daß ihre Botschaft eine schlimme Verführung birgt: die der undifferenzierten Radikallösung.

Die Umwelt, die Harmonie zwischen Mensch, Wirtschaft und Natur, ist gefährdet. Aber sie ist nicht verloren. Die nötige Debatte leidet darunter, daß sich zu viele zu rasch der Wucht der ersten Erregung hingeben. Das verstellt den Blick für die Prioritäten, die phantasievolle Lösung von Belastungen, für das sogenannte Machbare. Die Eiernudel-Geschichte ist keine unendliche, sondern ebenso rasch zu beenden wie jene um den frostgeschützten Wein. Eine Marktwirtschaft, in der täglich Millionen von Verbrauchern (und keine Politbüros) durch Kauf oder Verzicht abstimmen, birgt für Produzenten den heilsamen Zwang zum „sauberen" Angebot. Dies freilich nur dann, wenn der Verbraucher den Wert dieser Reinheit begehrt und dafür einen höheren Preis zu zahlen bereit ist.

Dazu ist er, jedenfalls nach eigenen Bekundungen, bereit. Aber die Konsequenzen versucht er oft abzuschütteln. Der sparsame Umgang mit Energie beispielweise verknüpft Natur, Ressourcenschonung und technologischen Fortschritt auf ideale Weise. Die modernen Industriestaaten haben sich erfolgreich vom Erdöl abgekoppelt, aber die Konsequenz einer Raffineriestillegung löst Protestdemonstrationen aus. Vorrang soll die Kohle genießen, weil man die Zechen erhalten will, aber ihre Verstromung ist zu schmutzig. Wird der Dreck weggefiltert, protestiert man gegen die höheren Strompreise. Kurioserweise stemmen sich die Umweltschützer gleichzeitig gegen eine der saubersten Formen der Elektrizitätsherstellung, nämlich die aus Kernkraft.

Gewiß haben die Volksparteien das Umweltthema verschlafen, aber mittlerweile sind sie hellwach. Es wird jedoch immer noch zu wenig differenziert. Chemie produziert auch Gift, hat aber ebenso die grüne Revolution möglich gemacht und Seuchen besiegt. Mit Beton kann man Menschen zumauern,



Gift im Essen? Nicolaes Gillis: Küchenstilleben (1615) FOTO: DIE WELT

aber auch sichere Straßen, Kläranlagen oder anheimelnde Wohnungen bauen. Ist das Messer, mit dem man Brot schneidet, in seinem Wesen schlecht, weil man mit ihm auch Menschen an die Kehle gehen kann?

In der Umweltpolitik wird zuwenig differenziert. Der Lärm in einer Diskothek oder auf einer Straße, der Segen der Medizin und der Pillenmißbrauch, das gehätschelte Robbenbaby und das abgetriebene vom Menschen, Pflanzenschutz und Welthunger, Technologie als Jobkiller oder als elegante Hilfsmittel für den Naturschutz – alle Diskussionen haben Schlagseite. Daß Umweltschutz Arbeitsplätze schafft, ist richtig. Aber gleichzeitig wird unterschlagen, daß er andere überflüssig macht. Ein positiver Saldo für die Beschäftigung ergibt sich nur, wenn dieser wie andere Strukturwandel und schmerzhafte Veränderungen bewältigt und nicht verdrängt wird.

Geballte Schreckensnachrichten verdecken auch, daß vieles bereits auf den (sehr langen) Weg gebracht ist. Die Luft ist sauberer geworden, viele Gewässer vor dem Umkippen gerettet. Das und die vielen kleinen Erfolge sind die Sensation, nicht einige angebrütete Eier in der Bandnudel. Wie die „öffentlichen Erreger" verfahren, zeigt eine Begebenheit am Rande: Eine Untersuchung über Trinkwasserversorgung in bleiverrohrten Mietshäusern wird nicht der Umweltbehörde übergeben, sondern geht sofort an eine Rundfunkanstalt. Man will nicht etwas verwirklichen, sondern sich selbst.

Wenn die porentiefen Ökologen wirklich Probleme lösen wollen, sollten sie zuvor auch ihr Verhältnis zum Wirtschaftswachstum überdenken. Sie laufen in Wahrheit ins Leere, denn die Bürger schenken den Katastropheten wenig Glauben. Nach einer Emnid-Umfrage aus diesem Jahr halten nur vier Prozent der Bevölkerung die Umweltprobleme für unlösbar, einundachtzig Prozent dagegen für lösbar; dreiundsiebzig Prozent bezeichnen dabei den technischen Fortschritt für unverzichtbar. Über diese erfreuliche Nüchternheit aller wird die künstliche, mediale Erregung einiger gestülpt. Die apokalyptischen Reiter dürfen absatteln.

IM GESPRÄCH Bohuslav Chnoupek

Dubčeks Gegner, unser Gast

Von Rudolf Ströbinger

Vor einigen Tagen feierte er seinen sechzigsten Geburtstag: Bohuslav Chnoupek, der in einem Vorort der slowakischen Landeshauptstadt Preßburg geborene tschechoslowakische Außenminister. Heute kommt er in die Bundesrepublik, wo er ein gern- gesehener Gesprächspartner seines Amtskollegen Genscher ist. Chnoupek, der als Zwanzigjähriger 1945 kommunistisches Parteimitglied wurde, gehört zu den wenigen Intellektuellen im tschechoslowakischen Staatsapparat.

Nach seinem Diplom als Ingenieur 1950 fing er als Journalist an. Für die Zeitung des Jugendverbandes „Smena" war er Ende der fünfziger Jahre Korrespondent in der Provinzstadt Preschau. Dort lernte er den KP-Bezirkschef Vasil Bilak kennen, der inzwischen die Galionsfigur der CSSR-Dogmatiker ist. Als Verantwortlicher im Parteipräsidium für Ideologie und Außenpolitik ist Bilak heute Vorgesetzter des ZK-Mitglieds Chnoupek.

Der talentierte Schreiber Chnoupek wurde bald vom Zentralorgan der slowakischen Kommunisten „Pravda" übernommen und 1960 für vier Jahre als Korrespondent nach Moskau entsandt. Diese Zeit war für seine weitere Karriere wichtig. Kollegen, die wie er in der sowjetischen Hauptstadt akkreditiert waren, erfuhren, daß Chnoupek das Wohlwollen des KGB besaß und für höhere Funktionen ausersehen war.

1965, zum Chefredakteur des KP-Wochenblattes „Predvoj" ernannt, sollte Chnoupek aus der Zeitschrift ein Gegengewicht zum liberalen Organ der Schriftsteller „Kulturni Zivot" machen. Dieses Ziel hat er nicht erreicht. Noch heute bezeichnet er seine „Predvoj"-Zeit als den einzigen Mißerfolg seiner Laufbahn. Im „Prager Frühling" 1968 wurde Chnoupek, der sich keineswegs für die neue Parteiführung Dubčeks engagierte, von der Funktion des stellvertretenden Kulturministers, zu dem er im März 1967 ernannt worden war, auf die Stelle des Vorsitzenden der Regierungskommission für Ausstellungswesen abgeschoben.

Chnoupeks Stunde schlug dann aber nach dem Einmarsch im August 1968. Er trat in die Dienste der sowjetischen Okkupationsmacht, schrieb



Vertrauensmann des KGB: Außenminister Chnoupek FOTO: SVEN SIMON

Beiträge für den bei Magdeburg stationierten tschechischen Kollaborateurs-Sender „VLTAVA" und für die in Dresden gedruckte Zeitschrift der treuen Marxisten-Leninisten „Zpravy". Knapp sechs Wochen nach dem Sturz Dubčeks als Parteichef im April 1969 berief ihn dessen Nachfolger Husak zum Generaldirektor des Rundfunks. Er säuberte nicht nur den Rundfunk von reformfreudigen Journalisten, sondern war auch im Präsidium des Journalistenverbandes für die Entlassung von fast 2000 Redakteuren verantwortlich.

Dann begann Chnoupeks diplomatische Karriere. Im September 1969 ging er als Botschafter nach Moskau. Offensichtlich hat er sich dort bewährt, denn im Dezember 1971 wurde der KGB-Vertrauensmann Hausherr im Czernin-Palais, dem Prager Sitz der Außenminister.

Chnoupek, der als jovialer und trinkfester Gesprächspartner gilt, hat die Bundesrepublik bereits einige Male besucht. Auf seinem Programm steht diesmal ein Ausflug in die Lüneburger Heide. Nach einer Kutschfahrt wird Ministerpräsident Albrecht für ihn und Genscher in einem Heidegasthof ein Essen geben. Für seine Gastgeber eine Gelegenheit, auf das Schicksal von mindestens 200 in CSSR-Gefängnissen inhaftierten Dissidenten hinzuweisen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Ruhr-Nachrichten

Die Dortmunder Zeitung kommentiert Lohnforderungen im öffentlichen Dienst:

Die Position der ÖTV ist klar, ihre Mitglieder wollen „nach drei Jahren Reallohnverlust wieder Geld sehen". Arbeitszeitverkürzungen werden daher in der kommenden Lohnrunde kaum eine Rolle spielen, während noch im vergangenen Jahr ein Einstieg in kürzere Arbeitszeiten erreicht wurde, zusammen mit einer Tarifaufbesserung von maßvollen 2,8 Prozent. Gleichzeitig wurde vereinbart, die Arbeitszeitfrage bis 1987 ruhen zu lassen. So könnte es diesmal eine reine Lohnrunde werden.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie beurteilen die wirtschaftliche Lage skeptisch:

Wenn sich die Lage bis Jahresschluß nicht nachhaltig bessert, und darauf deutet zur Zeit leider wenig hin, wird 1985 als neues Pleiten-Rekordjahr in die Geschichte eingehen. Zwölf Prozent Zunahme im ersten Halbjahr – wobei auch noch der hohe Ausgangswert des Vorjahres zugrunde liegt – ist eine erschreckende Bilanz. Noch bedenklicher stimmt, daß die Zahl der Millionenkonkurse mit plus 19 Prozent überdurchschnittlich zugenommen hat. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen, daß die deutsche Wirtschaft von einem sich selbst tragenden Aufschwung noch weit entfernt ist. Gerade der spektakuläre Rückgang der Pleiten in den exportorientierten Zweigen Maschinenbau und Elektrotechnik zeigt, daß die Binnenkonjunktur nach wie vor von der Auslandsnachfrage getragen wird. Besonders schlimm wirkt sich die Krise der Bauindustrie aus, wo die Zahl der Pleiten um 21,6 Prozent angestiegen ist.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung fordert eine wehrhafte Demokratie:

Wenn ein Mann wie Rotsch in „Ehren" ergrauen, wenn Sekretärinnen über Jahrzehnte hinweg einer Doppelfunktion nachgehen können, dann ist doch wohl die Großzügigkeit erheblich übertrieben und die Methode der Sicherheitsüberprüfung in diesen Fällen – wie etwa auch beim Brandt-Spion Guillaume – ad absurdum geführt worden. Zur wehrhaften Demokratie gehört, daß sie sich nicht nur nachträglich, sondern auch vorbeugend gegen ihre Feinde stemmt.

DIE RHEINPFALZ

Die Ludwigshafener Zeitung schreibt zum Mord in Kairo:

Die Reaktionen der Regierungen Israels und Ägyptens auf den Meuchelmord an dem israelischen Diplomaten in Kairo lassen deutlich den Friedenswillen beider Seiten erkennen. Und genau dagegen zielten die Attentäter. Ägypten hat erst kürzlich alle Restriktionen im Handel und Tourismus mit Israel aufgehoben und damit deutlich gemacht, daß der abgekühlte Frieden mit seinem jüdischen Nachbarn wieder etwas erwärmt werden solle ... Dies paßt aber offensichtlich einigen einflußreichen arabischen Kräften nicht ins Konzept.

Wie der Osten Beschlüsse von Jalta und Potsdam verdreht

Erstaunliches von einem polnischen ZK-Mitglied / Von Bernt Conrad

Für Kommunisten ist Geschichte nur Mittel zum Zweck. Ändern sich die Zwecke, wird die Historie umgeschrieben. Das kann gefährlich werden, wenn Geschichtsfälschung gezielt eingesetzt wird, um eine vor allem in ihren jüngeren Teilen historisch arglose Öffentlichkeit im Westen irrezuführen und die internationale Politik zu beeinflussen.

Einen solchen Fall exerziert Ryszard Wojna, Mitglied des ZK der polnischen Kommunisten und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Warschauer Parlaments, in der Zeitschrift „Polnische Perspektiven". Sein Beitrag verdient Beachtung, weil er an einer Legende der Ereignisse von 1945 zimmert, die den Sachverhalt auf den Kopf stellt.

Wojnas Ziel ist es, den Status quo in Europa als dauerhafte und erhaltenswerte „Friedensordnung" zu verherrlichen, die „unter der Bezeichnung der Jalta-Potsdamer Ordnung in die Geschichte" eingehe. Nun hat in Wirklichkeit noch niemand etwas von einer „Jalta-Potsdamer Ordnung" gehört. Das ist auch kein Wunder, denn dahinter verbirgt sich ein Phantasiegebilde, das mit dem, was in Jalta und Potsdam beschlossen worden ist, nichts zu tun hat.

Roosevelt und Churchill hatten, als sie sich mit Stalin im Februar 1945 in Jalta auf der Krim trafen, zweierlei im Sinn: den Krieg zu Ende zu bringen und dafür zu sorgen, daß in den befreiten Staaten Europas, mochten sie nun westlich oder russisch besetzt sein, wieder demokratische Zustände hergestellt wurden. Stalin hingegen wollte das von ihm besetzte oder noch zu besetzende Osteuropa endgültig in den Griff bekommen. Ihm ist das in der Folgezeit auch gelungen – aber nicht, weil er sich an die Vereinbarungen von Jalta hielt, sondern weil er sie, ebenso wie die späteren Potsdamer Beschlüsse, ignoriert hat.

Wojnas scheinbare Unkenntnis wird besonders eklatant, wenn er sich mit dem befaßt, von dem er am meisten verstehen müßte: Polen. „Die drei Konferenzteilnehmer waren sich einig gewesen, daß das zukünftige Polen ein der Sowjetunion freundlich gesonnenes Land sein müsse", schreibt er. „Und eben dieser übergeordneten Ansicht", der „Hauptdirektive Jaltas", seien alle anderen polnischen Probleme untergeordnet worden.

Tatsächlich sucht man diese „Direktive" in der Jalta-Erklärung vergebens. Statt dessen versprach der von Churchill, Roosevelt und Stalin unterzeichnete Text unter Berufung auf die Atlantik-Charta „zum frühestmöglichen Termin freie und unbehinderte Wahlen", an denen „alle demokratischen und Anti-Nazi-Parteien teilnehmen" sollten. Das galt für Polen wie für die anderen von der Roten Armee besetzten Länder – und das ist weder hier noch dort durchgeführt worden.

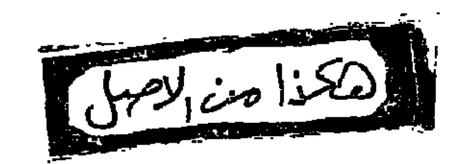
Der frühere polnische Premierminister Mikolajczyk hat in seinen Memoiren dargestellt, mit welchen Repressalien und Manipulationen die beiden ersten Nachkriegsabstimmungen in Polen, das sogenannte Referendum vom 30. Juni 1946 und die „Wahl" vom Januar 1947, verfälscht worden sind. Die Ergebnisse standen von vornherein fest: eine kommunistische Mehrheit, die den Weg zum „Sozialismus" ebnen mußte. So wurde überall in Osteuropa verfahren. Wen kümmerte da Jalta?

Doch Wojna hat offenbar ein anderes, kommunistischen Wunschvorstellungen entsprungenes „Jalta" im Sinn. Das wird bei der Behandlung der Grenzfrage besonders deutlich. Auf der Krim haben Churchill und Roosevelt den Sowjets auf Drängen Stalins ganz Ostpolen jenseits der Curzon-Linie zugeschanzt und sich bereit erklärt, Polen dafür durch „einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen" (auf Kosten Deutschlands) zu entschädigen.

Von den später auf polnischer Seite nachgeschobenen und jetzt von Wojna wiederaufgewärmten „ethnischen Kriterien" (Stichwort: „Altes polnisches Land") war damals nicht die Rede. Dafür hieß es im Jalta-Kommuniqué, „daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist".

Diese entscheidende Aussage haben die Siegermächte am 2. August 1945 im Potsdamer Abkommen bekräftigt: „The three Heads of Government reaffirm their opinion that the final limitation of the western frontier of Poland should await the peace settlement." Es gehört schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, aus diesem Hinweis auf ein späteres „peace settlement" das Gegenteil abzuleiten; die Behauptung, der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße sei „im Potsdamer peace settlement" die „verbindliche Form und Kraft verliehen" worden.

Wojnas Artikel demonstriert ein Dilemma: Wie wollen er und die anderen Parteimänner um Jaruzelski mit den heutigen Problemen Polens fertig werden, wenn sie noch nicht einmal die eigene Vergangenheit bewältigen können?



Heidebewohner und Hanseaten streiten sich ums Wasser

Umwelthysterie sagen die einen, Umweltkatastrophe sagen die anderen. Beide sprechen vom selben Fall: Hamburg holt sich Trinkwasser aus der Lüneburger Heide. Kein Problem für die Natur, sagen die einen; die Landschaft vertrocknet, sagen die anderen. Eine Einigung ist nicht in Sicht.

Von GISELA SCHÜTTE

Ein Mann in Jeans und Turnschuhen kauert in der Lichtung und streicht winzige braune Blättchen zwischen den Fingern glatt: „Das war Sonnentau." Die Pflanzen sind verdorrt. Der Mann klopft auf den Boden. Die obere Schicht staubt wie gelbliches Pulver – hier wuchs bis vor wenigen Wochen Moos. Ein paar Meter weiter liegt ein Erlenbruch. Auch hier ist der Boden trocken. Nur die Spuren an der Rinde zeigen, daß die Bäume früher im Wasser standen. „Das Feuchtgebiet trocknet aus, obwohl der Sommer so naß ist", klagt Holger Gerke, Mitstreiter in der Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide zwischen Hanstedt und Handeloh.

Kontrahenten der streitbaren Gruppe alteingesessener Heidebewohner, zugezogener Hamburger und anderer Umweltschützer sind die Hamburger Wasserwerke, die aufgrund einer Genehmigung von 1974 seit Anfang dieses Jahres aus 30 Tiefbrunnen in der Nordheide Wasser fördern. 25 Millionen Kubikmeter sollen jährlich Richtung Hamburg fließen. Denn die Hansestadt hat wegen der Boden- und Gewässerverunreinigungen Trinkwasserprobleme.

In der Nordheide ist die Stimmung gespannt. Jede Pfütze, jeder Tümpel, jeder Bach und jedes Haus werden mißtrauisch beobachtet. Die Eigentümer fotografieren Risse, die gestern noch nicht da waren, die Umweltfreunde haben Patenschaften für insgesamt 13 besonders gefährdete Feuchtgebiete übernommen und kontrollieren, das Bestimmungsbuch in der Hand, regelmäßig die ansässigen Tier- und Pflanzenfamilien.

Das Ergebnis, so sagen sie, sei bestürzend. Da reißen plötzlich in einem 80 Jahre alten Gasthaus in Nindorf die soliden Backsteinmauern. Der Bauer Bruns in Handeloh sieht ungläubig in den Schacht des Brunnens, der den Hof seit 70 Jahren mit Wasser versorgte: Der Brunnen ist trocken. Bei Hans Rütze in Hanstedt klaffen tiefe Risse in den Außenmauern des Bungalows. Die Gipsmarken der Bezirksregierung, an rund 200 Gebäuden zur Kontrolle eventueller Schäden angebracht, fallen immer wieder ab. „Die achte Generation", spöttelt Rütze.

Der ehemalige Hamburger, der seit 20 Jahren in der Heide wohnt, wollte übrigens das Haus verkaufen, weil es nach dem Auszug der Kinder zu groß war. Doch die Interessenten hätten sich angesichts des Grundwasserstreits verabschiedet. „Wenn allgemein in Deutschland die Immobilienpreise um 20 Prozent gefallen sind, dann sind sie bei uns um die Hälfte zurückgegangen. Wer bezahlt uns denn diesen Schaden?"

Der Pessimismus der Schadensdetektive wird noch durch die Erfahrungen aus anderen Bundesländern verstärkt, in denen Grüngebiete das Wasser für Ballungsräume liefern müssen. Im Hessischen Ried, Fördergebiet für Frankfurt, begann es ebenfalls mit Rissen in Mauern und endete mit abgestorbenen Laubwäldern. Am Vogelsberg und am Fuhrberger Feld (Hannover), im Loisachtal bei Garmisch und in Schermbeck, Kreis Wesel, klagen Bürger über Schäden am Haus und trockene Teiche und Bäche.

In der Heide hat inzwischen ein Feilschen um Kubikmeterzahlen mit der Bezirksregierung, den Hamburger Wasserwerken und dem zuständigen Senator für Wasserwirtschaft, Energie und Stadtentsorgung, Jörg Kuhbier, begonnen. Maximal 15 Millionen Kubikmeter Wasser sollen nach Hamburg fließen, und zwar nicht nach festgelegtem Pumpmuster aus allen Brunnen, sondern flexibel je nach Wasserstand. Die flexible Förderung hat Kuhbier der Interessengemeinschaft inzwischen versprochen. Über Wassermengen will man in Hamburg bisher nicht diskutieren. Verhandlungsbereitschaft erhoffen sich die Heide-Bürger dennoch, vielleicht schon zum Wochenende, wenn wieder einmal ein Rundgang mit Behördenvertretern durch die gefährdeten Gebiete ansteht.

Die Fronten sind verhärtet. Von Umwelthysterie reden die einen, eine „Lüneburger Wüste" prophezeien die anderen. Dabei geht der Streit nicht um die malerischen, wacholderbestandenen Heideflächen, sondern um die vielen kleinen mosaikartig eingestreuten Feuchtgebiete und Bäche, in denen Tiere und Pflanzen leben und gedeihen, die anderswo bereits auf der „Roten Liste" stehen.

Nach einer Stellungnahme des Umweltbundesamtes ist die Wasserentnahme in der Nordheide im „klassischen Stil wasserrechtlicher Planungen" begonnen worden und durch den Zielkonflikt der wasserwirtschaftlichen Belange und des Naturschutzes geprägt. Das Amt notiert für die Entnahme von 25 Millionen Kubikmetern Wasser zwangsläufige Risiken für den Naturhaushalt, diagnostiziert die differenzierte Empfindlichkeit des Gebietes und nennt den „Fall Nordheide" als Beispiel für das Überschreiten der Grenzen ökologischer Tragfähigkeit in Verdichtungsräumen.

Auch die Erkenntnisse aus dem Großpumpversuch im vergangenen Jahr, der den Nachweis für den sinkenden Grundwasserspiegel brachte, änderten an der jetzigen Wasserentnahme nichts. Denn ein hydrogeologischer Bericht aus dem Niedersächsischen Landesamt für Bodenkunde sah keinen Anlaß zur Besorgnis. Schäden seien faktisch nicht zu erwarten, die Folgen des Pumpversuchs hätten die Prognosen nicht erreicht, und im äußersten Falle empfehlen die Wissenschaftler, Heidebäche aufzustauen.

„Doch da gibt es vielleicht bald nichts mehr aufzustauen", sagt Holger Gerke. Denn im Quellgebiet der Este wächst im Bachbett schon Gras. Toppenstedter Aue und Seeve führen ungewöhnlich wenig Wasser, der Wasserspiegel von Fischteichen ist um einen halben Meter gesunken, und der Anwalt Kurt Seegers stand vor ein paar Wochen selbst vor einem ausgetrockneten Teich in seinem Garten. Die Karpfen waren tot.

Offiziell werden bisher klimatische Schwankungen als Erklärung für den Wassermangel angeführt. Auch der Senator Kuhbier will an einen Zusammenhang zwischen Trockenheit und Wasserentnahme erst glauben, wenn es dafür „durch wissenschaftlichen Sachverstand abgesicherte Aussagen" gibt. Und ein Förster in der Nordheide, selbst durch die ungewöhnliche Trockenheit beunruhigt, gibt zu bedenken, daß vielleicht doch ein Niederschlagsdefizit der vergangenen Jahre den Wasserspiegel sinken ließ und daß selbst der regenreiche Sommer die trockenen Winter nicht ausgleichen konnte.

Hans Rütze hat aus den behördlichen Argumenten sein Fazit gezogen: „Die werden uns sagen, daß tieffliegende Düsenjäger und Panzer oder die Traktoren auf den Dorfstraßen an den Gebäudeschäden schuld sind und daß das alles mit dem Wasserwerk gar nichts zu tun hat."

Wird aus der Lüneburger Heide eine Lüneburger Wüste? FOTO: DIE WELT



Zweimal Shanghai 1985: Die Rikscha ist geblieben, neu sind die Autos und die nun notwendigen Geschwindigkeitsbegrenzungen. FOTOS: SVEN SIMON/DPA

Wenn Chinesen Aktionäre werden

In Shanghai zeigt sich am deutlichsten der politische und wirtschaftliche Wandel des Landes. Die Stadt ist auf dem besten Weg, wieder das zu werden, was sie immer war: Chinas Tor zur Welt, Chinas kapitalistische Metropole.

Von CHRISTEL PILZ

„Unsere Partei sagt, wir sollten Mut haben zum Experiment. Also experimentieren wir." Qui Guolian, stellvertretender Geschäftsführer der Shanghaier Kollektive „Yanzhong Copying Industry", legt eine Aktie auf den Tisch, die mit ihrem Dekor im Jugendstil genauso aussieht, als stamme sie aus jener Zeit, da Shanghai die Wirtschaftsmetropole des Pazifik war, eine Weltstadt, in der nur eines zählte: geschäftlicher Erfolg.

Das war bis 1949, als Mao Zedong das Reich der Mitte zur grauen Uniformiertheit kommunistischer Doktrin degradierte. Der Geist von Shanghai ging auf Tauchstation. Er hielt still und überlebte. Jetzt treibt er an allen Ecken, Straßen und Gassen dieser Riesenstadt von zwölf Millionen Einwohnern mit einer Vitalität empor, die den Besucher kaum glauben läßt, daß Shanghai noch kommunistisch ist. Es ist ein Kommunismus auf chinesisch. Eine Definition dafür fehlt. Erlaubt ist, was der Modernisierung dient. Modernisierung aber setzt Mittel zur Finanzierung voraus.

Seit Anfang dieses Jahres ist es erlaubt, neue Firmen zu privatisieren. Yanzhong ließ sich das nicht zweimal sagen. Die Geschäftsführung der Kollektivzentrale gründete ihr 17. Unternehmen, die „Yanzhong Industrial Corporation", und annoncierte für Mitte Januar die Ausgabe von Aktien im Gesamtwert von fünf Millionen Yuan, das Stück zum Nennwert von 50 Yuan, etwa 50 Mark.

„Yanzhong Industrial Corporation" will Kopiermaschinen produzieren. „Wir selbst konnten es kaum glauben", erläuterte Qui Guolian, der im Stil des neuen Typs chinesischer Manager sich in Hemd und Krawatte kleidet, Brille trägt und seine vibrierende Energie mit Zigaretten der Marke „Doppeltes Glück" kontrolliert. „Innerhalb von nur sechs Stunden waren wir ausverkauft." Der jüngste Anteilseigner sei drei Monate alt, der größte ein Schneider, der 40 000 Yuan bar in die Kasse zahlte und mit 2000 Aktien im Aktenköfferchen per Fahrrad nach Hause radelte.

Lange Schlangen hätten noch vor dem Stadtbüro gestanden, einem ehemals britischen Reihenhaus im Backsteinbau, als der Ausverkauf verkündet wurde.

Was hat die Menschen dazu bewogen, ihr Geld in dieses Experiment zu stecken? Regt sich hier Shanghais alte Liebe zum Modernen und Mondänen? Ist es die chinesische Leidenschaft zum Spiel und Wagnis? Oder ist es schlicht die Hoffnung, schnell reich zu werden?

Quin Guo Lian meint, die Aktienkäufer vertrauten dem Namen „Yanzhong". Kleidung, Wollpullover, Angelhaken oder elektrische Artikel aus der Firma seien bekannt für Qualität. Die Nachfrage steige rapide. Ebenso stiegen die Gewinne. Die Kollektive könne den 2100 Beschäftigten ihrer 17 Firmen einen guten Bonus zahlen. All das habe sich rumgesprochen. Der konkrete Anreiz aber dürfte die Ankündigung gewesen sein, daß sich mit Yanzhong-Aktien 15 Prozent verdienen lasse. Das ist fast doppelt soviel, wie Banken auf Spareinlagen zahlen.

Ist Quin noch Kommunist? Seine Antwort ist bezeichnend. Als Chinese wolle er tun, was er könne, um China reich zu machen. Die Kulturrevolution habe Land und Volk in bittere Armut gestürzt. Qui, der im Jahr der kommunistischen Machtübernahme geboren ist, sieht sich als einer der vielen Garanten dafür, daß eine zweite Kulturrevolution nie wieder möglich ist. Das „nie" wiederholt er dreimal.

Die Modernisierungspolitik von Deng Xiaoping hat eine „schöne neue Welt" aufgetan. Das Mao-Grau verblaßt und macht Farben Platz. Shanghai, Geburtsort der Kommunistischen Partei und ehemalige Hochburg der „Viererbande", ist dabei, zu seiner alten Rolle zurückzukehren, das Einkaufsparadies Chinas zu sein, die Stadt der Unternehmer, Händler und Bankiers, die Oase für Geschäftsleute aus aller Welt. Die Stadt am Yangzi-Delta ist wieder bunt geworden. Die Ära der Jeans und Tennisschuhe hat begonnen. Für weibliche Eleganz gibt es Samtröcke in Weinrot und Schwarz. Schmuck ist wieder erlaubt. Der Staat verdient am Goldverkauf mit.

Die Läden sind voll mit Waren. In Seitengassen blühen die privaten Märkte. Stände reihen sich an Stände, bieten Eier, Fisch, Fleisch, Gemüse, Schnittblumen und Topfpflanzen, Kinderspielzeug, Bücher und Zeitschriften, Kleidungsstücke, Plastiksandalen und Lederschuhe, Sonnenbrillen, Uhren und Schmuck an. Boutiquen, Restaurants, Garküchen, Spezialitätenläden schießen aus dem Boden.

Shanghai hat seinen ersten Kosmetiksalon. Man trifft sich in Teehäusern aus alten Zeiten, promeniert in kunstvoll angelegten Gärten ehemals reicher Bürger, ißt Eis am Stiel. Abends dröhnt aus Discos ohrenbetäubender Lärm. Im Konservatorium sind deutsche Komponisten in. Künstlerinnen, die noch bis vor kurzem Mao-Jacken zu plumpen Hosen trugen, zeigen sich in Abendkleidern. Christen, Buddhisten und Moslems können restaurierte, wiedereröffnete Andachtsstätten besuchen. Man darf sich wieder zur Religion bekennen. Die Aufführung von Händels „Messias" im letzten Februar galt als Sensation.

Manager und Parteisekretäre verbringen viele Stunden im ersten „Unternehmerclub" seit 36 Jahren. In ihrem Clubraum in einem alten Hotel tauschen sie Informationen und Erfahrungen aus, Rezepte zum Erfolg und diskutieren darüber, wie man reich wird.

Auch Qui Guolian gehört zu diesem Club, der 500 Mitglieder hat und seine Rolle auch darin sieht, Forum für ausländische Geschäftsleute zu sein. Hat es jemals ideologische Restriktionen gegeben? Nein, denn Ideologie ist out, Sachverstand ist in. Man lernt Englisch, Fachschulen und Universitäten haben mehr Zulauf, als sie verkraften können. Die Bevölkerung will lernen. Shanghai ist mit 711 wissenschaftlichen Institutionen das nationale Zentrum für Wissenschaft und Technik.

Hoffnung auf eine bessere Zukunft läßt die Menschen wieder lächeln. Jeden Tag strömen 70 000 Touristen, Geschäftsleute und Händler aus anderen Provinzen in diese – nach Mexico City – zweitgrößte Stadt der Welt. Trotz der Heerscharen von Radfahrern und Fußgängern, die mit Bussen, Taxis und Staatskarossen um Platz und Vorfahrt konkurrieren, ist die Atmosphäre entspannt. Brandneue Autos, vor allem japanische, aber auch deutsche Modelle, in der populären Farbe Knallrot, sind das augenfälligste Symbol der Öffnung nach außen.



In den Seitenstraßen der Stadt blühen die privaten Märkte FOTO: SVEN SIMON

IG Metall lehnt Personalabbau bei Arbed ab

UR. Bonn

In die Diskussion um die Sanierung von Arbed Saarstahl hat sich nun auch die IG Metall eingeschaltet. In einem Interview mit dem „parlamentarischen politischen pressedienst“ (ppp) hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Metallgewerkschaft, Rudolf Judith, den Widerstand seiner Organisation gegen den von der saarländischen Regierung und der Opposition als unausweichlich betrachteten Personalabbau bei Arbed angekündigt. Judith: „Wenn weitere 3000 bis 4000 Beschäftigte bei Arbed Saarstahl über Bord gehen sollen, dann geht das nach unserer Auffassung nur, wenn man auf die Produktion verzichtet und Anlagen stillegt ... Wir werden eine solche Politik nicht begleiten.“

Judith schloß sich außerdem der Argumentation des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (SPD) an, nach der Arbed in Konkurs gehen müßte, übernähme nicht die Bundesregierung die Entschuldung des Unternehmens. Weiter erklärte Judith, daß „nach privatwirtschaftlichen Gesichtpunkten die Probleme der Branche“ nicht zu lösen seien. Er plädierte für eine „Neuordnung der deutschen Stahlindustrie unter dem Dach einer nationalen Stahl-Holding“, die bei „entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften“ aus der Taufe gehoben werden müßte.

Gutachter Professor Müller für gesetzliche Anerkennung von Streik und Aussperrung

„Streikparagraph muß dringlich geändert werden“

● Fortsetzung von Seite 1

und Bremen mit der Auffassung durchgedrungen, daß auch das Nichtbezahlen von Arbeitslosengeld schon den Grundsatz der Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt verletzen könne. Deshalb hatte Nürnberg schließlich an mittelbar betroffene Arbeitnehmer bezahlt.

Dieser Auffassung widerspricht Professor Müller entschieden. Der Paragraph 116 AFG besage ganz konkret, „daß das Neutralitätsgebot ausschließlich durch Leistungsgewährung verletzt werden kann, nicht aber durch die Verweigerung von Leistungen“.

Um Klarheit zu schaffen, hatte eine Gruppe von Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon im vergangenen Herbst einen ersten Entwurf zur Neuregelung vorgelegt. Dieser war davon ausgegangen, für den „fachlichen Geltungsbereich“ eines Tarifvertrages grundsätzlich auch an mittelbar betroffene Arbeitnehmer keine Zahlungen der Nürnberger Bundesanstalt zuzulassen. Der Gutachter hielt diesen Vorschlag nicht für praktikabel, obwohl er eine Reihe von bisher streitigen Auslegungsfragen eindeutig klären würde. Dieser Entwurf lasse allerdings den persönlichen Geltungsbereich völlig außer acht und nähere sich damit einer „nicht haltbaren strengen Klassenunterscheidung“.

Gegen das Vorhaben der 130 Abgeordneten hatten die Gewerkschaften scharfen Protest eingelegt. Sie argumentierten, daß eine Neuregelung des Streikparagraphen 116 nicht notwendig sei und daß man im übrigen das anstehende Gerichtverfahren abwarten solle. Die Forderung nach einer Novellierung wurde als „Angriff auf die Tarifautonomie“ bezeichnet.

Der Entwurf ist allerdings auch innerfraktionell von den Abgeordneten seit Monaten nicht weiterbehandelt worden. Er wurde nicht formell „eingebracht“. Weder die zuständigen Arbeitsgruppen noch der Fraktionsvorstand haben sich damit befaßt. Vor kurzem hat auch der Fraktionsvorsitzende, Alfred Dregger, erklärt, so wichtige Entscheidungen könnten nicht in Form eines Gruppenantrages in den Bundestag eingebracht werden.

„Richtungspflöcke einschlagen“

GÜNTHER BADING, Bonn

In seinem seit langem erwarteten Gutachten zum Arbeitskampf hat sich der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichtes, Professor Gerhard Müller, gegen eine umfassende gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechtes ausgesprochen. „Es genügt, dies ist aber auch erforderlich, gleichsam gesetzliche Richtungspflöcke einzuschlagen.“

Müller äußerte Zweifel, ob sich die die Vorstellungen von Bundeskanzler Helmut Kohl verwirklichen lassen, anstelle der vielfach verlangten gesetzlichen Regelung des Arbeitskampfrechts im Sinne der Subsidiarität dies besser von den Tarifvertragsparteien lösen zu lassen. Allerdings sprach der Gutachter diesen, beim letzten Spitzengespräch der Regierung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) am 23. Juli vom Kanzler geäußerten Gedanken nicht direkt an. Müller schrieb nur, daß zwar die Tarifvertragsparteien den von der staatlichen Gesetzgebung freigehaltenen Raum der Tarifautonomie „auffüllen“ müßten. Aber „eine realistische Betrachtung muß jedoch zu dem Ergebnis kommen, daß, wenigstens für absehbare Zeit, eine Kampfordnung, die diesen Namen verdient, als Ergebnis tarifvertraglicher Vereinbarungen nicht zu erwarten ist.“

Sozialpartnerschaft über Tarifautonomie

Die Interessenspannungen zwischen den beiden Verbänden – Gewerkschaften und Arbeitgebern – seien „sehr groß“ und teilweise mehr von einem Gegeneinander als von einem Miteinander geprägt. Grundsätzlich hält der Gutachter fest, daß „über der Tarifautonomie“ und damit auch über dem Arbeitskampf das Prinzip der Sozialpartnerschaft zu stehen habe. Zwar möge die Sozialpartnerschaft arbeitsrechtlich nicht unmittelbar festgeschrieben sein. Das aber öndere „nicht an ihrem Charakter als Grundlage der verfassungsrechtlich gewährleisteten Eigenbetätigung der Koalitionen (Tarifvertragsparteien, d.Red.) im Bereich des Tarifwesens. Sie ist jedenfalls eine unbedingte und unerläßliche Vorgabe derselben.“

Zu den von ihm vorgeschlagenenen „gesetzlichen Richtungspflökken“ für das Arbeitskampfrecht macht Professor Müller nach der grundsätzlichen Erörterung der Verfassungsmäßigkeit der Tarifautonomie und ihrer historischen Begründung konkrete Vorschläge:

Der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichtes spricht sich für die gesetzliche Anerkennung von Streik und Aussperrung aus. Diese Haltung ist ein Novum. Bisher war zwar die Zulässigkeit der sogenannten „Abwehr-Aussperrung“ auch in Urteilen des Bundesarbeitsgerichtes anerkannt worden. Professor Müller will diese Anerkennung per Gesetz auch auf die Angriffsaussperrung ausdehnen. Auch hier macht er einen konkreten Formulierungsvorschlag für eine gesetzliche Regelung: „Sind Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages endgültig und unter Berücksichtigung aller Umstände für dauernd ins Stocken geraten, können Streik und Aussperrung eingesetzt werden. Der Arbeitskampf kann mit einer Aussperrung eröffnet werden.“ Allerdings hält Müller den Hinweis auf das Ultima-ratio-Prinzip in einem solchen Gesetz für erforderlich: „Streik und Aussperrung sind stets nur das letzte Mittel. Das gilt insbesondere für die Aussperrung.

Sie ist im allgemeinen gegenüber dem Streik in weniger zahlreichen Fällen als der erste Schritt im Arbeitskampf zulässig.“ Und noch eine Bedingung nennt der Gutachter. Die Formulierung jeder Regelung müsse so gehalten werden, daß Schlichtungsvereinbarungen zwischen den Tarifvertragsparteien auf freiwilliger Basis und zwar einschließlich von Abkommen mit bindender Wirkung des Schlichtungsspruches möglich bleiben.

Seit 1945 habe es nicht eine einzige Angriffaussperrung gegeben, stellt Müller fest. Dennoch müsse sie als notwendiges Kampfmittel in der Tarifautonomie verankert werden. Eine Angriffsaussperrung der Arbeitgeber sei denkbar, um überhaupt erst einmal Tarifverhandlungen zu erzwingen. „Vor allem aber kann in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Depressionen die Arbeitgeberseite in allen möglichen Branchen und Regionen vor der Notwendigkeit stehen, den Abbau tariflicher Leistungen im Interesse der Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu fordern, während die Arbeitnehmervereinigungen unter allen Umständen bei den bisherigen Regelungen verbleiben wollen. Eine solche Konstellation ist keineswegs undenkbar. Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen will man aus verständlichen Gründen gerade auch bei einer Rezession behalten. Bei einem solchen Interessengegensatz wären Tarifverhandlungen ohne die Befugnis zur Aussperrung nicht mehr als das, was das Bundesarbeitsgericht im Blick auf die bisherige Sozialgeschichte bei einem Fehlen der Streikbefugnis hinsichtlich der Arbeitnehmervereinigungen gegesagt hat, nämlich ‚kollektives Betteln‘.“

Kein Einsatz von Beamten

Professor Müller verweist darauf, daß sich durch eine gesetzliche Verankerung von Streik und Aussperrung auch die Diskussion um den Paragraphen 29 der hessischen Landesverfassung erübrige, der ein Aussperrungsverbot ausspricht. Obwohl dieses Verbot nach Entscheidungen übergeordneter Gerichte angesichts der verfassungsmäßigen Garantie der Tarifautonomie einschließlich des Arbeitskampfes mit den beiden Tarifparteien zustehenden Kampfmitteln Streik und Aussperrung nicht mehr greift, haben Gerichte der ersten Instanz in Hessen davon noch zugunsten der klagenden IG Metall Gebrauch gemacht.

Müller wendet sich auch gegen die vom Bundesarbeitsgericht – unter seinem Vorsitz – bisher geübte Beschränkung der Abwehraussperrung in einer Art Quotenregelung. Er setzt auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, lehnt die Beantwortung der Abwehraussperrung mit Ausweitung des Streiks, und als Folge davon die Ausdehnung der Abwehraussperrung in einer Art sich selbst fortschreibenden Spirale ab, da dies zu „überflüssigen Schäden“ führe, aber nicht der Annäherung an den notwendigen Kompromiß diene.

Müller setzt sich energisch für Schlichtungsvereinbarungen ein – wie sie im Bereich der Metallindustrie bestehen und im Sommer 1984 auch zur Beilegung des langandauernden Arbeitskampfes für und wider die Wochenarbeitszeitverkürzung benutzt worden sind – notfalls durch eine gesetzliche Regelung. Ausführlich erörtert er auch Möglichkeiten, eventuell zur Begrenzung nationalen Schadens der Regierung ein Anrufungsrecht beim Bundesarbeitsgericht einzuführen, das seinerseits dann die Einsetzung einer Schlichtungskommission anordnen können soll – deren Spruch jedoch nicht verbindlich gemacht werden dürfe.

Den aus der FDP erhobenen Vorschlag, die jeglichem Streik von Gewerkschaften vorausgehenden Urabstimmungen nicht auf die Gewerkschaftsmitglieder zu beschränken, sondern auf alle vom eventuellen Arbeitskampf betroffenen Arbeitnehmer auszudehnen, lehnt Professor Müller rundweg ab. Er macht dabei sowohl verfassungsrechtliche Bedenken geltend, da Grundprinzip der Tarifautonomie das Handeln der freiwilligen Koalition sei, konkret also der Gewerkschaften auf Arbeitnehmerseite. Zum anderen sei es auch nicht vertretbar, daß die Mitglieder einer fremden Gewerkschaft mit der Urabstimmung die Arbeitskampftaktik einer anderen Organisation mitbestimmten. Als Beispiel führte er den Arbeitskampf bei der Lufthansa im vergangenen Jahr an, wo ÖTV und DAG konkurrieren und nur eine der beiden Gewerkschaften, die ÖTV, überhaupt zur Urabstimmung aufrufen wollte.

Getreu seiner hohen Einschätzung der Neutralitätsverpflichtung des Staates im Arbeitskampf kommt Professor Müller bei Streik im öffentlichen Dienst zu dem Schluß, daß Beamte nicht auf den Posten streikender Arbeiter und Angestellter eingesetzt werden dürfen. Man dürfe „nicht auf der einen Seite für Neutralität sein, und sie auf der anderen Seite mit dem Einsatz von Beamten im Felde des öffentlichen Dienstes aufgeben.“

Zur „neuen Beweglichkeit“, der von der IG Metall entwickelten Warnstreik-Taktik, in einer Art von Nadelstich-Politik überall im Bundesgebiet sogenannte „Warnstreiks“ zu organisieren, hält Professor Müller fest, daß er – der auch von den Arbeitgebern vertretenen – Ansicht sei, daß dies nicht mehr der klassische Warnstreik mit „mildem Druck“ sei, sondern eine erste Form des „Erzwingungsstreiks“. Der aber sei während laufender Tarifverhandlungen nicht zulässig. In dieser Frage steht eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus; dennoch sieht Professor Müller danach die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung.

Fink: Wirklich Bedürftigen Hilfe geben

pje. Bonn

Die Notwendigkeit einer „im Ausgabenstrudel verlorengegangenen Rückbesinnung“ auf die „eigentliche Aufgabe der Sozialhilfe, den wirklich Bedürftigen ein wirklich menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen“, hat der Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Sozialpolitik der CDU, der Berliner Senator Ulf Fink, gefordert. Er legte zur Realisierung dieses Postulats jetzt ein Strategiepapier zur Konsolidierung der Sozialhilfe vor. Darin plädiert er für eine Verringerung systemfremder Lasten der Sozialhilfe (etwa durch eine Verbesserung der Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz). Daneben fordert er eine Verringerung der Lasten der stationären Krankenhausbehandlung durch den Ausbau der ambulanten Pflege und schließlich will er mißbräuchlicher Inanspruchnahme unter anderem durch gemeinnützige Arbeit entgegenwirken.

Fünffache Kosten

Veranlaßt zu diesen Schritten, die Bund und Länder in die Tat umsetzen sollen, sieht sich Fink durch die Kostenexplosion der Sozialhilfeausgaben, die sich von 3,4 Milliarden 1970 auf gut 18 Milliarden Mark 1983 verfünffachten. Fink: „Konsolidierung der Sozialhilfe heißt, sozialpolitischen Handlungsspielraum zu schaffen, um den wirklich Bedürftigen angemessen und wirksam die ihnen zustehende Hilfe zukommen zu lassen.“

Nach Finks Überzeugung ist die Sozialhilfe für ein „massenhaftes soziales Risiko“ wie die Arbeitslosigkeit nicht geschaffen. Bezogen 1980 noch 80 000 Haushalte Sozialhilfe wegen Arbeitslosigkeit, so stieg diese Zahl 1983 schon auf 203 000 Haushalte. Vom 18-Milliarden-Mark-Etat der Sozialhilfe entfielen 1983 rund zwei Milliarden auf die Unterstützung von Arbeitslosen. Aus diesem Grund spricht sich der CDU-Politiker dafür aus, die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit – wie von der Bundesregierung beabsichtigt – zur Verbesserung der beruflichen Qualifizierung von Arbeitslosen sowie für die Verlängerung der Gewährung von Arbeitslosengeld einzusetzen.

Auch die Unterstützung von Pflegebedürftigen, die heute oft in Akutkrankenhäusern teuer untergebracht sind, ist nach Finke zu einer „besonders ausgabenintensiven Leistung der Sozialhilfe“ geworden. Er plädiert für den Ausbau der ambulanten Pflege und für die Änderung der Reichsversicherungsordnung, die die Aufnahme eines Pflegebedürftigen in eine Tagesklinik heute nur zuläßt, wenn der Betroffene zuvor vollstationär behandelt worden ist. Nach Berechnungen Finkes ließen sich durch diese Maßnahmen und eine Senkung der stationären Verweildauer Sozialhilfekosten in Höhe von rund drei Milliarden Mark sparen.

Berliner Muster

Um mißbräuchliche Inanspruchnahme der Sozialhilfe künftig auszuschließen, fordert Fink, Sozialhilfeempfänger nach Berliner Muster zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen, was das Gesetz im Rahmen der individuellen Möglichkeiten der Betroffenen zuläßt. So wurden in Berlin von 38 000 aufgeforderten Sozialhilfeempfängern 28 000 zu gemeinnütziger Arbeit eingesetzt. 4200 Personen, die dies ablehnten, wurde die Sozialhilfe gekürzt oder sie verzichteten auf Unterstützung. Folge: 1983 sank in Berlin die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 7000 (minus 4,5 Prozent), die Ausgaben für Sozialhilfe stiegen gegenüber 1982 nur noch um 2,7 Prozent und damit gegenüber allen anderen Bundesländern (Durchschnitt plus 7,6 Prozent) am geringsten. Finke: „Ziel dieser Strategie muß es auch sein, die vorrangige Aufgabe der Sozialhilfe, individuelle Hilfe und Beratung, wieder zu stärken.“

Aufwärtstrend im Transitverkehr unvermindert

DW. Berlin

Der Aufwärtstrend im Transitverkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet hält unvermindert an. Darauf hat gestern der Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz, hingewiesen. Nach seinen Angaben haben allein im Juli 2,36 Millionen Reisende die Transitstrecken benutzt. Dies bedeute im Vergleich zum Juli 1984 eine Steigerung von 140 000 Reisenden oder 6,4 Prozent. Gegenüber den ersten sieben Monaten des Vorjahres seien mit 13,13 Millionen Reisenden sogar fast 850 000 Menschen (ein Plus von 6,8 Prozent) mehr gezählt worden.

Scholz begrüßte besonders, daß auch bei Besuchen in dringenden Familienangelegenheiten eine positive Entwicklung zu verzeichnen sei. Mehr als 30 000 Bewohnern der „DDR“ sei im ersten Halbjahr 1985 eine Reise in die Bundesrepublik Deutschland oder nach Berlin gestattet worden. Dies bedeute eine Steigerung von mehr als 16 Prozent. Der Aufwärtstrend hält nach seinen Worten offensichtlich insgesamt an.

NRW-FDP gegen Sozialisierung

dpa, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische Landesverfassung aus dem Jahre 1950 enthält nach Ansicht des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Nordrhein-Westfälischen Landtag, Achim Rohde, immer noch Passagen, die der freien Marktwirtschaft abträglich sind. Die FDP-Fraktion werde sich deshalb unter anderem für die Streichung des Artikels 27 einsetzen. Dieser von Rohde so bezeichnete „Sozialisierungsartikel“ sieht vor, daß „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, in Gemeingut überführt werden“ sollen. Im zweiten Absatz des Artikels heißt es: „Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, sind zu verbieten.“

Überzeugter Verfechter der sozialen Marktwirtschaft



Ernst-Gerhard Erdmann wird heute 60 Jahre alt FOTO: CLAUS

Spitzenmanager zeichnen sich durch drei Charakteristika aus: langsames Sprechen, eindrucksvolles Auftreten und völlige Humorlosigkeit.“ Auf den ersten Blick trifft dieses Urteil des amerikanischen Soziologen Vance Packard auch auf den Spitzenmanager der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zu. Doch der erste Blick täuscht: BDA-Hauptgeschäftsführer und Präsidialmitglied Ernst-Gerhard Erdmann, der heute sein 60. Lebensjahr vollendet, ist alles andere als humorlos. Und hinter einem überlegt wirkenden Sprechen verbergen sich Besonnenheit und ein hohes Maß an Selbstdisziplin – Eigenschaften also, die in schwierigen Zeiten das Klima beruhigen können. Eindrucksvolles Auftreten schließlich brauchte dieser Mann nicht zu üben, dafür sorgt schon seine Statur.

Seit Juli 1974 führt Erdmann verantwortlich die Geschäfte der sozialpolitischen Spitzenorganisation der deutschen Unternehmer. Der Berliner aus preußischem Elternhaus, Synonym für seine Zuverlässigkeit und sein Pflichtbewußtsein, ist ein überzeugter Verfechter der sozialen Marktwirtschaft und einer freiheitlichen Ordnungspolitik, die die Anerkennung des privaten Unternehmertums in Staat und Gesellschaft einschließt. Darin sieht er zugleich eine wichtige Voraussetzung für sozialen Fortschritt und politische Stabilität. Dabei ist der Jurist kein Mann des „Zeitgeistes“, der sozial- und gesellschaftspolitischen Forderungen nach „Veränderung“ nur deshalb nachkäme, weil sie gerade „en vogue“ zu sein scheinen.

Das heißt nicht, daß Erdmann zu verteidigen sucht, was gestern war; er praktiziert vielmehr die Bewahrung des Unverzichtbaren gegenüber absehbaren Gefährdungen. So bejaht er die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, gewerkschaftliche Paritätsforderungen auf Unternehmensebene aber hat er stets mit überzeugenden Gründen abgelehnt.

In der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung sieht er eine besondere gesellschaftspolitische Herausforderung. Die von der Bundesvereinigung entwickelten Strategien für mehr Beschäftigung und mehr Lehrstellen hat er mitgeprägt. Als weitere vorrangige Aufgabe betrachtet er die Wiederherstellung solider finanzieller Grundlagen des sozialen Sicherungssystems.

Erdmann, der, wenn die Atmosphäre stimmt, gern Fontane und Reuter zitiert und seinen Witz (O-Ton Berlin) blitzen läßt, studierte Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Mainz und Heidelberg, promovierte 1952 zum Doktor der Rechte und trat im gleichen Jahr auch in die Bundesvereinigung ein. 1964 wurde er stellvertretender Hauptgeschäftsführer und am 1. Juli 1974 Hauptgeschäftsführer der BDA.

Das sozialpolitische Wirken Erdmanns hat seinen Niederschlag gefunden in zahlreichen Publikationen, etwa zur Tarifautonomie, zum Arbeitsrecht und zur Unternehmensverfassung. Als Mitglied des Präsidiums des Instituts der Deutschen Wirtschaft sowie der Vorstände der Walter-Raymond-Stiftung und der Hanns Martin Schleyer-Stiftung gestaltet er deren wissenschaftliche und politische Arbeit mit.

Als früherer stellvertretender Vorsitzender des Executiv-Ausschusses der Internationalen Arbeitgeber-Organisation in Genf und langjähriges Mitglied des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) steht er diesen Institutionen noch heute als Ratgeber zur Seite.

PETER JENTSCH

Schwere Kämpfe: Lage in Libanon verschärft sich

DW. Beirut

Die schwersten Artilleriegefechte zwischen Moslems und Christen seit einem halben Jahr haben die ohnehin angespannte innenpolitische Lage in Libanon weiter verschärft. Dabei kamen in Beirut und der libanesischen Hauptstadt Tripolis insgesamt 84 Menschen ums Leben. 233 Menschen wurden verletzt. Bei den schweren Kämpfen in Beirut bekämpften sich erstmals seit zwei Monaten wieder Angehörige der schiitischen Amal-Miliz und Palästinenser. Mit Panzern und Artillerie gingen die Milizionäre in dem Gebiet um das Flüchtlingslager Burdsch el Baradschneh gegen palästinensische Freischärler vor. Auch in den nahegelegenen Bergen schossen verfeindete Gruppen mit Granaten und Raketenwerfern. Mit der Wiederaufnahme der Kämpfe wurde ein am 18. Juni unter syrischer Vermittlung zustande gekommener Waffenstillstand erstmals gebrochen.

„Al Ahram" verurteilt Mord an Diplomat

dpa, Kairo

Als einzige der drei staatlich kontrollierten Kairoer Tageszeitungen hat gestern „Al Ahram" in einem Kommentar den Mord an dem israelischen Diplomaten Albert Atrakschi verurteilt: „Wir verurteilen den Terrorismus in all seinen Spielarten", schrieb das Blatt und fügte hinzu: „So, wie Ägypten die israelischen Praktiken in Westjordanien und die von israelischen Siedlern verübten Terrorakte gegen die arabische Bevölkerung verurteilt hat, so verurteilt es genauso entschieden den von verantwortungslosen Menschen gestern verübten Terrorakt." Zivilisten aufzulauern und sie zu ermorden könne weder die Methode militanter Kräfte sein noch derjenigen, die einen gerechten Frieden befürworteten und „die legitimen Rechte der Palästinenser durchsetzen wollen".

Gesetzentwurf zum Leihmütter-Verbot

AP, Wien

Einen Gesetzentwurf für ein Verbot von Leihmüttern hat die Österreichische Volkspartei (ÖVP) vorgelegt. Wie die Partei gestern in Wien mitteilte, sieht der Gesetzentwurf außerdem ein Verbot von Versuchen mit Embryonen sowie des Handels mit Föten vor. Mit dem sogenannten Leihmutter-Verbot will die ÖVP verhindern, daß Kinder drei Arten von Müttern – genetische, biologische und soziale – haben können. Die Partei rechnet damit, daß ihr Initiativantrag auch von der österreichischen Bundesregierung mitgetragen wird.

US-Ausgabe der „Prawda" geplant

SAD, New York

Die Amerikaner können von September an die „Prawda", das Zentralorgan der KPdSU, in englischer Sprache lesen. Der Verlag Associated Publishers will eine englischsprachige Ausgabe der sowjetischen Zeitung herausbringen. Die Ausgabe ist nach Angaben des Verlags in erster Linie für Bibliotheken und Universitäten gedacht. Das Abonnement soll 630 Dollar im Jahr kosten. Die englischsprachige Version der „Prawda" wird voraussichtlich zehn bis 14 Tage nach Erscheinen des sowjetischen Originals ausgeliefert.

Moloise gesteht Mord trotz Gnadenfrist

AP/rtr, Johannesburg

Der wegen Ermordung eines schwarzen Polizisten zum Tode verurteilte schwarze südafrikanische Dichter Benjamin Moloise hat jetzt zugegeben, an der Tat beteiligt gewesen zu sein. Seine Anwältin teilte gestern mit, Moloise habe eine entsprechende beeidigte Erklärung unterschrieben. Darin bekenne er, daß er unter dem Druck der schwarzen Untergrundorganisation Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) an der 1983 verübten Bluttat teilgenommen habe.

Ein Richter am Obersten Gericht Südafrikas hatte dem zum Tode Verurteilten einen Hinrichtungsaufschub von drei Wochen gewährt, weil die Anwälte mit der Begründung, es gebe neue Beweise für Moloises Unschuld, eine Wiederaufnahme des Verfahrens angestrengt hatten. Die Entscheidung erfolgte zwölf Stunden vor der für gestern festgesetzten Hinrichtung durch den Strang. Moloise beteuerte seit seiner Verurteilung im Juni 1953, die Polizei habe das Mordgeständnis erzwungen. Die Untergrundorganisation „Afrikanischer Nationalkongreß" (ANC) hatte erklärt, eine ihrer Einheiten und nicht Moloise habe den Polizisten getötet.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ein Ungar plädiert für selbständige Außenpolitik

Replik auf „Prawda"-Bericht / Richtungskampf im Kreml?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Ist in der obersten Führung der Sowjetunion ein Richtungskampf über die künftig einzuschlagende Außen- und Wirtschaftspolitik entbrannt? Auf prinzipielle Meinungsverschiedenheiten lassen zwei grundsätzliche Beiträge in der Juli-Ausgabe des Moskauer theoretisch-ideologischen Parteiorgans „Kommunist" schließen.

Beide Beiträge stellen eine direkte Replik zu einem „Prawda"-Artikel vom 21. Juni dar. Die „Prawda" hatte damals heftige Attacken gegen gewisse kommunistische Länder gerichtet, die eine zu selbständige Außenpolitik führen und eine Reform in Richtung Marktwirtschaft verwirklichen wollten. Kernthese der „Prawda": Es darf keinerlei Sonder- und Vermittlerrolle einzelner Ostblockstaaten zwischen Ost und West, es darf keinerlei Schwächung der zentralen Planwirtschaft und keinerlei Einführung von Privateigentum geben.

In politischen Kreisen geht man davon aus, daß sich diese Angriffe des sowjetischen Zentralorgans gegen Ungarn, die „DDR" und Rumänien richteten. In einigen osteuropäischen Hauptstädten rief der „Prawda"-Artikel besorgte Reaktionen hervor, weil sich die Hoffnungen auf einen liberalen Kurs Gorbatschows zu zerschlagen schienen.

Nun hat bezeichnenderweise ein führender ungarischer Kommunist, das Mitglied des Politbüros, Karoly Nemeth, Gelegenheit erhalten, in „Kommunist" einen ganz anderen Standpunkt darzulegen. Nemeth berichtet, daß Ungarn mit großen sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, der Lebensstandard gewisser Bevölkerungsschichten in den letzten fünf Jahren drastisch gesunken sei.

Damit fängt der ungarische Politiker offenbar die Kritik gewisser dogmatischer Kreise in Budapest und Moskau am ungarischen Reformkurs ab. Aber, so Nemeth weiter, die Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ungarns lägen in der äußeren Umgebung – vor allem in der „erhöhten internationalen Spannung" und in den ungünstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen.

Interessant ist, daß Nemeth keineswegs dem Westen die Schuld an diesen internationalen Spannungen zuweist. Er erinnert die Sowjets daran, daß Ungarn in hohem Maße von seinem Außenhandel abhängig sei, und wehrt sich somit gegen den Vorwurf einer zu großen Abhängigkeit seines Landes vom Westen. Ungarn sei auch weiterhin entschlossen, „die gegenseitig vorteilhaften wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Verbindungen zu den entwickelten kapitalistischen Staaten" auszubauen. Auch wolle sein Land den Handel mit „allen sozialistischen Ländern" ausbauen – offensichtlich also nicht nur mit den RGW-Mitgliedern, sondern auch mit China.

Nemeth dreht den Spieß, den die sowjetischen und ungarischen Reformgegner gegen den Budapester Kurs gerichtet hatten, geradezu um, indem er postuliert: Gerade weil die Außenwirtschaftsbedingungen für Ungarn so ungünstig seien, müsse das Land sein Reformprogramm unbeirrt fortsetzen. Außerdem verteidigt der ungarische KP-Politiker auch den von der „Prawda" attackierten privaten Sektor, vor allem in der Landwirtschaft. Dieser private landwirtschaftliche Sektor (dem Ungarn einen großen Teil seiner Agrar-Erfolge verdankt) werde auch weiter eine wichtige Rolle zu spielen haben.

Schließlich gibt Nemeth offen zu, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu einer Zerreißprobe der ungarischen KP geführt hätten, aber, so formuliert er wörtlich: „Unsere Politik braucht konstante Erneuerung ... Die Partei wird von Prinzipien, nicht von Dogmen geleitet ... Und die Antworten, die vor Jahrzehnten oder sogar vor einem Jahrzehnt ... gegeben wurden, entsprechen nicht mehr den heutigen Notwendigkeiten."

Unterstützt wird diese ungarische Linie in der gleichen Ausgabe des „Kommunist" durch einen weiteren „reformistischen" Aufsatz des sowjetischen Nationalökonomen Bogomolow. Er schreibt: „Einzelne sozialistische Staaten nehmen einen spezifischen Platz in der Welt und in der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung ein. Sie befinden sich in verschiedenen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie haben unterschiedliche ökonomische und politische Strukturen und Traditionen. Als Ergebnis kann die Summe ihrer nationalen und staatlichen Interessen nicht völlig identisch sein. Jedes Land hat seine eigenen spezifischen Interessen ..."

Theorie gepaart mit Sachverstand

Befreiungstheologie als Herausforderung für Kirche und Wirtschaft / Studiengespräch

Von JÜRGEN LIMINSKI

Auch diesmal war „Betroffenheit" mit von der Partie. Aus Betroffenheit über die sozialen Unterschiede, Miß- und Notstände in Lateinamerika sei die Befreiungstheologie entstanden. Das Engagement der angesichts dieses Unheils betroffenen Theologen habe „heilsame Beunruhigung" in weltweite Kirchenkreise getragen. Betroffenheit am Rand der Selbstanklage – dagegen wandte sich Michael Spangenberger, Leiter des Referats Kirche/Wirtschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft, das gemeinsam mit der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Gilde Katholischer Ingenieure Deutschlands zum Studiengespräch über „Theologien der Befreiung – Eine Herausforderung der Kirche, Gesellschaft und Wirtschaft?" eingeladen hatte. Wahrscheinlich zur Erleichterung mancher Vertreter der deutschen Wirtschaft und evangelischer sowie katholischer Sozialverbände reklamierte er das Recht auf Betroffenheit auch „für diejenigen, die nach gewissenhafter Prüfung feststellen, daß dieser oder jener Befreiungstheologe nicht mehr auf dem Boden der Lehre der Kirche oder einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung steht." Betroffene und Nichtbetroffene spendeten Beifall.

Auch der Ordinarius für christliche Gesellschaftslehre an der Universität in Osnabrück, Professor Manfred Spieker, wollte „den Eindruck vermieden wissen, daß die Befreiungstheologie uns erst auf die Mißstände hingewiesen hat". Nicht wenige der rund hundert Teilnehmer des Kolloquiums werden sogar davon überzeugt sein, daß es diesen Theologen vor allem um revolutionäre Strukturveränderungen in einem Ausmaß geht, das sich nicht nur auf ein paar lateinamerikanische Länder beschränkt, sondern in der Anlage über diesen Subkontinent hinausgreift.

Dialog noch möglich?

Mit erdrückender Gründlichkeit hatte Spieker in seinem Vortrag („Politik und Ökonomie in den Theologien der Befreiung") die marxistischen Wurzeln dieser Befreiungstheologien freigelegt und auf den totalitären Charakter in den Forderungen ihrer Avantgarde hingewiesen. Die Kategorie der Gewalt sei, so Spieker, in diesem Gedankengebäude zu Hause. Denn die Vertreter dieser Theorien klammerten jeden „legitimen Pluralismus" aus und „verwerfen einhellig" jede politische Reform, die nur Teil-Veränderungen bringe. Ja, Boff scheue sich nicht, in diesem Zusammenhang Ayatollah Khomeini als religiösen Propheten zu preisen, weil es ihm gelungen sei, aus dem islamischen Glauben heraus ein ganzes Volk zur Erhebung zu bewegen. Die Klassenkampf-Theorien der Befreiungstheologen stellten sogar die sowjetische Oktober-Revolution als „Sieg der Demokratie" dar.

Dennoch hofft der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, daß ein Dialog mit diesen Befreiungstheologen noch möglich ist. Das „geistige Ringen" sei im Gange. Wesentliche Aussagen der umstrittenen Bewegung seinen freilich mit der katholischen Soziallehre nicht mehr vereinbar.

Die Kirche müsse andererseits mit Hilfe der katholischen Soziallehre zur Bewußtseinsänderung auch in hochindustrialisierten Ländern beitragen und deren Regierungen müßten mehr tun, um Not und Elend in der Dritten Welt zu beseitigen. Es müsse mehr in den Kategorien des „weltweiten Gemeinwohls" gedacht werden. Höffner: „Angesichts des Elends in den Entwicklungsländern ist es ein Gebot der gesamtmenschlichen Gemeinwohlgerechtigkeit, den notleidenden Völkern tatkräftig zu Hilfe zu kommen. Die hungernden Völker erwarten vor allem von den Christen ein Zeichen." Bleibe dieses Zeichen aus, drohe die Gefahr, daß die Massen durch „trügerische Versprechungen" aufgewiegelt und an „totalitäre Ideologien" ausgeliefert werden.

In seinem Vortrag (Das Verhältnis der Theologien der Befreiung zur Katholischen Soziallehre) hatte Höffner zuvor die immer wieder vorgebrachten Vorurteile widerlegt, wonach die Kirchen nicht rechtzeitig auf die Mißstände aufmerksam gemacht und an ihrer Behebung gearbeitet hätten. Seine Analyse der Befreiungstheologien gipfelte in der doppelten Erkenntnis, es sei einerseits „bestürzend", zu sehen, wie „unkritisch und unbekümmert führende Vertreter der Befreiungstheologie die marxistische Analyse übernehmen" und nicht wahrhaben wollen, daß überall da, wo der Marxismus die Macht errungen habe, dies nicht zur Befreiung des Menschen, sondern zu seiner Unterdrückung geführt habe. „Die Freiheit des arbeitenden Menschen ist besser gewahrt in einer Wirtschaftsordnung mit Millionen von Arbeitgebern und freien Gewerkschaften als in einem System, in dem der Staat der einzige Arbeitgeber ist und die Gewerkschaften ein Instrument dieses Staates sind." Andererseits seien wegen der Dringlichkeit der Problematik und ihrer weltpolitischen Dimension auch die deutschen Unternehmer aufgerufen, noch mehr zu tun, zum Beispiel im gesellschaftlichen Umfeld durch Bildung und Erziehung oder durch Genossenschaftsprojekte. Es gelte eine aktive Unternehmermentalität in Afrika, Lateinamerika und Asien zu fördern, um in den Ländern der Dritten Welt einen breiten Mittelstand zu schaffen, der, wie auch andere Diskussionsteilnehmer überzeugend darlegten, das beste Mittel gegen Not, Elend und revolutionäre Bewegungen ist.

Guter Wille genügt nicht

Es gibt dafür allerdings keine Patentrezepte. Der Kontext muß, wie Professor Martin Honecker (Systematische Theologie und Sozialethik, Bonn) ausführte, stärker bedacht werden. Und vor übertriebenen Erwartungen warnte auch der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser. Der Unternehmer sei ein Bürger wie alle anderen. Das „Mehrtun" hänge von den jeweiligen Umständen ab. Deshalb sei auch die soziale Marktwirtschaft nicht so ohne weiteres exportierbar. Esser: „Guter Wille allein genügt nicht. Ein Einzelunternehmen muß betriebswirtschaftlich denken. Caritatives Denken allein darf uns hier nicht leiten, weil dies keine dauerhaft tragbare Beziehung schafft zwischen hochindustrialisierten Ländern und der Dritten Welt. Eine engere Zusammenführung der handelnden Kräfte ist nötig."

Diese Notwendigkeit hat das Institut der deutschen Wirtschaft früh erkannt. Studiengespräche dieser Art in seinem Haus sind gewiß hilfreicher für die Bewältigung der anstehenden Probleme als kluge Diskussionen in theologischen oder auch unternehmerischen Zirkeln. Denn wie sein Direktor, Professor Gerhard Fels, im Schlußwort bemerkte, Voraussetzung für das Verteilen sei wirtschaftliches Wachstum. Und deswegen müßten „ethische und theologische Überlegungen mit ökonomischem Sachverstand zusammenarbeiten."

Bonn und Paris stimmen weitere Marschroute ab

BERNT CONRAD, Bonn

Europäische Fragen standen gestern abend im Mittelpunkt informeller Gespräche zwischen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem französischen Amtskollegen Roland Dumas in Bonn. Wenige Tage vor der am Samstag geplanten Begegnung von Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand an der Côte d'Azur konzentrierten sich Genscher und Dumas darauf, eine gemeinsame Marschroute für die EG-Sonderkonferenz über eine Europäische Union am 9. September in Luxemburg und für das nächste Eureka-Außenministertreffen in Hannover am 5. und 6. Oktober zu finden.

Politisch will der Bundesaußenminister vor allem wissen, wie weit Frankreich in Fragen einer Verbesserung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), der Mehrheitsentscheidungen in den EG-Gremien und einer technologischen Kooperation zu gehen bereit ist. Über diese Themen hatte er schon vor seinem jetzt beendeten Urlaub mit dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe konferiert; er wird sie in der nächsten Woche auch mit seinem italienischen Amtskollegen Giulio Andreotti erörtern.

Grundsätzlich geht es Genscher – wie aus seiner Umgebung verlautet – vor allem darum, beim Eureka-Projekt für ein „Europa der Technologie" den zur Zeit noch vorhandenen Schwung zu nutzen, um in Übereinstimmung mit dem innerhalb der Bundesregierung materiell zuständigen Forschungsminister Heinz Riesenhuber zu konkreten Projekten zu kommen.

Für prüfenswert halten Bonner Diplomaten den britischen Vorschlag, für Eureka-Projekte besondere Anreize, beispielsweise in Form von Steuervorteilen, zu schaffen und eventuell Mittel aus dem EG-Haushalt bereitzustellen. Als wichtig werden ferner eine Abschaffung der bisherigen nationalen Auftragspraxis und eine bessere Koordination bei der Arbeit europäischer Forscher angesehen.

Mit Zufriedenheit ist in Bonn ein wachsendes Interesse der deutschen Industrie an Eureka verzeichnet worden. Was Zuschüsse aus Bundesmitteln betrifft, so scheint Forschungsminister Riesenhuber davon auszugehen, daß mit ihnen erst 1987 zu rechnen sei.

Bonner Politiker kritisieren „Spacelab"-Nutzung für SDI

USA planen für Juni 1987 Laserstrahlentest im Weltraum

AP, Bonn

Berichte über eine geplante Nutzung des unter deutscher Federführung gebauten europäischen Weltraumlabors „Spacelab" für Laserstrahlentests im Rahmen des SDI-Projekts haben in Bonn Proteste ausgelöst.

Der FDP-Politiker Roland Kohn forderte die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den europäischen Partnern sicherzustellen, daß der rein zivile Charakter der europäischen Weltraumforschung gewahrt bleibe. „Spacelab" dürfe nicht für SDI zur Verfügung gestellt werden. Kohn bezog sich auf einen Bericht der Fachzeitschrift „Aviation Week and Space Technology".

Nur für friedliche Zwecke

Auch der außenpolitische Experte der SPD, Karsten Voigt, sagte, die Bundesregierung müsse ihren Einfluß geltend machen, um den geplanten Einsatz von „Spacelab" für militärische Versuche rückgängig zu machen. Er sprach von einem Verstoß gegen die schriftliche Vereinbarung, die vorsieht, daß das Weltraumlabor nur für friedliche Zwecke verwendet werden darf.

Das erste „Spacelab" war mit seinem erfolgreichen Jungfernflug Ende 1984 in den Besitz der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa übergegangen. In der Regierungsvereinbarung war dazu in Artikel 5 festgelegt worden, daß das erste Raumlabor zur friedlichen Erforschung und Nutzung eingesetzt werden soll.

Allerdings haben die USA mittlerweile ein zweites „Spacelab" gekauft, und sie werden möglicherweise weitere erwerben, die einer solchen Vereinbarung dann nicht mehr unterliegen.

*

WOLFGANG WILL, New York

Europas „Spacelab" und möglicherweise der aus dem Hause Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) stammende Satellit „Spas" spielen bei einem SDI-Test Hauptrollen. Die entsprechende Mission mit einem Raumflugzeug wid gemeinsam von der Nasa, dem US-Verteidigungsministerium und dem Büro des Generalleutnants James Abrahamson vorbereitet. Abrahamson ist der Chef des SDI-Projekts, der Strategischen Verteidigungsinitiative der USA, das der Eliminierung anfliegender Interkontinental-Raketen dient.

Bei dem geplanten Test geht es um die Erprobung der Treffsicherheit einer Laser-Kanone. Diese Treffsicherheit ist von einem Ziel- und Ortungsgerät hoher Präzision abhängig, das bei dem Flug innerhalb eines „Spacelab"-Druck-Moduls erprobt werden soll. Es handelt sich bei diesem Modul um jene Konfiguration, die den Aufenthalt von Astronauten erlaubt: Das Modul ist zu diesem Zweck durch einen Verbindungstunnel mit dem Raumflugzeug-Cockpit verbunden.

Im „Spacelab"-Modul, in dem sich zum Zeitpunkt des Tests zwei oder drei der Angehörigen des militärischen Astronauten-Korps aufhalten werden, wird die Laser-Kanone auf dem Boden installiert. Durch das rückwärtige Bullauge von „Spacelab" wird ein Laserstrahl auf einen außerhalb – im Frachtraum – montierten Spiegel gerichtet und reflektiert genau und mittels des Peilgeräts auf ein Ziel „geschossen".

Das Ziel wird ein in der Nähe der Raumfähre fliegendes Objekt sein, möglicherweise ein zuvor mit Hilfe des Kranarms ausgesetzter Satellit. SDI-Chef Abrahamson denkt an den MBB-Satelliten „Spas", der sich als Plattform bei der STS-Sieben-Mission im April 1983 als der erstmals ausgesetzte und wieder eingeholte Plattform so hervorragend bewährte. „Wir müssen ‚Spas' viel mehr einsetzen", hatte Abrahamson, damals noch Chefbeauftragter für das Raumflugzeugprojekt, erklärt.

Dieser Laser-Test soll im Rahmen einer Mission erfolgen, die völlig dem SDI-Projekt gewidmet ist. Als Starttermin wird Juni 1987 anvisiert. Der Versuch soll demonstrieren, daß es durchaus möglich ist, anfliegende ballistische Raketen zu orten und zu treffen und entweder unmittelbar nach dem Start oder während ihres Flugs zu zerstören.

Raketen unter Beschuß

Das allerdings würde nicht aus Raumflugzeugen heraus geschehen. Vielmehr würden zu entwickelnde Satelliten würden eine Art Laser-Kampfstation darstellen, von der aus die Feindraketen unter Beschuß genommen würden.

Bei dem SDI-Test im Juni 1987 wird kein Laser von Waffenstärke oder Waffenqualität verwendet. Das ist ein bedeutender Aspekt: Die Esa, Europas Raumfahrtbehörde, hat der Nasa „Spacelab" für „friedliche Zwecke" überlassen, wie es in einem Esa/Nasa-Abkommen heißt. Nasa und Pentagon sind davon überzeugt, daß der geplante SDI-Einsatz von „Spacelab" diesen Vertrag nicht verletzt, weil bei dem Versuch keinerlei Waffen zum Einsatz kommen oder erprobt werden.

Auf der Internationalen Funkausstellung führt das ZDF zusammen mit dem Gemeinschaftsprogramm der ARD und den Dritten Programmen einen neuen Service für die Besitzer von Videorecordern ein: das Video-Programmier-System garantiert, daß künftig Fehlaufzeichnungen vermieden werden. ZDF-Intendant Dieter Stolte stellte gestern in Mainz die Vorzüge des neuen Systems vor.

Ein digitales Telegramm fürs Heimkino

Von DIETER THIERBACH

„Das darf doch wohl nicht wahr sein..." Der Fernsehkonsument rauft sich beim Abspielen seiner Videokassette die Haare. Kurz vor Filmende sind Bild und Ton plötzlich weg, ausgefranste Streifen huschen von oben nach unten über die farblose Mattscheibe. Haben die Programmacher doch mal wieder der sorgfältig vorprogrammierten Elektronik des Recorders ein Schnippchen geschlagen und den Beginn des mitternächtlichen Thrillers einige Tage vor der Ausstrahlung um glatte zehn Minuten nach hinten verschoben.

Diesem Ärger haben die Fernsehanstalten nun ein Ende bereitet, indem sie quasi funkferngesteuert den Videorecorder ihrer Teilnehmer ein- und nach der gewünschten Aufnahme wieder ausschalten, und das haargenau in dem Augenblick, wenn der gewählte Beitrag auch tatsächlich beginnt, selbst wenn diese Zeit nicht mit der einprogrammierten übereinstimmen sollte.

Und so wird dann demnächst tatsächlich der ganze Krimi konserviert sein. Wenn etwa eine Sportsendung überzieht, zeichnet der Recorder trotzdem nur den Krimi auf, ohne das Ende mit der Lösung des Falles abzuschneiden. Das gleiche gilt auch für Programmänderungen: Aufgezeichnet wird nur, wenn der gewünschte Beitrag auch gesendet wird.

Zusatzschaltungen auch für ältere Videorecorder

Der Video-Programmier-Service, kurz VPS genannt, wird am 30. August, dem Tage der Funkausstellungs-Eröffnung in Berlin, offiziell in Betrieb genommen. Vom ersten Systemvorschlag für diese elektronische Raffinesse vergingen immerhin acht Jahre Entwicklungs- und Erprobungszeit. Innerhalb Europas ist die Bundesrepublik dabei technischer Vorreiter. Österreich hat sich für eine Einführung im nächsten Jahr entschieden, die Schweiz steigt etwas später in. Holländische und französische Fernsehzuschauer müssen sich noch gedulden.

Um den neuen technischen Service genießen zu können, benötigt der Zuschauer allerdings einen Videorecorder, der die ausgestrahlten Schaltsignale elektronisch auswerten kann.

Die Hersteller rüsten ihre neuen Geräte mit entsprechenden Empfangseinrichtungen aus. Doch auch die mittlerweile sechseinhalb Millionen Besitzer älterer Recorder gehen nicht leer aus.

Damit auch sie etwas von der neuen Technik haben, hat die Industrie Decodierschaltungen, bestehend aus zwei integrierten Schaltkreisen und wenigen Zusatzbauelementen, entwickelt, welche die Großzahl der vorhandenen Recorder für VPS nachträglich tauglich macht. Für diese Geräte gibt es Steckdecoder, die einfach in eine vorbereitete Anschlußleiste im Geräteinneren eingesetzt werden. An andere Geräte wird ein Adapter mit seinen beiden Kabelenden an die vorhandene AV-(Audiovision) bzw. Fernsteuerbuchse angeschlossen.

Das Fernsehbild in der Bundesrepublik baut sich aus 625 Zeilen auf. Alle Zeilen sind aber nicht auf dem Bildschirm sichtbar; einige werden zu Kontroll- und Meßzwecken genutzt. Vom elektronischen Prinzip her ist es nicht schwierig, parallel zum ausgestrahlten Fernsehbild eine vom Sender ausgehende synchrone Steuerung des Videorecorders daheim vorzunehmen. Die Verarbeitung von Pilotsignalen, sei es zur einwandfreien Erkennung von HiFi-Stereosignalen oder zur Codierung und Aufschaltung von Verkehrswarnfunksendern, ist Stand der Technik. Beim VPS werden in Zeile 16, der Datenzeile, spezielle Zusatzinformationen – von den Technikern „beitragsspezifische Label" genannt – übertragen, die alle Teile eines TV-Programms charakterisieren. Sie enthalten ein „digitales Telegramm" mit Angaben über die Programmquelle, Datum und Uhrzeit.

Automatisches Haltsignal bei Unterbrechungen

Zu Beginn eines Programmbeitrages senden nun die Rundfunkanstalten in Zeile 16 das „VPS-Telegramm" aus. Im Recorder vergleicht ein Mikrocomputer in Sekundenbruchteilen den vom Zuschauer vorab einprogrammierten Code (1., 2. oder 3. Programm, Tag der Sendung, Monat und Uhrzeit). Stimmt beides überein, startet die Programmaufzeichnung.

Der Clou: Gibt es im Programm eine Unterbrechung, wird auch das zugehörige VPS-Telegramm nicht mehr gesendet. Ein Filmriß oder Kurznachrichten zwischen zwei Fußballspiel-Halbzeiten werden in der Video-Aufzeichnung unterdrückt. Der Recorder zeichnet erst dann wieder auf, wenn das gleiche VPS-Telegramm wieder gesendet wird. Ist der Film zu Ende, endet auch das VPS-Signal; die Aufzeichnung ist abgeschlossen. Empfängt der Recorder ein „Label", das nicht gespeichert ist, wird er nicht aktiv.

Die Programmdirektoren haben diese Einrichtung nicht ohne Absicht gefördert, die forcierte Inbetriebnahme kommt nicht ganz von ungefähr. Die Rundfunkanstalten haben ein großes Interesse daran, mit ihren Beiträgen einen möglichst großen Zuschauerkreis zu erreichen. Um also „dabei" zu sein – ob live oder per Konserve ist egal – und möglichst wenig „Kunden" an neue Anbieter oder an Videokassetten-Verleiher zu verlieren, soll der neue VPS-Service mehr Teilnehmer als bisher an den Heimrecorder binden. Man hofft, daß zusätzliche Programme ohne den Ärger bei verschobenen Sendezeiten oder geänderten Programmen aufgezeichnet und hinterher angeschaut werden.

Elektroniker tüfteln bereits an Weiterentwicklungen. Schon ist eine noch einfachere und bequemere Bedienung des Heimvideorecorders in Sicht: Man tastet eine bestimmte Folge von Ziffern ein, die neben jedem Sendebeitrag in den TV-Spalten der Tageszeitungen oder in den Programmzeitschriften ausgedruckt sind. Aufgrund der Ziffernfolge erkennt der recordereigene Rechner, welchen Filmtitel er aufzeichnen soll, zu welchem Zeitpunkt er den Einschaltzeiten der Sendeanstalt folgen muß, und wo die Aufnahme beginnt und endet.

Die ursprüngliche Idee, mit einem Lichtgriffel – wie die Kassiererin einer Kaufhauskasse – über einen im Programm abgedruckten Balkencode zu wischen, ist in die ferne Zukunft gerückt. Der Grund: Die Methode ist noch teuer, hinzu kommen drucktechnische Schwierigkeiten bei der einwandfreien Abbildung des Balkencodes. Realistischer scheint dagegen die Komfort-Programmierung nach dem Motto „Videotext programmiert Videorecorder". Per Fernbedienung kann dann eine Sendung auf den Programmvorschautafeln von Videotext angewählt und programmiert werden. Ein einfacher Tastendruck reicht für die exakte Aufzeichnung.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

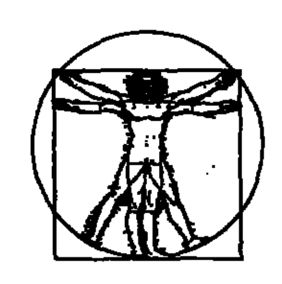
NOTIZEN

Vier junge Seeadler

Kiel (dg.) – Die letzten vier Seeadlerpaare der Bundesrepublik in Schleswig-Holstein haben auch in diesem Jahr wieder gebrütet. Dabei sind nach Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums aus zwei erfolgreich abgeschlossenen Bruten unter Bewachung durch viele freiwillige Helfer drei Jungadler herangewachsen und im Juli aus den Horsten ausgeflogen. Ein Ei wurde in einer Brutmaschine ausgebrütet; der Jungadler ist zunächst von einem gefangenen Adlerpaar in Heidelberg adoptiert und nun in einem schleswig-holsteinischen Kunsthorst wieder ausgewildert worden. Der Horst des vierten Paares wurde durch Sturmböen samt angebrüteten Eiern zerstört.

Bräunen ohne Folgen

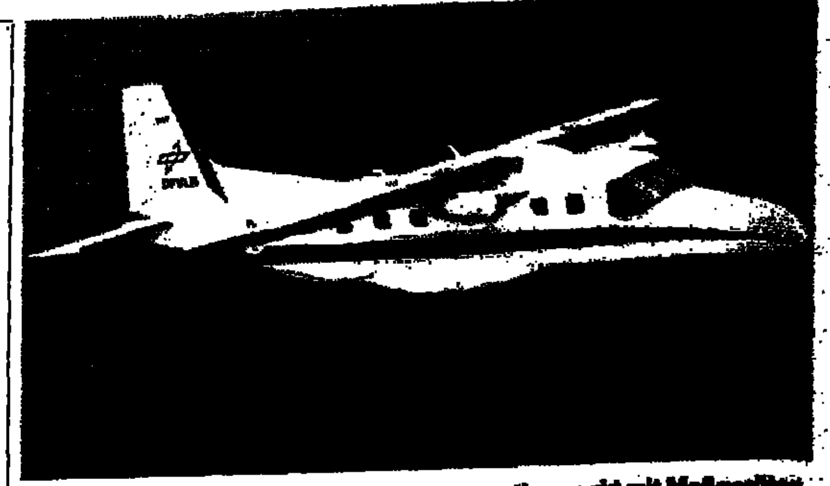
Hamburg (DW.) – Bei dem neuartigen Bräunungsgerät „Turbo Skylab", das mit UVA-Strahlung und Wellenlängen zwischen 335 und 550 Nanometer arbeitet, besteht nach



Ansicht des Dermatologen Prof. Arthur Wiskemann (Hamburg) kein Risiko mehr für die Entstehung von Hautkrebs. Auch ein Sonnenbrand ist bei dem Gerät, dessen Strahlung vom TÜV überprüft wurde, ausgeschlossen. Es besitzt spezielle Filter, die auch im Skylab Astronauten vor der extremen UV-Strahlung im Weltall schützen.

Aufgeblasene Metalle

Freising (DW.) – Durch thermische Expansion werden Metalle in einem neuartigen Fertigungsverfahren geformt, das Texas Instruments jetzt vorgestellt hat. Dabei wird vor der Walzplattierung eine spezielle Paste in einem bestimmten Muster auf die Oberfläche aufgedruckt. Anschließend wird das Material erhitzt, und die Paste zerfällt in ein Gas, das das Metallstück in die gewünschte Form „aufbläst". Das Verfahren ist nach Angabe des Herstellers kostengünstiger als vergleichbare Methoden.



Äußerlich eine normale Dornier 228, innen vollgepackt mit Meßgeräten
FOTO: DORNIER (Luftbild freigegeben durch Frg.Reg.Tübingen, Nr. 14346 L07)

Die fliegende Plattform

Ein neuartiges Meßflugzeug erkundet Umweltschäden

Von LUDWIG KÜRTEN

Ein Spezialflugzeug für verschiedene Aufgabenbereiche im Umweltschutz und der Lufterkundung hat jetzt die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luf- und Raumfahrt (DFVLR) in Dienst gestellt. Es handelt sich um eine Spezialversion des Mehrzweck-Transportflugzeugs vom Typ Dornier 228. Sie wurde zu einem fliegenden Meßträger umgebaut und kann so als „Spezialist für Vielseitigkeit" für verschiedene Forschungseinsätze in der Luft eingesetzt werden.

Die Dornier 228 bot sich aus ver schiedenen Gründen als Basis für das Forschungsflugzeug an: Ihre Kabine ist rechteckig und so geräumig, daß zahlreiche Überwachungs-, Auswertungs- und Aufzeichnungsgeräte untergebracht werden können. Da sie als Hochdecker ausgelegt ist, können unterhalb der Flügel auch komplexe Sensoren untergebracht werden. Mit ihren hochmodernen „Tragflächen Neuer Technologie" (TNT) verfügt sie über ausgezeichnete Langsamflugeigenschaften um 100 km/h sowie eine relativ hohe Maximalgeschwindigkeit von 430 km/h.

Ihre Wendigkeit und Manövrierfähigkeit ist ideal für das systematische Abfliegen bestimmter Luftareale. Zudem kann sie auch auf sehr kurzen Pisten starten und landen. Ein weiterer Vorteil ist schließlich, daß die Maschine 7 Stunden in der Luft bleiben kann und eine Reichweite von 2000 Kilometern besitzt. Mit ihren zahlreichen Meßgeräten an Bord kann sie daher auch komplexe Forschungsaufgaben innerhalb eines größeren Einsatzgebietes in einem Zug erledigen.

Die Maschine wurde mit zahlreichen Sonderausstattungen auf ihre Einsätze vorbereitet. Durch eine Öffnung im Kabinenboden können Kameras, Abtastsysteme (Scanner) und Radiometer Bilder vom Erdboden aufnehmen. Zusätzlich wurden eine Reihenmeßkamera und ein Navigationsteleskop eingebaut. In das Dach wurden meteorologische Sensoren sowie ein LIDAR-System (Light Detecting and Ranging) installiert. Die Maschine ist außerdem mit der Global GNS 1000 Navigationsausrüstung bestückt, die dann später auch die Satellitennavigation ermöglicht.

Die Experimente und Fernerkundungen, die mit dem Flugzeug ausgeführt werden sollen, gehören zu den verschiedensten Forschungsbereichen. Noch im Oktober dieses Jahres wird die Maschine im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft an der Kampagne „Archimedes II" teilnehmen, in der Fernerkundungsverfahren getestet werden sollen, mit denen man Ölverschmutzungen im Meer auch bei realistischen Bedingungen, sprich bei Seegang und schlechtem Wetter, aufspüren kann.

Dabei wird eine neue Generation von Sensoren geprüft, darunter Mikrowellen-Radiometer und optische Scanner. Ab 1986 soll die Maschine dann vor allem zur Messung der räumlichen Verteilung von Waldschäden eingesetzt werden. Weitere Aufgaben sind die Messung von Temperaturverteilungen in Stadtregionen, die Registrierung von Wetterfronten mit geringer räumlicher Ausdehnung, die Aufspürung von Gewässerverschmutzungen oder eine Überprüfung der Algenentwicklung in der Nordsee. In Zukunft soll mit Hilfe von gepulsten Lasersystemen auch die Verteilung von Aerosolen und von Wasserdampf in der Atmosphäre gemessen werden, um die Wettervorhersage zu verbessern.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Einheit und Gegensatz

„Das Doppelzimmer"; WELT vom 12. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Glosse zur Fusion der CDU-Landesverbände in NRW ist bissig, trifft aber genau: Schon seit Köppler ist die CDU des Landes zu einer Funktionärspartei degeneriert. Das Fusionsgerede und -gerangel zeigt dies erneut überdeutlich. Derartiges kann nur Funktionärsgehirnen entspringen. Möltgen – CDA-Mitglied und CDU-Vorsitzender in Mülheim/Ruhr – offenbart in seinem Leserbrief vom 13. 8. 1985 genau gleiches: Beschränkung des politischen Denkens auf Organisationsstrukturen! Die persönliche Ansicht des rheinischen CDA-Vorsitzenden Vogt hebt sich wohltuend davon ab.

Die Fusion wird nichts bringen, auch wenn sie rein äußerlich organisatorisch klappen sollte. Rheinländer und Westfalen sind nun einmal nicht unter einen Hut zu bringen. Das gelang weder Karl dem Großen, noch Kurköln zu seinen besten Zeiten, noch später nach 1609 und 1815 den Preußen, die es erst gar nicht versuchten und beide stets getrennt verwalteten und beiden jedenfalls bis 1900 und – was die Position des westfälischen Landeshauptmanns anbelangt – darüber hinaus unterschiedliche Rechtsverhältnisse beließen.

Der Gegensatz wird bleiben und sich weiterhin trotz Fusion artikulieren. Das läßt sich einfach nicht ändern. Die Fusion wird zum fruchtlosen Aufwand.

Etwas anderes ist erforderlich und wäre fruchtbarer: Die in der Landes-CDU überall bestimmenden Funktionäre, die für den Bürger kaum von solchen anderer Parteien zu unterscheiden sind, müssen eiligst mittels einer parteiinternen Erneuerung durch Persönlichkeiten ersetzt werden, die nicht den Funktionären eines Verbandes, einer Gewerkschaft und dem öffentlichen Dienst verpflichtet sind. Nur so können die schädliche Beschränkung des politischen Denkens auf Organisationsstrukturen, Hemmnisse bei der Entwicklung landespolitischer Programme und Mangel an politisch-unternehmerischer Weitsicht beseitigt werden. Aber es ist schwer, das gegen Lehrer, andere Beamte und Gewerkschaftsfunktionäre durchzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen
C. Mertens,
Düsseldorf 1

Bestürzende Nüchternheit

„Ein Dammbruch der Säkularisation"; WELT vom 15. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Pastor im weiteren Umland von Hamburg kann ich nur den in ihrer Nüchternheit bestürzenden Feststellungen von Anton Schulte aus eigener Erfahrung zustimmen. Vor einem Jahr bereits hat der Hamburger Altbischof Dr. Hans-Otto Wölber in seinem kleinen Buch „Christliches in dieser Zeit; Leben aus Existenzwissen" Gütersloh 1984, ähnliche bedenkenswerte Einsichten geäußert und Betrachtungen angestellt. Leider blieb das erschrockene Aufhorchen darauf aus.

Anton Schulte wie schon früher Hans-Otto Wölber weisen, beide darin übereinstimmend, auf die katastrophale Lage in der evangelischen Theologie und demzufolge auch in den evangelischen Kirchen hin. Wölber schrieb: „Wenn auf dem Herd kein Feuer brennt, nützt das Herbeiorganisieren von Menschen nichts. Sie wenden sich relativ bald wieder ab. Aktivieren hilft kirchlich nicht viel. Es sind die Inhalte, die beleben" (S. 93). Das schon halb Vergessene aktualisiert Anton Schulte kräftig, wenn er fordert, von der „Philosophie der Menschenfreundlichkeit" („Seid nett zueinander!") muß die Kirche in einer „umfassenden Bußbewegung" zurück zu der „Autorität der Heiligen Schrift in Lehr- und Lebensfragen finden".

Eine wesentliche Voraussetzung dazu ist sicher die Besserung der theologischen Landschaft in Deutschland dadurch, daß zu den staatlichen theologischen Fakultäten unserer Universitäten mit ihrer lähmenden Konfliktbesessenheit „freie theologische Hochschulen" in Konkurrenz treten.

Wir kennen dieses Lösungsmodell heute gut von ähnlichen Bestrebungen auf dem Gebiet des Fernsehens. Da sehen wir aber auch die gleichen Schwierigkeiten. Freie theologische Hochschulen brauchen eine große Spendenbereitschaft unserer Gemeindeglieder, wenn diese Hochschulen eine echte Alternative werden sollen. Außerdem müßten sich die Landeskirchen für die Absolventen freier Hochschulen öffnen.

Die Nachwuchsreferenten unserer Landeskirchen aber haben heute alle Hände voll zu tun, um mit der „Pastorenschwemme" fertig zu werden. Insofern rangiert wohl noch lange theologische Quantität vor theologischer Qualität.

Mit freundlichen Grüßen
Pastor Dr. E. Pfeiffer,
Haselau

Was not tut

„Leserbrief: Unwissenheit"; WELT vom 16. August

In der Tat: Aufklärung tut not! Ob Absicht, Unwissenheit oder spießbürgerliche Bequemlichkeit? Dieser (Frage-)Bogen spannt sich von den Politikern über die Medien bis zum Geschichtsunterricht in den Schulen. Der Monat August bietet eine Fülle von geschichtsträchtigen Stichtagen, deren jeweils „abgestufte Beachtung" durch Politiker, Medien und Lehrer Aufschluß darüber gibt, wo wir uns gerade befinden.

Hiroshima (40 Jahre) muß zwangsläufig im Mittelpunkt stehen. 15 Jahre Moskauer Vertrag konnte schon kontinuierlich nicht übersehen werden. Ein Jahrzehnt nach Helsinki/KSZE, wer denkt in diesem Zusammenhang gleich an Sacharow oder Afghanistan? Pardon. Doch halt, da war doch noch der Mauerbau in Berlin; richtig, am 13. August 1961. Diesen Tag sollte man nicht vergessen zu erwähnen. Und dann war da noch ein Tag, der 23. August; eigentlich ein ganz normaler Kalendertag. Dabei wird meistens vergessen, daß es ohne den 23. August – kalendarisch wie geschichtlich – den 1. September gar nicht geben würde; vielleicht nicht geben würde. Zur Erinnerung: 23. August 1939 = Hitler-Stalin-Pakt mit den geheimen Zusatzprotokollen in Sachen Baltikum, Polen, Bessarabien. 1. September 1939 = Kriegsbeginn.

Geschichtsdaten nimmt man eben immer nur so, wie man sie gerade braucht!

Wie erklären wir das unseren Kindern?

Peter Wendlandt,
Hamburg 36

Wort des Tages

„Die Heiterkeit ist ein wiederkehrendes lichtes Gestirn, ein Zustand, der sich durch die Dauer nicht abnützt, sondern wiedergebiert."

Jean Paul, deutscher Autor (1763–1825)

Eigenständig?

„Perestroika"; WELT vom 5. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Genscher sollte endlich aufhören, für Europa eine eigenständige Rolle in der Frage der Ost-West-Beziehungen zu suchen. Warum gibt er nicht zu und geht davon aus, daß die Sowjetunion niemals aufhören wird, ein evtl. eingetretenes Gleichgewicht zu stören? Daß sie die herrliche „Entspannung" benutzte, um ihrerseits kräftigst aufzurüsten, leugnet niemand, aber für die Zukunft wird es in die Überlegungen nicht einbezogen.

Warum gibt Herr Genscher nicht zu: Die Sowjetunion will Europa lediglich von den USA trennen aus durchsichtigen Gründen, d. h. wir können uns nicht aussuchen, ob wir außenpolitisch Subjekt oder Objekt sind. Daß wir an der Seite der USA ebenfalls nur Objekt sind, ist übelste Propaganda gegen vierzigjährige Erfahrung.

Mit freundlichen Grüßen
W. R. Thorwirth,
Gummersbach

Prüfstelle

Sehr geehrte Damen und Herren,

Warum eigentlich kein CHÜV?

Nach der Weinpanscherei mit lebensgefährlichen Chemikalien liest der noch verschreckte Verbraucher nun, daß bestimmtes Flüssigei krankheitserregende Verschmutzungen enthält.

Aus diesem Anlaß frage ich mich, warum wir eigentlich keinen CHÜV haben. Neben meinem Auto, tragen beispielsweise meine Trittleiter und mein Schlauchboot eine TÜV-Plakette. Viele Hersteller technischer Erzeugnisse lassen eben auf freiwilliger Basis ihre Produkte vom TÜV überprüfen.

Die Kontrollen staatlicher Labors beispielsweise im Lebensmittelbereich könnten doch durch eine privatwirtschaftlich organisierte chemische Prüfstelle, kurz CHÜV genannt, wirkungsvoll unterstützt werden. Vor allem würde dies freiwillige Prüfungen der „sauberen" Hersteller begünstigen.

Mit freundlichen Grüßen
B. Lorenzen,
Norderstedt

Einseitigkeit

„Leserbrief: DGB und Demokratie"; WELT vom 16. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ehemaliges Betriebsratsmitglied der VW-Werke Wolfsburg kann ich die Argumente der Leserbriefschreiber S. Numrich und H. Tesch nur bestätigen.

Was die Parteipolitik in den Betrieben angeht, nach der S. Numrich in seinem Leserbrief fragt, so kann ich allen Bundestagsabgeordneten einmal die Lektüre der Protokolle von Betriebsversammlungen, die im VW-Werk Wolfsburg durchgeführt worden sind, ans Herz legen.

Während bei VW in Wolfburg kleinere Gewerkschaften daran gehindert werden, sachliche und betriebliche Informationen an Belegschaftsmitglieder zu verteilen, genießen Chaoten aller Schattierungen offensichtlich Narrenfreiheit, da sie ihre parteipolitischen Pamphlete ungehindert innerhalb der einzelnen Betriebsabteilungen und vor dem Werk verteilen dürfen.

Diese einseitig praktizierte und geduldete Parteipolitik kann nur durch ein geändertes Betriebsverfassungsgesetz gestoppt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Stuhlemmer,
Calberlah

Recht für alle

Papst Johannes Paul II. ist bei seiner Reise in Afrika deutlich für die Rechte der Afrikaner, z. B. in Südafrika, eingetreten. Ob er Äthiopien vergessen hat?

Nach diesem an sich erfreulichen Eintreten für unterdrückte schwarze Bevölkerungsgruppen kann es nur noch „Sekunden" dauern, bis er seinen polnischen Landsleuten die Leviten liest, wegen der Unterdrückung der Deutschen in Polen und im polnisch besetzten Ostdeutschland (wobei ich mich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 stütze). Hätte der Papst das nicht längst getan haben müssen? Zeit genug hatte er. Er aber stellte sich 1983 auf den Annaberg und segnete diejenigen, die 1921 ein trotz allen Terrors dennoch zu rund zwei Dritteln für den Verbleib bei Deutschland ausgefallenes Ergebnis einer international „überwachten" Volksabstimmung mit Waffengewalt umkehren wollten.

G. Münnich,
Bad Wörishofen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Der emeritierte Ordinarius für Geburtshilfe und Frauenheilkunde der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Professor Dr. **Karl Günther Ober**, feiert am Samstag in Erlangen seinen 70. Geburtstag. Professor Ober, der einer der Pioniere der extrakorporalen Befruchtung ist, wurde in Berlin geboren, wo er auch von 1934 bis 1939 Medizin studierte. Von 1940 bis 1943 war er Assistent an dem Pathologischen Institut der Charité unter Professor **Rössle**. Hier ereilte ihn das Schicksal vieler Pathologen in der damaligen Zeit, er infizierte sich mit Tuberkulose; es folgten lange Jahre des Krankseins und der Rekonvaleszenz. Seinen ursprünglichen Entschluß, Chirurg zu werden, gab er auf, und er wechselte zur Gynäkologie und Geburtshilfe über. 1948 ging er zu Professor **Karl Kaufmann** nach Marburg, habilitierte sich dort, wurde Oberarzt und folgte Kaufmann nach Köln. 1962 erhielt er in Köln einen Ruf auf den Lehrstuhl für Geburtshilfe und Frauenheilkunde nach Erlangen und übernahm gleichzeitig als Chefarzt die Frauenklinik. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war das morphologische Substrat für hormonelle Behandlungen dysfunktioneller Blutungen und die Diagnostik und Therapie des Zervixkarzinoms und seiner Frühstadien. Schon frühzeitig setzte er routinemäßig Nachbestrahlungen bei operativen Zervixkarzinomen ein, ein mutiger Schritt in der damaligen Zeit. 1965 begann er mit ersten Untersuchungen und Forschungen auf dem Gebiet extrakorporaler Befruchtungen. In seiner Klinik wurden auch die ersten Kinder in der Bunderepublik Deutschland nach extrakorporaler Befruchtung geboren.

AUSZEICHNUNG

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, **Johannes Rau**, hat gestern dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, **Berthold Keller**, das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Mit der Auszeichnung wurde vor allem Kellers überzeugendes Engagement für das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, sein vorbildlicher Einsatz für den Erhalt der Pluralität innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes und sein Eintreten für soziale Verbesserungen in den Entwicklungsländern gewürdigt. Berthold Keller, Jahrgang 1927, ist seit 30 Jahren hauptamtlich für die Gewerkschaft Textil-Bekleidung tätig, deren Vorsitzender er seit acht Jahren ist.

KIRCHE

Der neue apostolische Administrator (1984) der heute in der Sowjetunion gelegenen polnischen Erzdiözese Lemberg, Bischof **Marian Jaworski**, ist mit der Ehrendoktorwürde der theologischen Fakultät der Ruhruniversität Bochum geehrt worden. Bischof Jaworski, der seinen Sitz im ostpolnischen Lubaczow hat, erhielt die Ehrung von Professor **Hermann Josef Pottmeyer** überreicht. Es ist die erste Ehrendoktorwürde, die von der theologischen Fakultät der Ruhruniversität vergeben wurde.

VERANSTALTUNG

Der indonesische Botschafter **Ashadi Tjahjadi** hatte aus Anlaß des indonesischen Nationalfeiertages, der gleichzeitig der 40. Jahrestag der Unabhängigkeit Indonesiens in diesem Jahr ist, zu einem Empfang in die Godesberger Redoute gebeten. Unter den mehr als 600 Gästen aus dem diplomatischen Korps, der Politik und Wirtschaft waren der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, **Jürgen Ruhfus**, der die Glückwünsche der Bundesregierung überbrachte, Staatssekretär **Lothar Rühl** aus dem Bundesverteidigungsministerium, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Dr. **Herbert Hupka** sowie der Vorsitzende des Vorstandes der Ferrostahl AG, Essen, Dr. **Hans Singer**.

Der Schriftsteller, Komponist und Journalist **Hans Breinlinger**, ist im Alter von 73 Jahren in München verstorben. Breinlinger, der in Sonthofen geboren wurde, verfaßte unter anderem Theaterstücke, Romane, Essays, Hörspiele und drehte mehrere Filme und Reportagen für das Fernsehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte er im Allgäu die ersten Theatergemeinden gegründet. Im Jahre 1949 wurde das Theaterstück „Um 5 beginnt der Tag" uraufgeführt, 1957 „Konzert an der Memel", 1960 „Der Minister ist nicht zu sprechen". Neben zahlreicher Reportagen für den Bayerischen Rundfunk schrieb er auch Romane wie „Spielzeit", „Das geheime Paradies" und Kurzgeschichten wie „Der Held des Tages".

EISHOCKEY

Die Flucht eines Nationalspielers aus der CSSR

sid/dpa, Rosenheim

Gegen 20 Uhr hatte der Petr Klima noch ein Glas „Spezi" bestellt. In der Pension Binder in Rosenheim suchte er nach einem harten Trainingstag abendliche Entspannung. Mitten im Gespräch mit den Mannschaftskameraden aus der tschechoslowakischen Eishockey-Nationalmannschaft stand er plötzlich auf und verließ unter einem Vorwand den Raum. Statt zur Toilette ging er jedoch in sein Zimmer, holte seinen Koffer, verließ die Pension und fuhr mit einem bereitgestellten Auto nach München.

Als die CSSR-Delegation sein Verschwinden bemerkte, war es zu spät: Petr Klima, der 22 Jahre alte neue Stürmerstar von Dukla Iglau, hatte den Aufenthalt in Rosenheim zur Flucht genutzt. Er ist bereits der neunte Eishockey-Nationalspieler der CSSR, der sich bei einer Reise in den Westen absetzte. Viele seiner neun Vorgänger (Nedomansky, Hejma, Farda, Tajcnar, Crha, Ihnacak sowie die Brüder Peter und Anton Stastny) wechselten nach ihrer Flucht in die nordamerikanische Profi-Liga, wo wahrscheinlich auch Petr Klima seine neue Heimat finden wird.

Die Flucht war offensichtlich gut vorbereitet. Seit Tagen hatten sich nordamerikanische Spielereinkäufer in Rosenheim aufgehalten. Dorthin werden die Tschechoslowaken seit Jahren von Josef März eingeladen, dem millionenschweren Präsidenten des deutschen Eishockey-Meisters SB Rosenheim, der intensive Handelsbeziehungen mit der CSSR pflegt. Zwei Nationalspieler werden in der nächsten Saison in Rosenheim spielen: Vincent Lukac und Jiri Kralik wurden offiziell für das Ausland freigegeben. Petr Klima aber war dafür noch zu jung. Trainer Janos Starsi hatte ihn schon für die WM 1986 in Moskau fest eingeplant. Trotzdem war Starsi von Klimas Flucht nicht sonderlich überrascht. Er hatte sie befürchtet, weil Klima in der CSSR keine familiären Bindungen besitzt. Außerdem macht Klimas Freundin derzeit in Jugoslawien Urlaub, von wo ein Wechsel in den Westen weniger Probleme verursacht. Bei seiner Flucht wurde Klima offensichtlich von den amerikanischen Spielervermittlern unterstützt, die nicht nur mit einem Vertrag bei den Detroit Wings lockten, sondern auch das Fluchtauto bereitstellten und vermutlich einen gefälschten Paß besorgten.

GOLF / Offene Deutsche Meisterschaft in Bremen

Langer – überall wartet ein Jaguar auf den Star

DW./sid, Bremen

Der Meister sieht die Sache sehr gelassen. „Ich war doch früher auch immer der einzige, dem man den Sieg zutraute. Deshalb ist der Druck nicht größer geworden." Bernhard Langer, längst in der kleinen Gruppe der weltbesten Spieler etabliert und hierzulande Inbegriff des Golfsports schlechthin, spielt von heute bis Sonntag wieder einmal in Deutschland. Bei den 51. Offenen Deutschen Meisterschaften in Bremen-Garlstedt auf dem Gelände des Clubs zur Vahr. Langers Sieg, so scheint es, ist programmiert. Alles andere würde als Überraschung oder gar Enttäuschung gelten, zumindest in den Köpfen der immer interessierteren Öffentlichkeit.

Für Langer sieht das ganz anders aus: „Das ist doch alles sehr schwer vorhersehbar. Ein Platz unter den ersten fünf wäre doch schon ein Ergebnis, mit dem ich zufrieden wäre." Immerhin konnte der Augsburger, der am Dienstag 28 Jahre alt wird, in diesem Jahr noch kein Turnier der sogenannten „European Tour" gewinnen. Mit 271 044 Dollar Preisgeld (rund 800 000 Mark) liegt er auf Platz acht der Geld- und damit auch der Weltrangliste – 46 537 Dollar vom führenden Curtis Strange (USA) entfernt.

Zweimal, 1981 und 1982, hat Langer die German Open gewonnen. In diesem Jahr ist die Weltelite weitgehend nicht dabei. Der Grund ist einfach, er liegt im Geld, das für Golfer Maßstab aller Ranglisten ist. Zur gleichen Zeit, zu der in Bremen 400 000 Mark verteilt werden (66 600 Mark erhält der Sieger), findet in Akron (US-Bundesstaat Ohio) ein Turnier der „World Series" statt – dort gibt es für die Stars wie Sandy Lyle, den Sieger der British Open, oder Severiano Ballesteros mehr zu verdienen.

Und so gibt sich denn auch Steven Jedlicki, Gesamtkoordinator des Turniers von Bremen, keinen Illusionen hin: „Freiwillig spielt Bernhard Langer hier sicherlich nicht. Lieber wäre er wohl in den USA an den Start gegangen." Daß der einzige deutsche Golfspieler von Weltklasse dennoch in seiner Heimat spielt, ist wieder eine Sache des Geldes, oder besser: der Verträge, die ihm sein Einkommen neben den gewonnenen Preisgeldern sichern. Langer steht beim amerikanischen Kreditkarten-Unternehmen American Express unter Vertrag, für – so wird kolportiert – 100 000 Dollar im Jahr. American Express ist zusammen mit der Deutschen Lufthansa Hauptsponsor der German Open, beide Unternehmen bringen rund ein Drittel des Preisgeldes auf. Die Liste der anderen Sponsoren umfaßt alles, was gut und teuer ist, von Mercedes-Benz über Rolex und Laurent Perrier bis hin zu Rank Xerox, Deutsche Bank, Hapag-Lloyd, König Pilsner und Adidas. Das Werbe-Interesse auf dem deutschen Markt ist also offensichtlich. Und die Firma Boss, die Langer für (geschätzte) 200 000 Mark im Jahr einkleidet, sitzt schließlich in Stuttgart ...

Ein anderer Termin ließ sich auch sehr gut mit dem Heimat-Aufenthalt koordinieren, am Wochenanfang in der Nähe von Frankfurt. Langer nämlich hat sich auch einer britischen Firma verpflichtet, die Luxusautos herstellt. Viermal im Jahr muß er Jaguar zur Verfügung stehen, um Golf-Turniere für Jaguar-Besitzer zu betreuen. Dafür steht dem privaten Porsche-Fahrer, wo immer er auch auf der Welt startet, eine der britischen Karossen zur Verfügung.

Bernhard Langer ficht dieses geschäftliche Treiben nicht an, dafür ist der amerikanische Multi-Sport-Manager Mark McCormack zuständig. Er konzentriert sich auf seinen Sport: „Golf ist ein Spiel gegen sich selbst." Und immer noch steckt so etwas wie Pioniergeist in ihm, der auf das golfsportliche Entwicklungsland Deutschland gerichtet ist. Nach seinem Sieg beim US-Masters-Turnier (380 000 Mark Siegprämie) sagte er Mitte April: „Ich hoffe, zu Hause gibt es eine Reaktion. Und hoffentlich haben am Fernseher möglichst viele Kinder zugesehen." Er will hierzulande durchaus Leitbild seines Sports sein, und er hat auch schon viel bewirkt. Auch am Wochenende überträgt das Fernsehen live aus Bremen, am Samstag alle Dritten Programme von 15.00 bis 17.00 Uhr, am Sonntag die ARD zwischen 15.40 und 17.00 Uhr.

Auf dem Bremer Platz, der zu den anerkannt schwierigsten des Landes gehört (Langer: „interessant, nicht einfach"), spielen neben dem deutschen Weltstar immerhin noch vier prominente, gutklassige Golfer mit Chancen auf den Sieg: der spielstarke Brite Nick Faldo, der Australier Graham Marsh, Manuel Pinero aus Spanien und der Neuseeländer Bob Charles, der einzige Linkshänder der Weltklasse.

Schüchterner Boris in der Talkshow von Johnny Carson



Boris Becker steigt und steigt – immer noch eine Stufe höher in der amerikanischen Popularität. Der Fernsehsender NBC schickte ihm extra einen Jet zum Turnierort Cincinnati, um ihn nach Los Angeles zur Show mit Johnny Carson, dem absoluten Star der Talkmaster, zu holen. Da aber war Becker nicht in bester Interviewform. Er wirkte (im Gegensatz zum Eindruck unseres Fotos) schüchtern und überließ Carson das Feld. Von den sieben Minuten des Auftritts bestritt der wortgewaltige Talkmaster fünf. In Cincinnati aber, wo er in der Nacht zu heute sein zweites Spiel bestritt, bemerkte der Kolumnist der Zeitung „Enquirer": „Boris ist zusammen mit Bruce Springsteen der heißeste Act in diesem Sommer." Der Tennisspieler und der Superstar der Showszene in einem Atemzug – weiter geht es kaum noch bergauf. Und Becker genießt unbefangen die Vorteile der Berühmtheit: „Als ich in den Vergnügungspark von Kings Island ging, mußte ich nicht in der Schlange stehen wie die vielen anderen Besucher, sondern konnte überall gleich rein." Die versammelte Reporterschar registrierte beflissentlich, daß er um die große Achterbahn einen Bogen machte und sich dafür lieber beim ruhigeren Auto-Scooter-Fahren amüsierte. Das Tennis-Turnier von Cincinnati ist nur die Ouvertüre für die Meisterschaften der USA, die in einer Woche in New York beginnen. FOTO: AP

STAND ● PUNKT

Dreimal Fußball, dreimal Profitum?

Mit großer Selbstverständlichkeit reihen sich die Fußball-Bundesligavereine in die Kategorie „Wirtschaftsunternehmen" ein, in denen gewitzte Manager den sportlichen Spaß fürs Volk organisieren. Nun denn:

Jedesmal, wenn deutsche Nationalspieler ins Ausland gehen, wird laut getönt, sie müßten freigegeben werden, wenn die Nationalmannschaft antritt. Gegen die Sowjetunion am nächsten Mittwoch fehlen Rummenigge und Briegel. Da bleibt denn Platz für Experimente – wir wollen ja positiv denken –, aber eben keiner für den Versuch, ein Stammteam einzuspielen.

Der Hamburger SV darf den dritten Spieltag schwänzen und in Spanien Geld verdienen. Für unbestimmte Zeit bleibt die Tabelle schief, weil noch sein Spiel gegen Leverkusen aussteht. Und die glauben, wir glauben noch an die jammervoll vorgetragene Zeitnot zwischen Meisterschaft, Pokal und Europacup? Der üble Streß, der Kräfteverschleiß, oh Gott, oh Gott.

Bernd Hölzenbein, Weltmeister immerhin, erhält von seinem Klub Eintracht Frankfurt keine Ehrenkarte. Ein Stadtverordneter der Grünen schickte ihm seine (übrigens dankend abgelehnt von Hölzenbein). Augenmaß, wer da Freikarten bekommt und wer nicht?

Lassen wir die Frage offen. Um profihaftes Verhalten geht es jedenfalls in keinem dieser Fälle. que

SPORT-NACHRICHTEN

Hockey: Im Halbfinale

Vancouver (sid) – Titelverteidiger Deutschland hat bei der Hockey-Weltmeisterschaft der Junioren in Vancouver mit einem 9:1-Sieg über Belgien das Halbfinale erreicht. Morgen ist Pakistan der Gegner (4:2 über England).

Kuzzora Ehrenbürger?

Gelsenkirchen (dpa) – Ernst Kuzzora, der zwölfmal in der Fußball-Nationalmannschaft spielte und zusammen mit seinem Schwager Fritz Szepan den Ruhm von Schalke 04 begründete, soll zu seinem 80. Geburtstag (16. Oktober) Ehrenbürger von Gelsenkrichen werden. Diesen Vorschlag machte die SPD-Fraktion im Rat der Stadt.

Müller und Stielike

Innsbruck/Zürich (sid) – Ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler als erfolgreiche Torschützen im Ausland: Hansi Müller erzielte für Wacker Innsbruck den Siegtreffer beim 3:2 über Klagenfurt, Uli Stielike schoß beim 3:1 von Xamax Neuchatel über den FC Grenchen sein erstes Tor in der Schweiz.

Mohr zu Saarbrücken

Frankfurt (sid) – Der zuletzt arbeitslose Fußball-Profi Jürgen Mohr (27) wird von Eintracht Frankfurt für 120 000 Mark an den 1.FC Saarbrükken ausgeliehen. Mohr war 1983 für knapp eine Million Mark von Hertha BSC nach Frankfurt gekommen, hatte dort keinen Vertrag mehr erhalten und sollte eigentlich für 700 000 Mark zu Olympiakos Piräus wechseln.

Sieg für Hanika

New York (dpa) – Sylvia Hanika erreichte beim Tennis-Turnier in Monticello/New York die zweite Runde. Sie besiegte die Amerikanerin Marianne Werdel 6:2, 7:5.

Keine Freigabe

Mailand (sid) – Karl-Heinz Rummenigge und Hans-Peter Briegel erhalten von ihren italienischen Vereinen keine Freigab für das Spiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft am Mittwoch in Moskau gegen die Sowjetunion. Inter Mailand und Hellas Verona müssen am gleichen Tag Pokalspiele bestreiten.

Titel an Bichler

München (sid) – Den sportlich wertvollsten Titel am dritten Tag der deutschen Schützen-Meisterschaften in München-Hochbrück sicherte sich Hubert Bichler im olympischen Kleinkaliber-Liegendschießen. Mit 597 Ringen gewann der Münchner vor Michael Heine aus Braunschweig (596) und dem Heilbronner Ulrich Lind (595).

Schwimmen: Rekord

Pesaro (dpa) – Gianni Minervini erreichte bei den italienischen Schwimm-Meisterschafte in Pesaro Europarekord über 100 m Brust. Mit 1:02,61 Minuten verbesserte er die Marke des Russen Dimitri Wolkow um 0,21 Sekunden.

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga, 3. Spieltag: Düsseldorf – Frankfurt 0:1 (Tor: Krämer/65.), Mannheim – Bochum 4:1 (Tore: 1:0 Klotz/16., 2:0 Remark/37., 3:0 Bührer/64., 3:1 Kuntz/66., 4:1 Remark/69.).

Zweite Liga, 4. Spieltag: Wattenscheid – Bayreuth 3:0 (2:0), Hertha BSC – Homburg 2:0 (1:0), Aachen – Karlsruhe 2:0 (1:0), Duisburg – TB Berlin 1:3 (0:0).

Englische Meisterschaft: Arsenal – Southampton 3:2, Chelsea – Coventry 1:0, Everton – Bromwich 2:0, Ipswich – Manchester 0:1, Watford – Birmingham 3:0, West Ham – Queens Park 3:1. – **Juan-Gamper-Turnier in Barcelona:** Hamburg – Ajax Amsterdam 2:1 (1:1), Barcelona – Rapid Wien 3:0 (1:0).

EISHOCKEY

Wurmberg-Pokal: Mannheim – ZSKA Moskau 1:16. – **Freundschaftsspiele:** Rosenheim – Nationalmannschaft CSSR 5:4.

BASKETBALL

Junioren-Turnier in Gmunden (Österreich): Deutschland – UdSSR 65:92, USA – Ungarn 135:89, Österreich – England 47:87.

MODERNER FÜNFKAMPF

WM in Melbourne, Einzelwertung: 1. Miszer (Ungarn) 5525 Punkte, 2. Starostin 5505, 3. Schwartz (beide UdSSR) 5362, 4. Massulo (Italien) 5281, 5. Kadlec (CSSR) 5279, 6. Massala (Italien) 5262 ... 19. Zimmermann 4981, 24. Kreber 4899, 45. Mette (alle Deutschland) 4469. – Mannschaftswertung: 1. UdSSR 16 069, 2. Ungarn 15 515, 3. Italien 15 483 ... 10. Deutschland 14 349.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Cincinnati, 1. Runde: Brown – Kriek (beide USA) 7:6, 6:4, Drewett (Australien) – Jaite (Argentinien) 2:6, 6:2, 6:1, Amritraj (Indien) – Leconte (Frankreich) 7:6, 6:4, Wilander (Schweden) – van Patten (USA) 6:0, 6:1, Edberg (Schweden) – Fitzgerald (Australien) 6:4, 6:3, Nystroem (Schweden) – Purcell (USA) 2:6, 6:3, 7:6. – **Damen-Turnier in Monticello/New York,** 1. Runde: Hanika (Deutschland) – Werdel (USA) 6:2, 7:5.

„Von sterbender Kultur kann keine Rede sein": Interview mit F. Quinn zur Sendung „Zirkus, Zirkus"

Um die Manege versammelt sich die ganze Familie

„Mein Beruf ist Sänger und Schauspieler, und mein Hobby ist Artist", sagt er und meldet entschieden Protest an gegen solche Stilisierungen wie „Junge von Sankt Pauli". Auch „mit dem Salz der See" wurde er nicht getauft; ebensowenig ist er „nach der dritten Volksschulklasse durchgebrannt und zur See gegangen". Die Wahrheit ist, daß Freddy Quinn, der einstige Junge mit der Klampfe und den bassigen Songs von Weite, Fernweh, Meer und zünftigen Cowboys, 17 Jahre jung war, als er ausbüchste – zum Zirkus.

WELT: „Zirkus, Zirkus" – wie oft haben Sie die Sendung schon gemacht?

Quinn: Zweiundzwanzigmal, ungefähr viermal pro Jahr.

WELT: Das ist reichlich. Wie erklären Sie sich denn dann eigentlich den Erfolg dieser Sendung, wenn allgemein Zirkus doch gesehen wird als eine Art sterbender Kultur?

Quinn: Von „sterbender Kultur" kann keine Rede sein. Gerade der Zirkus erfreut sich heute sehr großer Beliebtheit in Zeiten, wo durch die Elektronik in der Plattenbranche z. B. alles immer künstlicher wird. Aber der Artist arbeitet noch, und zwar „live" und hautnah und jeden Tag. Bei uns gibt es allein neun große Zirkusse, die ein gutes Geschäft machen, und nur einer kommt nicht so mit, weil er den Anschluß verpaßt hat.

WELT: Das heißt was?

Quinn: Nun, ich meine die Verpackung, die Beleuchtung, die Musik, das Tempo, die Choreographie, alles das. Wenn früher der dreifache Salto mortale das Höchste war, dann ist es heute eben der dreieinhalbfache. Und ein Mexikaner springt sogar schon den vierfachen.

WELT: Kann man Roncalli als Indiz ansehen für den Trend *zum* Zirkus?

Quinn: Aber ja. Der hat zwar ganz anders angefangen, aber heute ist er doch ein exzellent dargebotener Zirkus, und zwar ein echter Familienzirkus. Und das hilft den anderen natürlich mit.



Von der Schule direkt in den Zirkus: Freddy Quinn FOTO: KÖVESDI

WELT: Sie glauben also, daß auch solche Sendungen zu diesem Trend verhelfen?

Quinn: Ich glaube doch. In meiner Sendung mache ich mich ja auch nicht gerade nur unterschwellig stark dafür. Denn schließlich hat der Bildschirm seine Grenzen: Den Stall- und Manegengeruch kann der nicht 'rüberbringen.

Zirkus, Zirkus – ZDF, 19.30 Uhr

WELT: Gehört viel Einarbeitungszeit zur Vorbereitung zum jeweiligen Programm?

Quinn: Nein, eher sehr viel Konzentration, weil das ja Aufzeichnungen von „Live"-Vorstellungen vor Publikum sind. Da muß die Ansage eben hinhauen. Der Artist kann nicht, nur weil die Ansage nicht klar war, seine Übung mal eben wiederholen.

WELT: Sagen Sie uns etwas zu Ihrem Zirkus. Ist das ein „regulärer"?

Quinn: Nein, das ist jeweils eine Auswahl von Spitzendarbietungen verschiedener Unternehmen, die alljährlich in Offenburg gezeigt wird.

WELT: Warum gerade dort?

Quinn: Hauptsächlich wegen der dortigen Halle, die für Zirkusprojekte ideal ist, für die Tiere, die Abläufe, von der Bühne, der Manege her, von der Technik und so fort. Daraus ergibt sich im übrigen, daß das dortige Publikum schon regelrecht „angelernt", sachkundig ist.

WELT: Was ist das für ein Publikum? Vor allem Ältere?

Quinn: Überhaupt nicht. Früher war Zirkus ja vor allem für Jüngere, heute ist er was für die ganze Familie. Das setzt natürlich voraus, daß die Familie in sich intakt ist. Wenn der Junge so um die 16, 17 ist, verhascht und auf dem Punker-Trip, dann geht das logischerweise nicht auf. Aber was mich selber betrifft, so habe ich festgestellt, daß ich meinen Bekanntheitsgrad bei den Jugendlichen behalten habe. Wenn die kommen und Autogramme haben wollen, dann frag' ich: Sagt mal, habt ihr euch nicht geirrt? Meint ihr wirklich mich? Und dann sagen die ja, ja.

WELT: Kann man etwas sagen über besondere Vorlieben des Publikums in bezug auf die Programme?

Quinn: Eigentlich nicht. Wenn ein Clown schlecht ist, dann ist die Reaktion entsprechend. Wenn mit einer Schlange ein Auftritt gelingt, dann kommt das entsprechend gut an. Man will alles, die Clown-Nummer, die Artistik, natürlich auch den Nervenkitzel ...

WELT: Haben Sie auch private Kontakte zu Leuten vom Zirkus?

Quinn: Aber ja. Immerhin hab' ich ja alles selber mitgemacht und kenne mich da aus, und das wird allgemein anerkannt. Und ich haue niemanden in die Pfanne. Ich juble zwar niemanden besonders hoch, aber ich tue auch nichts Gegensätzliches.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Torschlußpanik auf Chinesisch

Seit ein paar Jahren gibt es in Hongkong eine Filmgattung, die sich abgesetzt hat von den Kung-fu-Filmen, die bisher die Produktion beherrschten. Meist junge Regisseure haben angefangen, sich mit der sozialen Realität ihrer Stadt zu befassen. Dazu gehört auch Ann Hui, deren Film **Eine Liebe in Hongkong** in der ZDF-Reihe „Filme von Frauen" in deutscher Erstaufführung zu sehen war.

Auf unserem Bildschirm freilich nahm sich der Film etwas fremdartig aus: ein Melodram zwischen einer in Torschlußpanik geratende Frau und einem Dandy, das angesichts der dann ausbrechenden Kriegsnöte einem unsicheren Happy-End zuzusteuern scheint. Ein Film, der nur mühsam in Gang kommt und später auch vor stilistischen Brüchen nicht zurückscheut. Doch täte man der Regisseurin sicher Unrecht, legte man nur diesen Maßstab an.

Tatsächlich ist „Eine Liebe in Hongkong" (der Originaltitel lautet treffender „Liebe in einer gefallenen Stadt") eine Auseinandersetzung mit dem Bewußtsein der Hongkong-Chinesen kurz vor dem Anschluß an die Volksrepublik. Sie müssen sich jetzt entscheiden zwischen China und dem Westen, und deshalb werden ihnen diese Figuren aus dem chinesischen Bürgertum vorgeführt, die an der Verschmelzung von chinesischer Lebensweise und westlichem Dekorum schier verzweifeln.

SVEN HANSEN

Der letzte Überlebende

Amerikas Kulturgeschichte kann man geradezu dadurch definieren, daß jeder Unterdrückungswelle in Europa dort eine Einwandererwelle folgte. Von jener Emigrantengeneration, die mit Schönberg, Hindemith, Eisler, Martinu, Strawinsky, Lourié und Bartók ungeahnte Dimensionen erschloß, ist der nun 85jährige Ernst Krenek der letzte Überlebende: **Zeugen des Jahrhunderts** (ZDF).

Ein biologisches Wunder: ohne Ermüdungserscheinung, ohne Girlanden und Geschwätz geht diesem Komponisten, der zeitweise Schriftsteller werden wollte und mit Karl Kraus befreundet war, in einem einstündigen Gespräch die Geschichte seines Lebens druckreif von der Zunge.

Wenn er von Begegnungen mit Schönberg berichtet, erinnert seine Darstellung an den böhmischen Schweyk, der er ja seiner Herkunft nach ist. Wie er eigentlich von seiner Jazzoper „Johnny spielt auf", die Ende der 20er Jahre die Gemüter bis nach Leningrad erregte, über die Lamentation des Propheten Jeremias zu einem hochseriellen, alle Elemente determinierenden Kompositionsverfahren kam, wird weniger einleuchtend als die Darlegung, wie dieses System so kompliziert wurde, daß es ein entgegengesetztes Zufallssystem zwangsläufig provozierte. Hans Bünte moderierte in wohltuender Zurückhaltung und Sachkenntnis.

DETLEF GOJOWY

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Internationales Leichtathletik-Sportfest Zürich
11.25 Hitparade im ZDF
12.10 ZDF Magazin
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
Der kleinste Pferdedieb
15.25 Fauna Iberica
Schwarz wie ein Rabe
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
Eine eigensinnige Unterhaltung
Diesmal als Spezialausgabe über Kenia
16.55 Stadtrallye
Eine Schnitzeljagd für Fixe
Heute in Wuppertal
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Leben in China
Auslandskorrespondent Jürgen Bertram zeigt anhand der 1,5-Millionen-Stadt Tsitsihar, einem Dorf in deren Umgebung sowie mit einer Gesprächsrunde im Kaiserlichen Sommerpalast in Peking, wie grundlegend sich das Leben in China in den letzten Jahren gewandelt hat.
21.45 Känguru
Musik und Spaß mit Hape Kerkeling und musikalischen Gästen
22.30 Tagesthemen
23.00 Rad-WM
Bahn-Wettbewerbe
Entscheidung 100-Meter-Zeitfahren
23.15 Die Rumplhanni
Zweiter Teil des Fernsehfilms
Mit Monika Baumgartner, Werner Rom, Walter Fitz u. a.
Regie: Rainer Wolffhardt
Hanni kann bei Franzi, die sie im Gefängnis kennengelernt hat, als Zugehfrau arbeiten. Doch sie sucht bald etwas Besseres und bekommt eine Stelle als Küchenhilfe beim Martlbräu.
1.00 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Emily im Erdbeerland
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
Seranas großer Schwarm
16.30 Strandpiraten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Schwerpunkt: Sport
Zu Gast: Die Bernd-Schütz-Band
17.50 Trio mit vier Fäusten
Im Meer verschollen
Dazwischen: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Zirkus, Zirkus
Attraktionen und Sensationen der Manege
Präsentation: Freddy Quinn
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Etwas Neues durchsetzen
Menschen, die mit Widerständen fertig werden
Von Malte Rauch, Wolf-Rüdiger Schmidt und Katrin Seybold
„Kontakte" porträtiert seit zehn Jahren Menschen und Gruppen, die in besonderer Weise mit Widerständen in ihrem eigenen Leben und in ihrer Umgebung leben lernen. Drei dieser Alltagsgeschichten werden in dieser Sendung neu dargestellt. Gefragt wird, was sich im Laufe der Jahre geändert hat, und ob es gelungen ist, über eine längere Zeit hinweg etwas Neues durchzusetzen.
21.45 heute-journal
22.05 Kopfduell
Lothar Späth und Oskar Lafontaine im Kampf um die Zukunft
22.50 Der Hund im Computer
Satirische Komödie von Karl Wittlinger
Mit Christian Wolff, Peter Faerber u. a.
Regie: Rudolf Nussgruber
23.50 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Big Valley
15.00 Siebenstein
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Die Schlüffler
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Die kleinen Perlentaucherinnen in Südkorea
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Drei weiße Birken
Deutscher Spielfilm (1961)
Mit Erika Remberg, Helmut Schneider, Gunnar Möller u. a.
Regie: Hans Albin
20.30 Shane
Der Überfall
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Die Schlacht in den Wolken
Englischer Spielfilm, 1976
Mit Malcom McDowell, Christopher Plummer u. a.
Regie: Jack Gold
0.10 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
U. a. Der Bodensee – Sommerseite
19.00 heute
19.30 Derrick
Die Tote im Wald
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 6000 Meter Beweis
Über die Entstehung der österreichischen Landschaftsformen
22.45 Fernando Botero
Ein Maler zwischen zwei Welten
Film von Erwin Leiser
23.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 MS Franziska (6)
Achtteiliger Fernsehfilm
Verspätung

HESSEN
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Nirgendwo ist Poenichen (27)
1956 – Sechs Pommern im Paradies
19.30 Nirgendwo ist Poenichen (28)
1956 – Junge Stiere
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Der Fluch der Tempelgötter
Amerikanischer Spielfilm (1943)
Mit Maria Montez, Jon Hall u. a.
Regie: Arthur Lubin
21.30 Grand Café (7)
Doppelbilder
21.45 Habe nun, ach ... (2)
Max-Reinhardt-Schule in Berlin
Eine Sendung von Michael Strauven
22.30 Ich bin eine erstklassige Schriftstellerin zweiter Güte
Die Karriere der Vicki Baum
Von Ursula Krechel und Herbert Wiesner
0.00 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Oldtimer
Schwedischer Fernsehfilm
20.50 Bilderbogen
Metamorphose eines Fadens
21.00 Sport unter der Lupe
4. Fußball von 1954 bis 1974
21.45 ... und plötzlich in der großen Politik
Der Kaiserstühler Volksvertreter Dr. Hans-Erich Schött
23.15 Meine Lieblingsgeschichte
Christian Wolff liest „Glück" von Mark Twain
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hauptsache Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Der vergesene Mord
Von Fritz Eckhardt
20.20 Segeln – Von Hütte zu Hütte
Entlang der türkischen Küste
20.45 Einfach nur „Gott"
Salzburger Hochschulwochen
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Ingrid
Porträt der Schauspielerin Ingrid Bergman
23.00 Intermezzo
Amerikanischer Spielfilm (1939)
Mit Ingrid Bergman, Leslie Howard u. a.
Regie: Gregory Ratoff
0.05 Jazz um Mitternacht
Jazz Burghausen
Bericht von der 16. Internationalen Jazz-Woche 1985
0.50 Rundschau

Ausbildungsetat für Mädchen soll steigen

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat an alle Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland appelliert, „die nächsten Wochen zu einem Spurt in der Ausbildungsinitiative '85 zu nutzen und die gemeinsamen Anstrengungen zur nochmaligen Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes fortzuführen". Allerdings hob sie hervor, daß die „Trendmeldungen" auf dem Lehrstellenmarkt „in allen Indikatoren eine positive Entwicklung aufweisen", eine Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes von insgesamt drei bis vier Prozent, während gleichzeitig die Nachfrage nur bei einem Plus von etwa 1,8 Prozent liegt.

Vor allem „überkommene, veraltete Vorstellungen", so beklagte Frau Wilms, spielten bei der Berufswahl der Jugendlichen eine wesentliche Rolle und begründeten viele strukturelle Probleme des Lehrstellenmarktes. „Auch dadurch ist es zu erklären, daß in gewerblich-technischen Berufen das Angebot an Ausbildungsplätzen höher liegt als die Nachfrage." Sie mahnte: „Traditionelle, im Bewußtsein vieler Menschen noch vorhandene Zuordnungen von Schulabschlüssen zu bestimmten Berufen stimmen nicht mehr mit den Möglichkeiten der Arbeitswelt überein."

Zwei Felder vor allem sind es, auf denen nach Ansicht der Bundesregierung – auch mit ihrer Hilfe – noch erheblich aufgearbeitet werden muß: 63 Prozent der Ende Juli als noch nicht vermittelt Gemeldeten waren Mädchen, außerdem „erhalten regionale und lokale Engpässe zunehmendes Gewicht" (Wilms). Die Ministerin kündigte an, daß die Etat-Ansätze zur Förderung der Ausbildungschancen für Mädchen im kommenden Jahr erhöht und die überbetrieblichen Ausbildungsstätten mit 205 Millionen Mark gefördert würden.

Die insgesamt positiven Aussichten behindern aber offenbar nicht koalitionsinterne Profilierungsbemühungen: Während Frau Wilms ihre Bilanz vortrug, legte die FDP-Fraktion die Forderung nach einem Ausbildungs-Sonderprogramm für Mädchen aus, da man auch in diesem Jahr wieder mit 50 000 unvermittelten Lehrstellenbewerbern rechnen müsse. Den Ärger der hinausgehenden Ministerin mußte im Foyer ein Fraktionsmitarbeiter der FDP aushalten.

Renger gegen Streit um Reichstags-Gedenktafel

Kurzbiographien der ermordeten Abgeordneten – oder nicht?

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Um die vorgesehene Anbringung einer Gedenktafel am Berliner Reichstagsgebäude, auf der an die von den Nationalsozialisten ermordeten Reichstagsabgeordneten erinnert werden soll, ist es zu einer Auseinandersetzung gekommen.

Jüngste Stellungnahme: Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger (SPD), ist für eine Tafel mit rund 100 Namen und Kurzbiographien, Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU/CSU) plädiert mit guten Gründen für eine Tafel mit dem Text, daß hier der „Opfer der Tyrannei" gedacht wird.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat am 23. Mai für die Erinnerungstafel gestimmt, wobei der Antrag von der Alternativen Liste (AL) kam. Bereits in diesem Beschluß wird festgehalten, daß nicht nur Name, sondern auch Beruf, Geburts- und Sterbedatum, Hinweis auf Ort und Umstände des Todes, Parteizugehörigkeit, Herkunftsort als Abgeordnete sowie Zeitraum der Mitgliedschaft im Reichstag anzugeben seien.

Jenninger hat daraufhin in einem Brief an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Peter Rebsch, darauf hingewiesen, daß die Schicksale in vielen Fällen nicht mehr rekonstruierbar seien und sich dabei unter anderem auf das Buch „Hohes Haus in Henkershand" von Walter Hammer berufen, in dem der Autor feststellt, daß man bei den Forschungen immer wieder „ins Uferlose" gerate.

Nazis unter den Opfern

Wörtlich schrieb Jenninger in seinem Brief nach Berlin: „Darüber hinaus sprechen weitere, hier nicht im einzelnen darzustellende Überlegungen gegen die Errichtung einer Tafel, die derart detaillierte Angaben enthält." Zu den von den Nationalsozialisten ermordeten Reichstagsabgeordneten gehören nämlich auch 15 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei (NSDAP), die beim sogenannten Röhm-Putsch 1934 von der SS umgebracht wurden. Dies ist freilich nur einer unter vielen Gründen, die Jenninger dazu brachten, sich für einen kurzen Text einzusetzen, der dem vor dem Abgeordnetenhochhaus in Bonn entspricht. Daneben weist er vor allem auf die vielen unbekannten und unsicheren Fälle hin. Da rund 50 der ermordeten Reichstagsabgeordneten der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) angehörten, wurde in Bonn der Eindruck erwogen, den eine Erinnerungstafel auf Reichstagsbesucher und öffentliche Meinung machen würde, auf der man diejenigen ehren würde, die mittelbar als Abgeordnete an Inhaftierung und Tod der Opfer aus einer anderen Reichstagspartei beteiligt waren.

Gegensätzliche Konzepte

Der Bonner Gedanke, daß man das Gedenken an die Verfolgten mehr im Allgemeinen als im Individuellen zum Ausdruck bringen solle, stieß in Berlin bei SPD und AL auf Widerstand. Die AL-Abgeordnete Hilde Schramm schickte Jenninger eine Liste von 83 der 441 Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik, die ermordet wurden, und führte außerdem die Forschungen zweier Berliner Historiker an, die bis zur Berliner 750-Jahr-Feier 1987 die noch offene Liste vervollständigen könnten.

Das Denkmal „Erinnerungstafel" stellt sich nach Berliner SPD/AL-Auffassung nun so dar, daß sich auf ihr wegen der komplizierten Verhältnisse nur ein Teil der gedachten Informationen befinden sollen. Den Rest habe ein Buch bei der Tafel zu enthalten, das jeweils nähere Angaben zum Handeln der Personen vor und nach 1933 enthalten müsse. Das Buch und nicht die Tafel, so Frau Schramm, wäre auch der Ort, wo man des Schicksals der in die UdSSR emigrierten KP-Abgeordneten zu gedenken habe, die dort Opfer des Stalinismus wurden. Und hier sei auch der Platz für die Röhm-Putsch-Opfer.

Die letzte Variante lieferte in Berlin einer der beiden Historiker auf der Spur der Abgeordneten-Schicksale: Die Tafel sei in eine Menge von Täfelchen aufzulösen, die man je nach Veränderung dann auf den jüngsten Stand bringen könne.

Annemarie Renger jedenfalls hat angesichts der Situation bereits gebremst. In einem Interview sagte sie: „Dies eignet sich nicht zu einer polemischen oder politischen Auseinandersetzung, sondern es geht darum, nicht mit einem Schnellschuß etwas zu machen, was nachher nicht den Nachforschungen standhält."

„Agentinnen werden nervös"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Im Zusammenhang mit den Spionagefällen um die verschwundene Buchhalterin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Ursula Richter, und die vermißte ehemalige Sekretärin von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, Sonja Lüneburg, hat die Bundesanwaltschaft ein weiteres Ermittlungsverfahren eingeleitet: Sie sucht jetzt nach einem ehemaligen Bekannten von Frau Richter.

Der 53 Jahre alte Lorenz B. arbeitete im Bundesverwaltungsamt in Bonn als Bote. Vorher war er Monteur einer Aufzug-Firma, die für die Wartung des Aufzugs im atomsicheren Regierungsbunker im Ahrtal zuständig war. Gegen ihn wird jetzt auch wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Tätigkeit ermittelt.

Im Fall von Sonja Lüneburg ist das Bundeskriminalamt nach der Auswertung von Fotovergleichen zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei ihr nicht um die Frau handelt, die bis 1966 in Berlin lebte. Endgültige Klarheit darüber, ob die ehemalige Bangemann-Sekretärin wie Frau Richter eine andere Identität angenommen hatte, soll ein Handschriftengutachten bringen. Der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums, Dieter Vogel, bekräftigte gestern noch einmal, daß die 60jährige „keine geheimen Papiere geschrieben" hat. Nach dem Quittungsbuch über Geheimpapiere habe sie auch keine derartigen Unterlagen erhalten.

Keine neuen Erkenntnisse gab es gestern nach Angaben der Sicherheitsbehörden über Ursula Richter. Der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Günther Nollau meinte in einem Interview allerdings, er habe keine Zweifel, daß beide Frauen sich in die „DDR" abgesetzt hätten.

Nach WELT-Informationen befand sich in dem Haus der BdV-Zentrale, zu dem die Frau einen Zentralschlüssel gehabt haben soll, bis vor einiger Zeit eine Niederlassung der Waffenfirma Heckler & Koch. Außerdem befindet sich dort eine Computerfirma, die vor allem Ministerien beliefert. Unklar war gestern, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Verschwinden von Frau Richter am Freitag und dem eines an diesem Tag angelieferten Datenträgersystems gibt. Das scheint auch für das Datum des Verschwindens von Frau Lüneburg zu gelten: Diese hatte sich am 5. August zu einem Wochenend-Ausflug mit Bekannten nach Belgien, Frau Richter nach Wiesbaden abgemeldet. Die ehemalige Buchhalterin soll damals schon observiert worden sein. Der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Michael Butz, lehnte aber gestern jede Auskunft ab, „wie und ob und wann" sie beobachtet worden war. Er erklärte nur, Ziel solcher Aktionen sei es, „einen Bewegungsablauf festzustellen, um weitere Informationen zu bekommen".

Inzwischen befassen sich auch die Bundesregierung und die Parteien mit den Spionagefällen. Das Bundesjustizministerium unterrichtete das Kabinett. Staatssekretär Klaus Kinkel informierte den Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Gerhard Jahn. Auch die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) soll Auskunft erhalten.

Nach der Sommerpause wird sich auch der Innenausschuß des Bundestags nach Worten seines Vorsitzenden Axel Wernitz (SPD) mit den Vorgängen auf einer Sondersitzung befassen. In einem Interview erklärte er, „es gibt deutliche Anzeichen, daß Agentinnen in Bonn nervös werden". Das Bundesinnenministerium will Gesetzesvorlagen mit dem Ziel einbringen, die Sicherheit und die Möglichkeiten der Nachrichtendienste zu verbessern. Dazu gehört eine Verfassungsschutznovelle und ein Gesetz für den Militärischen Abschirmdienst (MAD). Außerdem sollen die Sicherheitsrichtlinien für Überprüfungen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Grunert kommt nicht mehr zurück

„Nach drüben gegangen, um die Rente klarzumachen" / Kein Spionagefall mehr

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der frühere Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), der ehemalige Hamburger Kriminalkommissar Rolf Grunert (60), hat sich in die „DDR" abgesetzt. Grunert war 1978 vom Hanseatischen Oberlandesgericht wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für das „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu einer Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt worden. Das Gericht hatte es für erwiesen gehalten, daß Grunert unter dem Vorwand, seine Schwester in Thüringen besuchen zu wollen, zu mindestens 30 konspirativen Kontakten mit MfS-Mitarbeitern in der „DDR" zusammengetroffen war. Er hatte dabei geheime Informationen nicht nur über die Hamburger Polizei, sondern auch über Maßnahmen der inneren Sicherheit im gesamten Bundesgebiet verraten, zu denen er als BDK-Vorsitzender Zugang hatte. Am 22. Mai 1977 war Grunert nach intensiven Ermittlungen des Hamburger Verfassungsschutzamtes festgenommen worden.

Sein jetziges Überwechseln in die „DDR" hat er offenkundig wieder unter dem Vorwand betrieben, seine Schwester besuchen zu wollen. Nach Darstellung seiner Ehefrau Lydia hat Grunert diese Reise vor kurzem zwar mit der ihr gegenüber geäußerten Absicht angetreten, zurückkehren zu wollen, doch zwei Tage vor seiner geplanten Rückfahrt habe er sie angerufen und ihr mitgeteilt, er wolle in der „DDR" bleiben. Sie selbst sei völlig überrascht gewesen. Sie habe mit ihrem Mann eine Übersiedlung von Hamburg nach Würzburg vorbereitet. Die Sicherheitsbehörden in der Hansestadt wiesen gestern Vermutungen, Grunerts Verschwinden hänge mit den Spionagefällen Sonja Lüneburg und Ursula Richter zusammen, als unzutreffend zurück. Grunert habe sich nach seiner Strafverbüßung mehr schlecht als recht als Privatdetektiv in Hamburg-Blankenese über Wasser gehalten und suche nun offenbar in der „DDR" die wirtschaftliche Sicherheit, um die er sich in Hamburg vergeblich bemüht hatte. Ein hoher Sicherheitsbeamter: „Als Agent war er erledigt, seine Strafe hatte er verbüßt, er konnte tun und lassen, was er wollte. Da ist er nun nach drüben gegangen, um bei seinen damaligen Auftraggebern die Rente klarzumachen."

Am 18. Juni dieses Jahres hatte das Ehepaar die Privatdetektei und die Wohnung in der Blankeneser Landstraße offiziell aufgelöst. Lydia Grunert, eine frühere Kriminalbeamtin, hatte sich bereits einen Arbeitsplatz als Krankenschwester in der Würzburger Universitätsklinik besorgt. Sie will ihrem Mann, der sie bereits am 28. Juni von seinem Entschluß unterrichtet hatte, offenbar nicht in die „DDR" folgen.

Sowjettruppen haben neuen Ideologie-Chef

rtr, Berlin

Generalleutnant Nikolaj Moissejew ist zum neuen Polit-Chef der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) ernannt worden. Moissejew und der neue GSSD-Oberkommandierende Armee-General Pjotr Luschew wurden nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur ADN in Ost-Berlin von „DDR"-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann empfangen. In der „DDR" sind etwa 400 000 sowjetische Soldaten stationiert.

Moissejew hat nach Informationen westlicher Militärexperten vor seiner Ernennung zum Polit-Chef der GSSD eine wichtige Rolle bei der ideologischen Vorbereitung sowjetischer Soldaten auf den Einsatz in Afghanistan gespielt. Luschew ist Nachfolger des im Juli abgelösten Generals Michail Saizew.

Arbeitslosenstatistik soll verfeinert werden

rtr, München

Die CSU besteht weiterhin auf einer Veränderung der Arbeitslosenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit. Dies hat der bayerische Sozialminister Franz Neubauer eine Woche nach dem von der CSU ausgelösten Parteienstreit über Manipulationen an der Statistik der Nürnberger Bundesanstalt erneut gefordert. Diese „verfeinerte Arbeitslosenstatistik" solle insbesondere die tatsächliche soziale Betroffenheit der Arbeitslosen verdeutlichen, sagte Neubauer.

Der bayerische Vorstoß hat die Regierung in Bonn zu der Versicherung veranlaßt, an eine Aufsplitterung der Statistik nach Arbeitslosen und Arbeitsunwilligen sei nicht gedacht.

In die Diskussion um die Veränderung der Arbeitslosenstatistik hat sich auch die von CSU-Chef Franz-Josef Strauß herausgegebene Wochenzeitung „Bayernkurier" in ihrer neuesten Ausgabe eingeschaltet. Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages, Karl Kraus, nahm in einem Beitrag den stellvertretenden CSU-Generalsekretär Wolfgang Held in Schutz. Held hatte eine Aufsplitterung der Statistik nach Arbeitswilligen und Arbeitsunwilligen sowie die gesonderte Ausweisung halbtags und ganztags Arbeitsuchender gefordert.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Humanmedizin
4. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	Hamburg
3 Aachen	Uni München
4 Bonn	Freiburg
5 Bochum	Freiburg
6 Bochum	Tübingen
7 FU Berlin	Erlangen
8 FU Berlin	Hannover
9 FU Berlin	Hamburg
10 FU Berlin	Köln
11 FU Berlin	Uni München
12 FU Berlin	Saarbrücken
13 Düsseldorf	Aachen
14 Essen	Bonn
15 Essen	FU Berlin
16 Essen	Göttingen
17 Essen	Heidelberg
18 Essen	Hamburg
19 Essen	Köln
20 Essen	Uni München
21 Essen	Würzburg
22 Erlangen	Uni München
23 Erlangen	Würzburg
24 Frankfurt	Marburg
25 Frankfurt	TU München
26 Frankfurt	Uni München
27 Gießen	Frankfurt
28 Gießen	Freiburg
29 Göttingen	Freiburg
30 Göttingen	Heidelberg
31 Göttingen	Tübingen
32 Hannover	Hamburg
33 Heidelberg	Hamburg
34 Heidelberg	TU München
35 Heidelberg	Uni München
36 Hamburg	Würzburg
37 Köln	Göttingen
38 Köln	Hannover
39 Köln	Lübeck
40 Köln	Uni München
41 Köln	Ulm
42 Mannheim	Erlangen
43 Marburg	Aachen
44 Marburg	Bonn
45 Marburg	Düsseldorf
46 Marburg	Hannover
47 Marburg	Lübeck
48 Marburg	Uni Kiel
49 Marburg	Münster
50 Marburg	Mainz
51 Münster	Heidelberg
52 TU München	Hamburg
53 TU München	Lübeck
55 Uni München	Freiburg
56 Mainz	Freiburg
57 Mainz	Göttingen
58 Saarbr.	Erlangen
59 Saarbr.	TU München
60 Saarbr.	Uni München
61 Saarbrücken	Ulm
62 Ulm	Bonn

Humanmedizin
5. klinisches Semester

von	nach
1 FU Berlin	Heidelberg
2 FU Berlin	Mannheim
3 FU Berlin	Uni München
4 Heidelberg	Hamburg
5 Heidelberg	Mainz
6 Köln	Göttingen
7 Münster	Bonn
8 Münster	Köln

Humanmedizin
6. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Uni München
2 Freiburg	Hamburg
3 Freiburg	TU München
4 Freiburg	Uni München
5 Göttingen	Uni München
6 Göttingen	Tübingen
7 Göttingen	Würzburg
8 Mannheim	FU Berlin
9 Marburg	Bonn
10 Marburg	Freiburg
11 Marburg	Göttingen
12 Marburg	Hamburg
13 Marburg	Köln
14 Marburg	TU München
15 Marburg	Uni München
16 Marburg	Tübingen
17 Marburg	Ulm
18 Münster	Bochum
19 Mainz	Frankfurt
20 Ulm	Köln
21 Würzburg	Uni München

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985

Die alten Probleme

Mk. – Die Leipziger Herbstmesse, die am 1. September beginnt, steht traditionell wieder unter dem Motto „Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt". Und auch die Probleme, um die es geht, sind seit Jahren die gleichen: Im Vordergrund steht die intensivere und bessere Nutzung der Produktionsfaktoren. Denn hier hinkt die „DDR" noch erheblich hinter dem Weltstandard hinterher. Es wird, so eine Feststellung der „DDR"-Führung, immer noch allein dadurch zuviel Energie und Material verbraucht, daß viele „DDR"-Produkte 20 bis 40 Prozent schwerer sind als die der Konkurrenz.

Probleme gibt es auch bei der Energieversorgung, wo die „DDR" einseitig auf die Braunkohle setzt. Und das trotz aller Umweltbelastungen. Hinzu kommt, daß der Wirkungsgrad der Kohle immer geringer wird. Sinnvoller wäre es, andere Energieträger einzukaufen. Aber die außenwirtschaftlichen Zwänge stehen dem entgegen. Auf die polnischen Steinkohlelieferungen will sich Ost-Berlin auch nicht verlassen. In Moskau steht man wegen der Ölkäufe bereits hoch in der Kreide.

Die „DDR" muß also die Produktion rationalisieren und die Anlagen modernisieren, um die Effektivität zu steigern. Sie verfügt zum Teil nicht über die dafür notwendige Technologie. Der Bedarf ist gewaltig. Die Firmen aus der Bundesrepublik können hier etwas anbieten. Ob sie zum Zuge kommen werden, läßt sich trotzdem nicht sagen, da über die Prioritäten des neuen Fünfjahresplans immer noch nicht entschieden ist.

Abnutzung

Sbt. (Washington) – In der Reagan-Administration wechseln die Gesichter jetzt immer schneller; vor allem in den Etagen unterhalb der Minister und ihrer Stellvertreter macht sich die Abnutzung nach viereinhalb Jahren Amtszeit immer stärker bemerkbar. Viele wollen auch, wie David Stockman, in der Privatwirtschaft das große Geld verdienen. Zu denen, die dem Weißen Haus den Rücken kehren, gehört Roger W. Robinson, Direktor für internationale Wirtschaft im Nationalen Sicherheitsrat. In Europa bleibt er unvergessen: Ein Zögling des ebenfalls abgewanderten „Falken" William P. Clark und nur 31 Jahre alt, entwarf Robinson 1982 die Handelsrestriktionen, mit denen Präsident Reagan den Bau der sibirischen Erdgasleitung zu blokkieren versuchte. Besonders die extraterritorialen Rechtsansprüche der USA erschütterten damals das westliche Bündnis. Indes, die Vernunft, von Außenminister George Shultz geschickt gesteuert, siegte. Ein Jahr später, auf dem Wirtschaftsgipfel der „Großen Sieben" in Williamsburg, mußte Robinson mithelfen, die Risse zu kitten.

INNERDEUTSCHER HANDEL / An Aufwärtstrend früherer Jahre angeknüpft

In den ersten sechs Monaten 1985 bestes Halbjahres-Ergebnis erzielt

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der innerdeutsche Handel hat sich in diesem Jahr günstiger als erwartet entwickelt. Er hat damit nach Ansicht des Bonner Wirtschaftsministeriums wieder in etwa Anschluß an den Trend früherer Jahre gefunden. Nachdem der Austausch von Waren und Dienstleistungen in der gleichen Zeit des Vorjahres um fünf Prozent gesunken war, wurde in den ersten sechs Monaten 1985 ein Plus von sieben Prozent registriert. Getragen wurde die Erholung von den Lieferungen aus der Bundesrepublik.

Mit einem Umfang von 8,015 Mrd. DM erreichte der innerdeutsche Handel in den ersten sechs Monaten 1985 sein bisher bestes Halbjahresergebnis. Das Niveau des Vorjahres wurde um sieben Prozent übertroffen, der bisherige Höchststand von 1983 um nahezu zwei Prozent.

Nach dem Rückgang der Lieferungen aus der Bundesrepublik um 19 Prozent im ersten Halbjahr 1984 zogen sie in diesem Jahr um 17 Prozent auf 4,089 Mrd. DM an. Allerdings hatten die Lieferungen an die „DDR" im ersten Halbjahr 1983 bereits 4,302 Mrd. DM betragen. Sie waren damals gegenüber der Vorperiode um 33 Prozent nach oben geschossen, weil die „DDR" sehr viele Waren, die sie traditionell aus anderen Ländern bezogen hatte, im innerdeutschen Handel orderte, um Devisen zu sparen.

Bei den Bezügen konnte die „DDR" das im Vorjahr erreichte hohe Niveau, als ein Zuwachs von zwölf Prozent gemeldet wurde, nicht halten. Die Bezüge lagen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit 3,925 Mrd. DM um knapp zwei Prozent niedriger.

Während im ersten Halbjahr 1984 die Bezüge aus der „DDR" um 508 Mill. DM höher als die Lieferungen waren, überstiegen im ersten Halbjahr 1985 die Verkäufe aus der Bundesrepublik wieder die Einkäufe um 164 Mill. DM. Ohne Berücksichtigung des für die „DDR" traditionell defizitären Dienstleistungsverkehrs ergab sich für die Bundesrepublik im Warenverkehr ein Fehlbetrag von 152 Mill. DM, verglichen mit 875 Mill. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Gesamtsaldo der Verbindlichkeiten der „DDR" einschließlich der Inanspruchnahme des Swing (kumulierter Aktivsaldo) stieg gegenüber dem Stand von Ende 1984 von 3,1 auf 3,2 Mrd. DM. Der Swing, dessen Höchstgrenze in diesem Jahr bei 600 Mill. DM liegt, war im Durchschnitt des ersten Halbjahres mit 130 Mill. DM in Anspruch genommen worden. Nach dem Abschluß der neuen Swing-Vereinbarung, die für die nächsten fünf Jahre eine Höchstgrenze von 850 Mill. DM vorsieht, hat die „DDR" dieses Instrument wieder etwas stärker genutzt.

Die Zunahme der Lieferungen aus der Bundesrepublik von 595 Mill. DM im ersten Halbjahr wurde zu rund 40 Prozent durch den strengen Winter geprägt. Denn die „DDR" orderte kurzfristig zusätzliche Mengen an Kohle und Mineralölerzeugnissen und zog einen Teil ihrer Rohölimporte vor, um Engpässe in der Energieversorgung zu überwinden. Zum erstenmal seit zwei Jahren dürfte die „DDR" in diesem Jahr wieder die Vereinbarung von 1980 erfüllen, wonach sie für 250 Mill. DM Kohle kaufen will. Vom nächsten Jahr an gilt eine neue Absprache über 0,2 Millionen Tonnen.

Die „DDR" hat auch ihre Einkäufe von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen gegenüber dem sehr niedrigen Niveau von 1984 um 84 Mill. DM gesteigert. Dies geht vor allem auf die Lieferung von 3500 VW-Transportern und von wieder instand gesetzten Eisenbahnwaggons zurück. Es besteht die Hoffnung, daß die Lieferungen des Maschinenbaus in den nächsten Monaten im Zusammenhang mit dem Bau des VW-Motorenwerk anziehen. Gesteigert hat die „DDR" auch ihre Käufe von Konsumgütern und besonders kräftig von chemischen Grundstoffen.

Der Rückgang ihrer Bezüge ist auch eine Folge des harten Winters, dadurch gingen die Lieferungen von Mineralölerzeugnissen leicht zurück. Für das zweite Halbjahr erwartet das Bundeswirtschaftsministerium bei weiter ansteigendem Handel eine gleichgewichtige Entwicklung von Lieferung und Bezügen.

US-KONJUNKTUR

Flaues Wachstum spricht gegen steigende Zinsen

H.-A. SIEBERT, Washington

An der Konjunkturflaute in den USA ist nun nicht mehr zu zweifeln, nachdem das Handelsministerium in seiner dritten Kalkulation das Realwachstum im zweiten Quartal 1985 lediglich von 1,7 auf zwei Prozent (Jahresraten) angehoben hat. An der Wall Street ist man sicher, daß der Offen-Markt-Ausschuß des Federal Reserve System, dessen Entscheidungen erst vier Wochen später offiziell bekannt gegeben werden, am Dienstag ein Festhalten am weniger restriktiven Geldkurs beschlossen hat. Nicht eintreten werde also die befürchtete Kreditverknappung, heißt es.

Hinfällig ist damit auch ein Schreiben des Chefs der US-Notenbank, Paul A. Volcker, an den Kongreß, in dem er ein langsameres Ansteigen der Geldversorgung bei beschleunigtem Wirtschaftstempo ankündigte. Als weit überhöht gelten die amtlichen Konjunkturprognosen für das zweite Halbjahr 1985, die Wachstumsraten in Höhe von fünf (Reagan-Administration) und vier Prozent (Haushaltsbüro des Kongresses) auf Jahresbasis unterstellten. Eine Diskontsenkung ist immer wahrscheinlicher

Nach fast 17monatiger Rezession hat der Aufschwung in Amerika im November 1982 begonnen. Im selben Jahr sank die preisbereinigte Wertschöpfung um 2,1 Prozent, um dann 1983 und 1984 sogar um 6,8 Prozent zuzunehmen. Der Motor begann im dritten Quartal 1984 zu stottern, als die wirtschaftliche Wachstumsrate von 7,1 auf 1,6 Prozent schrumpfte. In der folgenden Oktober-Dezember-Periode erholte sie sich zwar auf 4,3 Prozent, fiel im ersten Quartal 1985 aber auf 0,3 Prozent zurück. Auch hier handelt es sich jeweils um Jahresraten.

Legt man die deutsche Berechnungsmethode zugrunde, dann ist die US-Wertschöpfung im zweiten Quartal 1985 um 0,48, seit Januar um 0,55 und seit dem zweiten Quartal 1984 um zwei Prozent gestiegen. Seit Ende 1982 erhöhte sich das Bruttosozialprodukt um real 12,9 Prozent, das heißt, die wirklich kräftige Wachstumsphase dauerte nur 19 Monate.

Als Konjunkturstütze erwiesen sich wieder die Endverkäufe, die im zweiten Quartal 1985 real um 4,7 Prozent wuchsen – nach minus 0,3 Prozent in der Januar-März-Periode. Gleichzeitig zogen die betrieblichen Investitionen nach einem Rückgang um 1,6 Prozent um 11,8 Prozent an. Als scharfe Bremse wirkte dagegen die Abnahme der Lagerbestände, während die Nettoexporte statt um 15 nur noch um 4,9 Mrd. Dollar schrumpften.

Nach den üppigen Vorjahresergebnissen bleiben die Gewinnerwartungen der Unternehmen gedämpft. Aus laufender Produktion ergab sich eine Zunahme um fünf (0,7) auf 297 Mrd. Dollar (Jahresrate). Im Quartalsvergleich sanken die Gewinne vor Steuern aber immer noch um 0,5 und nach Steuern um 0,3 Prozent.

Hilfe ohne Eigennutz?

Von KAREN SÖHLER

Entwicklungshilfe nützt auch den Geberländern. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, hat 1982 für die Bundesrepublik ermittelt: 7,7 Milliarden Mark brachte der Bund für die Dritte Welt auf. Die von allen Industriestaaten vergebene Entwicklungshilfe löste auf dem deutschen Markt eine Nachfrage von 9,4 Milliarden Mark aus. Dadurch waren 125 000 Arbeitsplätze gesichert.

Der Handel mit der Dritten Welt, unabhängig von der Entwicklungshilfe, beschäftigte darüber hinaus 1,4 Millionen Deutsche. 500 000 Arbeitsplätze gingen allerdings durch die Einfuhr von Halb- und Fertigprodukten aus diesen Regionen verloren. Der Beschäftigungsgewinn durch Entwicklungshilfe lag also bei 1,025 Millionen – 226 000 mehr als 1976.

Auch im vergangenen Jahr hingen über eine Million Arbeitsplätze an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Die Zahlen werden denen von 1982 entsprechen, schätzt das DIW. Was hat sich dann seit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 geändert? Häufiger als früher finanziert der Bund Projekte nur, wenn das Entwicklungsland die nötigen Maschinen oder Elektrogeräte, die Beratung oder andere Dienstleistungen auf dem deutschen Markt einkauft. Das Ergebnis ist, daß von einer Mark Entwicklungshilfe direkt rund 75 Pfennig in Aufträgen an deutsche Firmen zurückfließen (gemessen an den Auszahlungen aus der finanziellen Zusammenarbeit). 1980 waren es 65,3 Prozent.

Die Steigerung um rund 11,5 Prozent bedeutet für die deutsche Wirtschaft einen Auftragszuwachs von etwa 200 Millionen Mark. Im Vergleich zu den deutschen Ausfuhren (1984) von rund 600 Milliarden Mark sind 0,2 Milliarden Mark nicht viel; auch nicht im Vergleich zum Außenbeitrag von etwa 50 Milliarden Mark. Dieser Auftragszuwachs durch die Entwicklungshilfe kann die Beschäftigung in der Bundesrepublik nicht nennenswert erhöhen.

Damit stellt sich die Frage, ob eine stärkere Lieferbindung für die Bundesrepublik Sinn hat; die deutsche Wirtschaft ist darauf nicht angewiesen. Ihre Wettbewebsfähigkeit ist groß genug.

Für Lieferbindungen gibt es allerdings in Einzelfällen Argumente, die aber nichts mit der Beschäftigungswirksamkeit zu tun haben. So will Entwicklungsminister Jürgen Warnke mit seiner Hilfe keine Zulieferungen aus dem Ostblock finanzieren. Schließlich schicken die Staatshandelsländer im wesentlichen Waffen in die Dritte Welt. Ebenso verständlich ist, daß mit deutschem Geld keine Waren und Dienstleistungen aus anderen Industrieländern gekauft werden sollen – wenn der deutsche Markt sie in gleicher Qualität und zu gleichem Preis anbietet.

Außerdem binden andere große Geberländer ihre bilaterale Entwicklungshilfe stärker an Lieferverträge als die Bundesrepublik. Die OECD hat für 1982/83 ermittelt, daß 61 Prozent der bilateralen US-Entwicklungshilfe auf diese Weise gebunden sind; die österreichische zu 95, die kanadische zu 84 Prozent, die britische zu 74, die französische zu 56 und die japanische zu 36 Prozent; die deutsche nur zu 21 Prozent. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit errechnete für 1982 sogar nur 4,3 Prozent (ohne Werfthilfeprogramme); für das vergangene Jahr 13,6 Prozent. Es kommt aber auch vor, daß Bonn Finanzierungen verweigert, wenn ein Entwicklungsland keine deutschen Firmen beauftragt.

Jetzt sind nur 13 Prozent der bilateralen finanziellen Leistungen an Lieferverträge gebunden. Trotzdem fließen von einer Mark Entwicklungshilfe 75 Pfennig zurück. Diesen Rückfluß könnte eine stärkere Lieferbindung auch nicht wesentlich erhöhen. Daher ist die Auseinandersetzung überflüssig und schädlich. Zudem fällt sie in eine Zeit, in der die Entwicklungshilfe allgemein heftig kritisiert wird. Angeprangert werden die vielen Industrie-Ruinen, die in den Entwicklungsländern stehen, während Kleinbauern, Handwerker und kleine Gewerbebetriebe auf der Strecke geblieben sind.

Wenn die Bundesregierung die Beschäftigungswirksamkeit überbetont, erweckt sie den Eindruck, sie wolle über die Entwicklungshilfe den deutschen Export stützen; den Industriegüter-Export, der sich als nachteilig erwiesen hat. Die Diskussion drängt die wichtigste Frage in den Hintergrund: Was nützt den Entwicklungsländern?

AUF EIN WORT



„Wer sich wie die Selbstbedienungs-Warenhäuser einer Schlichtung, die den Leistungswettbewerb sichern soll, verweigert, gerät zwangsläufig in den Verdacht, gegen diesen Wettbewerb zu sein. Er läuft überdies Gefahr, ein staatliches Reglement da heraufzubeschwören, wo freiwillige Übereinkünfte der Kaufleute zu marktkonformeren Lösungen führen würden. Dirigistische Eingriffe der Behörden aber sind allemal die schlechteste Lösung für den Handel."

Carl Albert Schiffers, Präsident der IHK Mittlerer Niederrhein.
FOTO: WOLFGANG MAES

AUTOMOBILE

Zulassungszahlen erreichen einen neuen Juli-Rekord

dpa/VWD, Flensburg

Der Boom bei den Kraftfahrzeugzulassungen hielt auch im Juli an; die übliche Saisonabschwächung trat in diesem Sommer nicht ein, berichtete das Kraftfahrtbundesamt, Flensburg. Insgesamt wurden 254 471 Kraftfahrzeuge erstmals in den Verkehr gebracht, das waren 25 890 oder 11,3 Prozent mehr als im Juni dieses Jahres. Die diesjährigen Juli-Zulassungen lagen sogar noch um vier Prozent über dem bisherigen Juli-Höchststand der 1978 mit 244 745 Neuzulassungen erreicht worden war.

Gegenüber Juli 1984 – für den allerdings aufgrund der Arbeitskämpfe das niedrigste Juli-Ergebnis der letzten zehn Jahre registriert worden war – stieg die Zahl der Neuzulassungen um 71 549 oder 39,1 Prozent. Das Bundesamt führt die neuerliche Steigerung auf den Abbau des Anfang des Jahres wegen der Katalysatordiskussion aufgebauten Nachfragestaus im Pkw-Bereich zurück.

In den ersten sieben Monaten 1985 erhielten damit insgesamt knapp 1,7 Millionen fabrikneue Kraftfahrzeuge, darunter fast 1,5 Millionen Personenwagen erstmals die Verkehrserlaubnis. Das waren 4,4 beziehungsweise 2,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Unter den von Januar bis Juli erstmals zugelassenen Pkw waren 46 441 umweltfreundliche Autos mit schadstoffreduzierenden Einrichtungen. Das waren gut drei Prozent der Pkw-Neuzulassungen. Mit „schadstoffarm" bezeichnet das Bundesamt nicht nur Fahrzeuge mit Abgaskatalysatoren sondern alle Pkw – auch Diesel –, die über genehmigte Einrichtungen verfügen, mit denen die Abgaswerte unter die Schadstoffgrenze herabgesetzt werden.

BILANZRICHTLINIEN-GESETZ

Mittelständische Wirtschaft wurde besser berücksichtigt

THOMAS LINKE, Bonn

Der Unterausschuß „Bilanz-Richtlinien-Gesetz" hat die Entwürfe zur Durchführung der vierten siebten und achten EG-Richtlinie zu einem einzigen Gesetzentwurf zusammengefaßt. Mit acht Richtlinien versucht die EG seit 1968 die nationalen Bilanzierungsvorschriften zu harmonsieren. Durch das Bilanzrichtlinien-Gesetz sollen die EG-Normen in nationales Recht eingearbeitet werden. „Die gleichzeitige Anpassung des deutschen Rechts an die drei das Bilanzrecht betreffenden Richtlinien des Rates der EG erspart den betroffenen Kapitalgesellschaften die mehrfache Umstellung ihres Rechnungswesens und damit Kosten", erklärte der Ausschußvorsitzende Herbert Helmrich (CDU).

Die Spitzenverbände der Wirtschaft, die Sozialpartner und ausgewählte Sachverständige sind für den 23. und 24. September zu einer öffentlichen Anhörung eingeladen. Bis Dezember sollen die parlamentarischen Hürden genommen sein, so daß das Gesetz zum 1. Januar 1986 in Kraft treten kann. Nach einer Übergangsfrist müssen dann die Jahresabschlüsse der Kapitalgesellschaften für 1987 erstmals im Frühjahr 1988 nach den neuen Vorschriften aufgestellt werden.

Der Unterausschuß hat die Entwürfe zugunsten der mittelständischen Wirtschaft verändert. Es wird sichergestellt, daß alle Unternehmen, die nicht in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft geführt werden, also insbesondere Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften, nicht mit zusätzlichen Rechtsvorschriften belastet werden. Die „kleine" Aktiengesellschaft wird von der Prüfungspflicht freigestellt und deren Publizität wird erleichtert.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Verband für Sparzinssenkung

Frankfurt (cd.) – Der Sparkassenverband hat gestern in einer beim Bankenaufsichtsamt angemeldeten Tendenzempfehlung den Sparkassen eine Senkung der Sparzinsen nahegelegt. Die einzelnen Kassen sollten unter Berücksichtigung der örtlichen Marktlage prüfen, ob die Sparzinsen der von einem deutlichen Rückgang der Renditen anderer Anlagen geprägten Marktsituation asngepaßt werden müssen. Ob die Sparkassen der Empfehlung ihres Spitzenverbandes auf breiter Front folgen, wird vor allem vom Verhalten der örtlichen Wettbewerber, besonders der genossenschaftlichen Banken abhängen.

Fonds im Aufschwung

Frankfurt (VWD) – Investmentfonds befanden sich im vergangenen Jahr europaweit im Aufschwung. Nach einer Statistik der Europäischen Investmentvereinigung (EIV) stieg das verwaltete Vermögen (Aktien-, Renten-, Immobilien- und Spezialfonds) gegenüber 1983 um 33,6 Prozent auf umgerechnet 316,7 Mrd. DM. Das Vermögen der Wertpapier-Publikumsfonds (Aktien- und Rentenfonds) betrug Ende letzten Jahres 265,2 (194,1) Mrd. DM. Hiervon entfielen 136,7 Mrd. DM auf Aktienfonds und rund 128,5 Mrd. DM auf Rentenfonds. An erster Stelle rangierte Frankreich mit 143,1 (89,3) Mrd. DM vor Großbritannien mit 55,1 (46,2) Mrd. und der Bundesrepublik mit 38,7 (33,1) Mrd. DM.

Rohölimporte gesunken

Frankfurt (VWD) – Die Rohölimporte der Bundesrepublik gingen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 6,1 Prozent auf 38,2 Mill. Tonnen zurück. Nach Erhebungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft brachten es die sechs größten von insgesamt 20 Lieferländern auf einen Anteil von über 79 Prozent, darunter Großbritannien mit 11,2 Mill. Tonnen, Nigeria und Libyen mit jeweils 5,8, Venezuela mit 2,8, Algerien und die UdSSR mit jeweils 2,4 Mill. Tonnen. Gut 33 Prozent des Rohöls stammten aus britischen und norwegischen Ölquellen. Bei einem im Vergleich zum Vorjahr um 52,80 DM auf 659,96 DM gestiegenen Durchschnittspreis betrug die deutsche Rohölrechnung in der Berichtszeit 25,2 (24,7) Mrd. DM.

Klagen eingereicht

New York (VWD) – Wegen des Giftgasunglücks in Institute haben 30 Einwohner des Ortes Schadenersatzklage von 88 Mill. Dollar gegen Union Carbide eingereicht. Die Klagen wurden bei Gerichten in New York und Kanawha County eingereicht. Die Kläger werfen Union Carbide vor allem vor, daß das Unternehmen die Anwohner des Ortes nicht schnell genug und nicht in ausreichendem Umfang über die drohende Gefahr nach dem Unfall am 11. August informiert hatte.

Flipperkurse mit EG-Geld

Genua (VWD) – Mit Ausbildungsbeihilfen aus den Kassen der Europäischen Gemeinschaft sind in der italienischen Region Ligurien angeblich Flipper-, Billard- und Flötenkurse sowie Unterrichtsstunden in Fremdsprachen für Fleischer finanziert worden. Wie gestern in Genua berichtet wurde, sind 13 Personen, darunter Funktionäre der öffentlichen Verwaltung, verhaftet worden. Sieben weitere Ermittlungsverfahren ebenfalls wegen Betruges zu Lasten der EG wurden eingeleitet.

Mittel für Umweltschutz

Bonn (rtr) – Mit einem sofort verfügbaren Sonderkreditprogramm über zunächst 100 Mill. DM will die bundeseigene Lastenausgleichsbank (LAB) kleinen und mittleren Gewerbebetrieben, Kreisen und Gemeinden die Finanzierung des Baus von Produktionsanlagen erleichtern, mit denen umweltschädliche Abfälle oder Reststoffe vermieden oder wesentlich verringert werden.

Weniger Versteigerungen

Osnabrück (VWD) – Die Zahl der Zwangsversteigerungen von Wohnungseigentum könnte 1985 nach Ansicht von Bundesbauminister Schneider einen leichten Abwärtstrend aufweisen, nachdem sie von 33 000 in 1980 auf 58 000 in 1983 zugenommen hatte und sich 1984 auf diesem Niveau hielt. Er vertrat die Ansicht, nicht Arbeitslosigkeit sei die Hauptursache für Finanzierungsschwierigkeiten, sondern Fehleinschätzungen der finanziellen Belastbarkeit und der Selbsthilfeleistungen, Scheidungen oder Krankheit und die Schwankungen der Hypothekenzinsen.

Gespräche mit IWF

Washington (VWD) – Die Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein neues Sparprogramm wird Brasilien wieder aufnehmen. Wie aus IWF-Kreisen bekannt wurde, soll mit dem Programm gewährleistet werden, daß private Banken die langfristigen Verbindlichkeiten des Landes refinanzieren. Spitzenvertreter Brasiliens werden zu den Gesprächen Mitte September in Washington erwartet.

Schalter geschlossen

New York (dpa/VWD) – Der Gouverneur des US-Staates Maryland hat am Dienstag dem seit drei Tagen andauernen Ansturm auf die Einlagen einer der größten Sparkassen des Staates ein Ende gesetzt. Er hat eine dreitägige Schließung der Schalter des finanziell bedrängten Instituts angeordnet. Die Probleme der Community Savings and Loan Association, Bethesda, hatten in der vergangenen Woche begonnen, als die Immobilientochter des Instituts in Schwierigkeiten geraten war.

Gegen Arbed-Subvention

Saarbrücken (dpa/VWD) – Der Bundesverband Junger Unternehmer hat gestern mit einer ungewöhnlichen Aktion gegen die immer höheren Subventionen in der Stahlindustrie und anderen Wirtschaftsbereichen demonstriert. Vor dem Amtssitz der saarländischen Landesregierung enthüllten die Jungunternehmer ein Straßenschild mit der Bezeichnung: „Subventionsallee – Sackgasse". Damit wollten sie – so Verbandsvorsitzender Günter Jucho – unter anderem darauf hinweisen, daß die derzeit noch 14 000 Arbeitsplätze bei der wirtschaftlich angeschlagenen Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, trotz öffentlicher Subventionen und Bürgschaften von mittlerweile 3,5 Mrd. DM keineswegs sicherer geworden seien.

DIW-STUDIE

Telekommunikationsmarkt der EG noch in weiter Ferne

dpa/VWD, Berlin

Die Absicht der EG-Kommission, die Einführung neuer Telekommunikationsdienste zu beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Fernmeldeindustrie zu erhöhen, ist nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, allenfalls langfristig umzusetzen. Vor allem unterschiedliche nationale Interessenlagen stünden einer gemeinsamen EG-Telekommunikationspolitik entgegen.

Eine Abstimmung der Einrichtungen von Post, Telegrafie und Telefon bei Investitions- und Einführungsstrategien für neue Dienste sei weniger problematisch als die Abkehr von nationalen Beschaffungspolitiken. Für die Öffnung der Endgerätemärkte gebe es größere Aussichten als für die technischen Komponenten der öffentlichen Netze. Mindestens sei eine EG-weite Standardisierung der Endgeräte anzustreben.

Das auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht anzustrebende Ziel einer kostengünstigen Herstellung werde in einem gemeinsamen EG-Telekommunikationsmarkt nur durch das Ausscheiden traditioneller Unternehmen der Fernmeldeindustrie zu erreichen sein. Dies könnte für einige Staaten einen starken Abbau oder gar den Verlust der eigenen Telekommunikationsindustrie bedeuten, so daß politische Widerstände zu erwarten seien.

Nationale Technologieförderungsprogramme, wie sie in Frankreich, Italien und Großbritannien vor allem zur Entwicklung digitaler Vermittlungssysteme durchgeführt wurden, wären mit einer konsequenten Politik des offenen Marktes ebenfalls nicht mehr vereinbar.

BÖRSENJUBILÄUM / Pöhl verspricht, den Zinssenkungsspielraum zu nutzen

Vorstoß gegen den Provinzialismus

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Ein größeres Polizeiaufgebot und das dunkle, feine Tuch der in die Paulskirche schreitenden Herren signalisierte den Passanten eine Festivität besonderer Art. Führende Vertreter der Bankwelt, darunter Frankfurts Ehrenbürger Hermann J. Abs, Altbundespräsident Prof. Carstens und Repräsentanten aus Politik und diplomatischem Dienst feierten das 400jährige Bestehen der Frankfurter Wertpapierbörse, der zweitältesten in Deutschland.

Die Notwendigkeit, die führende deutsche Börse zusammen mit den übrigen sieben zu einem Börsenplatz Bundesrepublik weiterzuentwickeln, stand im Mittelpunkt der zahlreichen Grußadressen. Der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger, der besonders die Frankfurter Bemühungen um eine Neuordnung des Börsenwesens voll unterstützt, rief seinen Kollegen in den anderen Bundesländern zu: „Provinzialismus ist das letzte Investitionshemmnis, das wir uns leisten können". Auch Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl drängte auf Entscheidungen, damit die Bundesrepublik im internationalen Finanzmarkt eine Position einnehmen kann, die ihrer Stellung als führende Handelsnation entspricht.

Zur Förderung des Finanzplatzes Deutschland, die von der Bundesbank nach Kräften unterstützt werde, gehöre aber auch eine Abschaffung der Börsenumsatzsteuer, die mehr und mehr zu einer Förderprämie für ausländische Börsenplätze werde. Pöhl versicherte bei dieser Gelegenheit, die Bundesbank werde jeden Spielraum nutzen, der sich für eine Zinssenkung ergeben mag; sie wolle sich aber nicht zu forcierten Schritten drängen lassen, die nur die Gefahr eines Rückschlages vergrößerten.

An die Unternehmen appellierte der Notenbankchef, mit einer aktionärsfreundlichen Dividendenpolitik und verstärkten Nutzung der Aktie als Finanzierungsinstrument dazu beizutragen, daß private deutsche Anleger die Aktie, die in der Vermögensbildung immer noch ein Schattendasein führe, vor allem auch für die Altersversorgung wieder mehr entdecken.

Darin ist er sich mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele, einig, der im Aktiensparen eine dritte Säule selbstverantwortlicher Lebensvorsorge sieht, die wegen der zunehmenden Zahl älterer Bürger und des Schrumpfens der nachwachsenden Generation immer wichtiger werde.

„Am besten", so Häfele, „wäre es, wenn die Börsen in den kommenden Jahrzehnten vollends den Durchbruch zum ‚Volkskapitalismus' schaffen und zur Drehscheibe für ‚Eigentum für alle' würden."

HOECHST / Die Inlandsgesellschaften legten kräftig zu

Importierter Ertragsknick

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Selbst wenn „die Gesamtkonjunktur sich abflachen und der Dollarkurs weiter nachgeben sollte", rechnet der Vorstand der Hoechst AG, Frankfurt, auch für die zweite Jahreshälfte mit einem „befriedigenden Geschäftsverlauf". Schon über das erste Halbjahr können die Hoechster sich nicht beklagen.

Für die ersten sechs Monate weist der weltweit tätige Chemiekonzern einen Gewinn vor Steuern von 1,65 (1,48) Mrd. DM aus, gut elf Prozent mehr als zur Vorjahres-Halbzeit. Leicht getrübt wird das erfreuliche Bild lediglich dadurch, daß die Steigerung allein im ersten Quartal erzielt wurde. Mit 807 Mill. DM lag der weltweite Gewinn vor Steuern im zweiten Quartal sowohl unter den 840 Mill. DM der ersten drei Monate als auch unter den 827 Mill. DM des zweiten Quartals 1984.

Ursache des Knicks in der Ertragsentwicklung dürfte unter anderem das US-Geschäft gewesen sein. Wie andere amerikanische Chemieunternehmen, geriet auch die American Hoechst Corporation mit wesentlichen Sortimentsteilen unter den Druck sowohl einer schwächeren US-Binnennachfrage als auch der im Gefolge des hohen Dollarkurses gewachsenen Importe. Abwärts zeigten die Ertragskurven auch in Südafrika und Argentinien. So waren es im wesentlichen die Inlandsgesellschaften, die zur Ergebnisverbesserung beitrugen.

Bei der Muttergesellschaft lag denn auch der Gewinn vor Steuern mit 813 (644) Mill. DM im ersten Halbjahr um gut 26 Prozent über dem Vorjahreswert. Hier kam es mit 411 Mill. DM von April bis Juni zu einer Steigerung sowohl gegenüber dem Vorquartal (402 Mill. DM) als auch gegenüber dem zweiten Quartal 1984 (338 Mill. DM). Für das Weltgeschäft wie auch für die AG gilt, daß die Erträge deutlich schneller gewachsen sind als die Umsätze: Der Weltumsatz erreichte mit 22,2 (20,7) Mrd. DM im ersten Halbjahr ein Plus von gut sieben Prozent, die AG setzte mit 7,9 (7,2) Mrd. DM neun Prozent mehr um als 1984. Damit stieg die Brutto-Umsatzrendite weltweit auf 7,4 (7,1) Prozent bei der AG auf 10,3 (8,9) Prozent.

SÜDAFRIKA / Stärkster Warenaustausch mit der Bundesrepublik und den USA

Ein reger Handel mit den Nachbarn

dpa/VWD, Hamburg

Die Diskussion um wirtschaftliche Sanktionen gegen die Republik Südafrika wirft die Frage auf, welche Länder intensive Handelsbeziehungen mit Südafrika unterhalten. So wird beispielsweise häufig vergessen, daß trotz aller Verdammungen durch die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) rund 40 schwarzafrikanische Staaten – angefangen bei Botswana über Moçambique bis hin zu Zimbabwe – Handel mit Pretoria treiben. Viele haben kaum eine andere Wahl; sie sind auf Südafrikas Transportwege angewiesen, um ihre Waren ausführen zu können.

Offizielle Statistiken zeigen die wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen Südafrikas zum Westen:

● Bundesrepublik: Deutsche Warenlieferungen machen rund 15 Prozent aller südafrikanischen Einfuhren aus. Der Wert der deutschen Lieferungen betrug 1984 knapp 2,4 Mrd. Dollar (6,7 Mrd DM). Vorwiegend verkaufen die Deutschen Fahrzeuge, Maschinen, elektrotechnische und chemische Produkte. Umgekehrt ist die Bundesrepublik für Südafrika der fünftwichtigste Absatzmarkt. 1984 exportierte Südafrika Waren – vor allem Rohstoffe (wie Kupfer und Gold) – im Wert von insgesamt 1,1 Mrd. Dollar in die Bundesrepublik. Knapp 300 deutsche Firmen unterhalten Tochtergesellschaften in Südafrika. Der Bestand an deutschen Direktinvestitionen wurde Ende 1983 mit 2,2 Mrd. DM veranschlagt. Die Bundesregierung lehnt wirtschaftliche Druckmittel ab.

● USA: Die Exporte nach Südafrika betrugen 1984 insgesamt rund 2,37 Mrd. Dollar; für 1,45 Mrd. Dollar importierten die USA Waren aus Südafrika. Damit sind die Vereinigten Staaten mit der Bundesrepublik der wichtigste Handelspartner. Die US-Direktinvestitionen in Südafrika wurden Ende 1983 mit 2,3 Mrd. Dollar beziffert. Unter amerikanischen Kongreßabgeordneten werden die Forderungen nach Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika immer lauter, während Präsident Reagan bislang an der Politik des „konstruktiven Engagements" – also Reformen auf dem Wege der Zusammenarbeit – festhält.

● Japan: Südafrika ist für das rohstoffarme Japan einer der wichtigsten Lieferanten qualitativ hochwertiger Kohle und Erze. Die Einfuhr aus Südafrika betrug im vergangenen Jahr 1,3 Mrd. Dollar. Japan exportierte nach Südafrika Güter für 1,9 Mrd. Dollar. In Japan hieß es, ein japanisches Handelsembargo gegen Südafrika sei unwahrscheinlich.

● Großbritannien: Die Ausfuhren nach Südafrika erreichten 1984 einen Wert von 1,66 Mrd. Dollar; die Einfuhren betrugen rund 945 Mill. Dollar. Dem britischen Magazin „The Economist" zufolge stammen rund 55 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in Südafrika aus Großbritannien. Das wären rund acht Milliarden Dollar. Die Briten lehnen Sanktionen ab.

● Schweiz: 1984 betrugen die Ausfuhren nach Südafrika etwa 265 Mill. Dollar. Erheblich umfangreicher war der Handel in die andere Richtung: Die Schweiz bezog Waren aus Südafrika im Wert von rund 1,2 Mrd. Dollar. Die schweizerischen Gesamtinvestitionen in Südafrika betrugen 1982 (neuere Zahlen liegen nicht vor) rund 1,34 Mrd. Dollar.

● Italien: Für rund 500 Mill. Dollar exportierte Italien 1984 Güter nach Südafrika. In umgekehrter Richtung machte der Handel 442 Mill. Dollar aus. Etwa 60 000 Italiener leben und arbeiten in Südafrika. Die italienische Regierung steht Sanktionen skeptisch gegenüber.

● Frankreich: Die Franzosen belieferten Südafrika 1984 mit Waren und Gütern im Wert von 568 Mill. Dollar. Dem standen Einfuhren aus Südafrika von 385 Mill. Dollar gegenüber. Die französischen Investitionen in Südafrika werden auf insgesamt rund 1,5 Mrd. Dollar veranschlagt. Frankreich hat einen sofortigen Stopp für französische Investitionen in Südafrika erlassen und sich bereiterklärt, internationale Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika mitzutragen.

BASF / Wachstum wesentlich vom Ausland getragen

Sprung im zweiten Quartal

JOACHIM WEBER, Ludwigshafen

Mit kräftigen Ertragssteigerungen der weltweiten Chemiegruppe ebenso wie der Muttergesellschaft wartet die BASF AG, Ludwigshafen, zur Jahresmitte 1985 auf. Bis Ende Juni ist das Welt-Ergebnis vor Steuern um 37 Prozent auf 1,72 (1,25) Mrd. DM, der Gewinn der AG (ebenfalls vor Steuern) um fast 40 Prozent auf 790 (566) Mill. DM gestiegen.

Dabei ergab sich auch eine erhebliche Beschleunigung gegenüber den ersten drei Monaten des laufenden Jahres, in dem Ertragszuwächse von 16 Prozent im Weltgeschäft und 15 Prozent in der AG ausgewiesen worden waren. Mit 977 Mill. DM – zum Vergleich: das Gesamtergebnis 1982 von 1022 Mill. DM – wurden weltweit vor Steuern fast 32 Prozent mehr verdient als im ersten Quartal und fast 60 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Noch deutlicher der Ertragssprung bei der AG: Die 484 Mill. DM vor Steuern des zweiten Quartals bedeuten eine Steigerung um gut 58 Prozent gegenüber den ersten drei Monaten und um gut 61 Prozent im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahrs.

Zum höheren Ergebnis trug zum einen die bessere Kapazitätsauslastung im Gefolge des weiterhin gestiegenen Geschäftsvolumens bei. So nahm der Umsatz der weltweiten Gruppe um elf Prozent auf 22,4 (20,2) Mrd. DM zu, die AG kam mit 10,4 (9,9) Mrd. DM auf ein Plus von gut fünf Prozent. Zum anderen blieben auch außerordentliche Belastungen im neutralen Bereich aus, und der geringere Druck aus der Währungsumrechnung kam dem Ergebnis ebenfalls zugute.

Das Umsatzwachstum wurde wieder zu einem wesentlichen Teil vom Ausland getragen, wo die Zuwachsraten über denen der Inlandsgesellschaften lagen. Besonders erfolgreich waren dabei die Töchter in Nord- und Südamerika. Die divergierende Entwicklung spiegelt sich auch in den Zahlen der AG wider. Während ihr Auslandsgeschäft um 10 Prozent auf 6,6 (6) Mrd. DM zunahm, ging der Inlandsumsatz um 1,7 Prozent auf 3,84 (3,91) Mrd. DM zurück.

Rheinmetall leicht optimistisch

tb. Berlin

Die Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf, will die WMF in ihrem Konsolidierungskreis behalten. Die unternehmerische Politik der Risikoverteilung auf mehrere Bereiche gilt heute ebenso wie vor fünf Jahren, erklärte Vorstandsvorsitzender Hans U. Brauner gestern auf der Hauptversammlung in Berlin. Rheinmetall hat am 19. Juli eine Ministererlaubnis beantragt, um sich gegen eine Entflechtung zu wehren. Denn im Juni hatte sich der Bundesgerichtshof der ablehnenden Auffassung des Bundeskartellamtes zur Fusion angeschlossen. Das Unternehmen hält seit 1979 die Mehrheit der stimmberechtigten Aktien, kann seine Rechte aufgrund des Streits aber nicht nutzen.

Das laufende Geschäftsjahr beurteilt die Rheinmetall-Verwaltung mit verhaltenem Optimismus. Mit dem Umsatzanstieg um 5,1 Prozent auf 1,18 Mrd. DM im ersten Halbjahr ist man zufrieden. Im Bereich Maschinenbau hat sich Rheinmetall von einer Reihe kleinerer Firmen getrennt, deren Wachstums- und Ertragspotential im Hinblick auf die Gruppenstrategie nicht ausreichte. Dieser Rückzug betraf rund 30 Mill. DM Umsatz. Für das ganze Jahr erwartet man einen Umsatzzuwachs in der Gruppe von 4 Prozent. Durch stark reduzierte Bestellungen in der Wehrtechnik lag der Auftragseingang mit 1,18 Mrd. DM um 15 Prozent unter dem Vorjahreswert, während der Auftragsbestand mit 2,29 Mrd. DM um 15,4 Prozent höher war als vor einem Jahr. Das Ergebnis entspricht bisher den Erwartungen.

Die Handelsbilanz hat Paris enttäuscht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Handelsbilanz hat sich überraschend stark verschlechtert. Nach einem Überschuß von knapp 2 Milliarden Franc im Juni schloß sie im Juli mit einem Defizit von 3,8 Milliarden Franc ab. Damit wurde der monatsdurchschnittliche Passivsaldo des ersten Halbjahres (2,4 Milliarden Franc) erheblich übertroffen. Selbst Außenhandelsministerin Edith Cresson, die sonst um Verschönerungen nicht verlegen ist, bezeichnete das Ergebnis als enttäuschend.

Für den Rückschlag sind vor allem die Importe verantwortlich, die im letzten Monat um 5,7 Prozent auf 78,14 Milliarden Franc (fob) zunahmen und damit ihr Vorjahresniveau um 12,2 Prozent übertrafen, obwohl sich die in der Menge konstant gebliebene Mineralöleinfuhr als wichtigster Einfuhrposten verbilligt hatte. Um so stärker sind die Investitionsgüterimporte gestiegen. Die darin zum Ausdruck kommende Zunahme der Investitionstätigkeit ist zwar positiv zu bewerten, sie stößt aber immer mehr auf die strukturellen Schwächen der heimischen Investitionsgüterindustrie.

Andererseits schrumpfte der französische Export gegenüber Juni um 2,1 Prozent auf 74,3 Milliarden Franc (fob). Dies lag zum Teil an der wahrscheinlich nur vorübergehenden Abnahme der zuvor stark erhöhten Agrarexporte. Auch lief diesmal kein neuer Airbus durch den Zoll. Darüber hinaus aber verstärkten sich die Anzeichen für eine nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Esso schließt Ethylenanlage

Hamburg (dpa/VWD) – Die Esso Chemie GmbH, Köln, will den Betrieb der Kölner Ethylenanlage zum Jahresende 1985 einstellen. Als Grund wurde eine unzureichende Nachfrage für das in Köln hergestellte Ethylen angegeben. Von der geplanten Stillegung sind etwa 350 Mitarbeiter betroffen. Für rund die Hälfte von ihnen bestehe ein Programm zur vorzeitigen Pensionierung. Für etwa 175 der von der Stillegung betroffenen Arbeitnehmer wurden die Verhandlungen mit dem Betriebsrat über einen Sozialplan eingeleitet.

Val. Mehler kommt voran

Frankfurt (adh.) – Auf rund 160 Mill. DM veranschlagt der Vorstand der Val. Mehler AG, Fulda, den im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) erreichten Umsatz im Bekleidungsbereich. Damit weisen die verselbständigten Konfektionssparten – Valmeline-Bekleidung, Trend-Tex und Fulwiline – beim addierten Umsatz ein Plus von 14,5 Prozent aus. Mit dieser Entwicklung werde der Bekleidungsbereich zur bereits im Vorjahr deutlich verbesserten Ertragslage der Muttergesellschaft Val. Mehler „wieder spürbar beitragen", heißt es in einer Unternehmensmitteilung. Die Muttergesellschaft, die sich auf technische Textilien spezialisiert hat, erreichte im ersten Halbjahr 1984/85 rund 110 Mill. DM Umsatz (plus 18 Prozent).

NEC verkauft selbst

Düsseldorf (Py.) – Seit Beginn dieses Jahres hat die NEC Home Electronics (Europe) GmbH den Vertrieb aller Produkte der Unterhaltungselektronik in eigener Regie übernommen. Der japanische Konzern hat seine Tochtergesellschaft in Neuss mit dem Vertrieb an rund 600 Fachhändler beauftragt. Weltweit erzielte die NEC Corp. 1984/85 einen Umsatz von rund 25 Mrd. DM. Die Zahl der Beschäftigten liegt bei 80 000. In der Bundesrepublik arbeiten vier Tochtergesellschaften mit rund 300 Beschäftigten.

Kapazität wird erweitert

Braunschweig (W. K.) – Im Braunschweiger Halbleiterwerk der Toshiba Corporation ist jetzt das Richtfest für den zweiten Bauabschnitt gefeiert worden. Die Braunschweiger Fertigungsstätte Toshiba Semiconductor GmbH hatte bereits vor 14 Monaten mit der Produktion in Braunschweig begonnen, und zwar mit knapp 130 Mitarbeitern. Durch den Erweiterungsbau, der 60 Mill. DM kostet, wird es Ende dieses Jahres möglich sein, 30 bis 70 neue Mitarbeiter einzustellen.

Gericht: Geheimnis lüften

Wilmington (VWD) – Ein US-Bundesgericht hat auf Klage einiger Abfüller entschieden, daß Coca-Cola Co. diesen die Herstellungsformel für seine Getränke bekanntgegeben soll. Coca-Cola lehnt dies nach wie vor ab. Nach der Entscheidung soll Coca-Cola den Vertrauensleuten der Abfüller die Herstellungsformel mitteilen, damit diese von unabhängigen Sachverständigen prüfen lassen könnten, daß es sich nicht um die gleiche Zusammensetzung handelt. Einige der Abfüller hatten argumentiert, daß zumindest das Diät-Getränk und das neue Cola-Getränk identisch seien. Sie wollten daher den Sirup zur Herstellung zum gleichen Preis kaufen.

Umsatzrückgang

Herford (Hdt.) – Um fünf Prozent auf 480 Mill. DM ging 1984 der Umsatz der Milchwerke Westfalen eG, Herford, zurück, obwohl der Absatz von flüssigen Milchprodukten und Butter leicht, der von Käse sogar um 21 Prozent anstieg. Positiv entwickelte sich im Unternehmen auch der Absatz mit Humana-Kindernahrung, der im Inland um 10,5 Prozent zunahm. Wichtigster Abnehmer im Exportbereich ist nach wie vor Italien. Für 1985 wird mit einem unveränderten Umsatz gerechnet.

Eisenbahnerstreik in der nächsten Woche

WILHELM FURLER, London

Schon in der nächsten Woche wird es in Großbritannien aller Voraussicht nach zu einem streikbedingten Zusammenbruch des Eisenbahnverkehrs kommen. Dahinter steht die unnachgiebige Haltung der Zugbegleiter in Diensten der Staatsbahn British Rail gegen die Einführung des Betriebs von Güterzügen und Nahverkehrszügen ohne Zugbegleiter. Gespräche zwischen dem Management von British Rail und der Nationalen Eisenbahnergewerkschaft NUR über eine Beilegung des seit Jahren schwelenden Konflikts sind jetzt in London ergebnislos abgebrochen worden.

Damit wird eine für Ende des Monats angesetzte Urabstimmung der rund 11 000 Zugbegleiter – in der überwiegenden Zahl ehemalige Heizer und Bremser – bereits morgen abgehalten. British Rail hat inzwischen fast 300 Zugbegleiter entlassen, die sich weigerten, an dem in einigen Teilen des Landes probeweise eingeführten Betrieb von Zügen nur mit einem Lokomotivführer mitzuarbeiten, ihn sogar sabotierten.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Abstimmung die erforderliche einfache Mehrheit für eine landesweite Streikaktion der Zugbegleiter hervorbringt. Schon jetzt kommt es im Eisenbahnverkehr in den Großräumen London, Glasgow und Südwales aufgrund spontaner Arbeitsniederlegungen zu teilweise erheblichen Unterbrechungen und Verzögerungen.

Wie ein Sprecher von British Rail gegenüber der WELT erklärte, werde mit dem Betrieb von Zügen ohne Zugbegleiter auf Güterzügen und auf bestimmten Nahverkehrsstrecken nach einer Zeit von etwa fünf Jahren ein Betrag von jährlich 27 Mill. Pfund (mehr als 100 Mill. DM) eingespart, davon allein 20 Mill. Pfund im Güterzug-Bereich.

Hamburg begründet seine Klage

THOMAS LINKE, Bonn

„Wir wollen nicht, daß der Föderalismus durch die kalte Küche ausgehebelt wird." Mit diesen Worten begründete Hamburgs Finanzsenator Horst Gobrecht (SPD) in Bonn die Normenkontrollanträge der Hansestadt vor dem Verfassungsgericht gegen Vorschriften des Zerlegungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. Beide Gesetze regeln im einzelnen den vom Grundgesetz geforderten Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder.

Hamburg glaubt durch die Zerlegung bei der Lohnsteuer benachteiligt zu sein. Denn nach einer Untersuchung arbeiten 170 000 Bürger in Hamburg, wohnen aber im Umland. Entsprechend dem Gesetz zahlen sie ihre Lohnsteuer jedoch in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen. Dem Stadtstadt gehen durch diese Regelung 150 Millionen Mark an Steuereinnahmen verloren. Darum kämpft Hamburg gegen diese Zerlegung der Lohnsteuer bei Berufspendlern.

Auch beim Finanzausgleich meint Hamburg – eines der drei Geberländer – zu viel bezahlen zu müssen. Um den im Vergleich zu Flächenländern höheren Finanzbedarf der Stadtstaaten zu berücksichtigen, wird die Einwohnerzahl von Bremen und Hamburg zwar schon mit 135 Prozent bewertet. Aber die Hansestadt vertritt die Auffassung, daß der Prozentsatz noch höher liegen müßte. Nur dann könnte Hamburg als Stadtstaat und größter Hafen der Bundesrepublik seine ihm gestellten Aufgaben erfüllen.

Im vergangenen Jahr bezahlte Hamburg 293 Millionen Mark. Baden-Württemberg trug 1,46 Milliarden Mark zum Finanzausgleich bei und Hessen 575 Millionen Mark.

GROSSBRITANNIEN / EWS-Beitritt wird gefordert

Schlechte Prognosen für 1986

WILHELM FURLER, London

Der relativ hohe Pfundkurs wird das Wirtschaftswachstum in Großbritannien erheblich beeinträchtigen. Zu dieser negativen Beurteilung sieht sich das angesehene Nationalinstitut für Wirtschafts- und Sozialforschung in London veranlaßt. Es sagt in seiner Sommer-Studie voraus, daß die britische Wirtschaft im kommenden Jahr nahezu stagnieren wird. Wörtlich heißt es: „Die lange Phase stetiger, wengleich mäßiger Expansion dürfte schon bald zu Ende gehen."

Das Wirtschaftsforschungsinstitut rechnet damit, daß sich die reale Wachstumsrate um mehr als die Hälfte verringern wird, nämlich von geschätzten 3,6 Prozent in diesem Jahr auf nur noch 1,4 Prozent 1986. In der gleichen Zeit werde allerdings die Inflationsrate von durchschnittlich 5,5 Prozent auf 3,5 Prozent fallen, was in etwa der Regierungs-Projektion entspricht. Aber wegen der Wachstumsschwäche dürfte sich die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Jahr auf 3,3 Millionen (4. Quartal) erhöhen. Gegenwärtig sind 3,175 Millionen erwachsene Briten ohne Arbeit.

Vorbehaltlos setzt sich das Institut für einen Vollbeitritt Großbritanniens zum Europäischen Währungsverbund EWS ein. Eine Wechselkurspolitik innerhalb des EWS hätte eine erheblich bessere Grundlage für Stabilität an den Finanzmärkten gebildet, als die monetäre Strategie der Regierung Thatcher seit der Amtsaufnahme 1979. Während der vergangenen fünf Jahre hätten die großen Schwünge im Wechselkurs der britischen Wirtschaft erheblichen Schaden zugefügt.

Am gleichen Tag wiederholte der britische Industrieverband CBI seine Forderung nach einer „scharfen" Reduzierung des Zinsniveaus und nach einer Pfund-Abwertung. Der CBI, der sich ebenfalls für einen vollen EWS-Beitritt einsetzt, verweist dabei insbesondere auf die jüngste Zinssenkung in der Bundesrepublik.

NAMEN

Eberhard Winkler, Vorstandsmitglied der Berliner Bank AG, Berlin, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Dr. **Rolf Mildenberg**, Direktor der Verkaufsgesellschaft für Teererzeugnisse (VfT) mbH, Essen, wird heute 60 Jahre.

Heinrich W. Müller, Inhaber und Geschäftsführer der Firmengruppe MC-Bauchemie, Chemische Fabriken, Essen und Bottrop, vollendet am 23. August 1985 das 70. Lebensjahr.

Hans Fingers, Wuppertal, seit 1973 Vorsitzender des Bundesverbandes der deutschen Fischindustrie und Fischgroßhandels e. V., feiert am 24. August 1985 den 60. Geburtstag.

Gunther Gustafsen, Gesellschafter der Treugarant Treuhand- und Beratungs-GmbH Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg/Kiel, wurde am 19. August 1985 60 Jahre.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: Autohaus Troullier GmbH, Bad Honnef; **Bremen:** Nachl. d. Hans Artur Finke; **Coburg:** BR-Heizungsbauges. mbH, Rödental; BR-Wohnungsbauges. mbH in Rödental, Rödental; **Essen:** Ortrud Maurer, Kauffrau; **Freiburg:** Nachl. d. Rolf Josef Behringer, Titisee-Neustadt; **Gelsenkirchen:** Heinz-Gerd Sokolisch, Gladbeck; **Kleve:** Josef de Ryck, Kaufmann, Bedburg-Hau; Bernhard Voss, Bauunternehmer, Kevelaer; **Köln:** Bergfelder Beteiligungs-Ges. mbH; **Krefeld:** Nachl. d. Franz Gustav Krumholz, Nettetal 1; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Heinrich Leonhard – genannt Heinz Leo – Viethen; **Schwarzenbek:** Fritz Harnischmacher, Kaufmann, Mölln; **St. Ingbert:** Zinngießerei Thielen GmbH; **Tübingen:** Nachl. d. Klara Falkenhain geb. Stelzer, Gomaringen; **Winsen/Luhe:** Papenhagen Maschinen- und Fahrzeugbau GmbH, Seevetal 2.

Vergleich eröffnet: Hannover: Georg Schmidt, Hochbautechniker, Seelze 5 (OT Lohnde).

Vergleich beantragt: Hameln: Carl Bredemeyer, OHG i. Liquidation.

EINWEGGEBINDE / Pro-Mehrweg-Präsident Zielasko: Wir wollen keine Verbote, sondern Wettbewerbsgleichheit

„Pfand auf Dosen schafft Arbeitsplätze"

HANS BAUMANN, Duisburg

„Wir wollen keine Verbote, wir wollen Wettbewerbsgleichheit zwischen den Einweg- und den Mehrweggebinden bei Bier, Brunnen und anderen alkoholfreien Getränken in Endverbrauchergebinden." Das sagt Werner Zielasko, Präsident des Vereines pro Mehrweg und Vorsitzender des Vorstandes des Deutschen Getränkefachgroßhandels in einem Gespräch mit der WELT. Am 30. September wird in Bonn ein Hearing stattfinden, an dem der BDI, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Verein pro Mehrweg und der Bierfachgroßhandel teilnehmen.

Für Werner Zielasko gibt es keinen Zweifel, daß nach der dritten Lesung der Neufassung des Paragraphen 14 des Abfallbeseitigungsgesetzes der Weg für die Bundesregierung frei ist, im Wege der Verordnung die Bepfandung der Gebinde aus den erwähnten Bereichen auch für Einwegware zu veranlassen, die Kennzeichnungspflicht („Einwegverpackung") einzuführen und eine sogenannte Lex Aldi zu erlassen, die es Discountern vorschreibt, neben Einwegware auch Mehrwegprodukte des gleichen Erzeugnisses zu führen. Im Frühjahr 1986 könnten dann die Verordnungen nach Zielasko erlassen werden, womit nach eigenen Worten ein schwieriger Weg beginnt, weil auch hier der Teufel im Detail steckt.

Zielasko, der am liebsten den Siegeszug der Einweggebinde zusammen mit der Industrie auf freiwilliger Basis gebremst hätte, merkt an, daß es für den Lebensmitteleinzelhandel gar keine andere Regelung als die Bepfandung von Gebinden in den aufgeführten Bereichen gebe. Nur die Dose komme künftig hinzu, womit ein wettbewerbliches Ungleichgewicht beseitigt werde. Zudem schaffe Pfand auf Dosen Arbeitsplätze und entlaste die Umwelt in erheblichem Maße.

In welchem Maße die Einwegdose dem Mittelstand schade, schildert Zielasko am Beispiel Amerika. Hier sei der Markt für Bier, alkoholfreie Getränke und für Brunnen umgekippt, als der Einweganteil 35 Prozent erreicht habe. Im gleichen Augenblick habe es eine Welle von Konzentration in der US-Getränkewirtschaft gegeben, bei der der Mittelstand unter die Räder gekommen sei.

Werde der Siegeszug der Einwegdose zu Niedrigpreisen nicht gestoppt, so drohe auch in der Bundesrepublik der Biermarkt zu kippen, denn alle großen Brauereien würden dann auch auf diesen Markt vorstoßen und den Mittelstand weiter unter Druck setzen. Nach Zielasko würden dann „mindestens 10 weitere Dosenfüllanlagen arbeiten".

Da der Konsument sehr preiskritisch geworden sei, ist Zielasko sicher, daß er immer häufiger nach der Halbliterdose für Bier greife, wenn sie 79 oder 89 Pfennig koste gegenüber 1,20 Mark in der Halbliter-Mehrwegflasche. Dabei aber bleibe die mittelständische Brauwirtschaft auf der Strecke, die nicht in der Lage sei, ihre Einweggebinde über die Mehrwegware zu subventionieren.

Der Verein pro Mehrweg hofft immer noch, daß auch nach einer Novellierung des Paragraphen 14 des Abfallbeseitigungsgesetzes keine Verordnung erforderlich wird, um dem Einweggebinde Grenzen zu setzen. Industrie, Wirtschaft und auch der Handel hätten es dann immer noch in der Hand, den Einwegmarkt durch angemessene Preise in Grenzen zu halten. Zielasko: „Die Erhaltung der umweltfreundlichen Mehrweggebinde in der Getränkewirtschaft spart Kosten, Energie, schafft Arbeitsplätze und schont den Mittelstand."



Auch Pfandbriefe in Bewegung

Die Tendenz bei den öffentlichen Anleihen wurde weiterhin von den Ausländern gemacht. Ihre Käufe ließen deren Kurse bis zu 0,40 Prozentpunkte anziehen. Die letzte 6¾prozentige Bundesanleihe stellt sich bereits auf 101,80 Prozent. Bei den Bundesobligationen kamen die Kurse nur noch bis zu 0,05 Prozentpunkte voran. Inländische Anleger weichen zunehmend auf Pfandbriefe aus, deren Rendite nun auch ins Rutschen gekommen sind. Für zehnjährige Titel wurden im Handel unter Banken nur noch 6,95 Prozent genannt, für fünfjährige 6,38 Prozent.

M	6½ dgl. Pf 3	96G	96G
M	6½ dgl. Pf 12	95,5G	95,5G
M	7 dgl. Pf 20	102,5G	102,5G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	101,5	101,5G
B	6 dgl. Pf 34	100G	100G
B	6½ dgl. Pf 37	100,6	100,4G
Hn	5 BrHam. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	98,75G	98,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	103,75G	103,75G
Hn	6 dgl. KS 29	89,25G	89,25G
Hn	7 dgl. KS 30	102,2G	102,2G

D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	100,75G	100,75G
D	6½ dgl. Pf 67	95G	95G
D	5½ dgl. KO 34E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	80,5G	80,5G
S	7 dgl. Pf 125	102,5G	102,5G
S	7 dgl. Pf 128	99,5G	99,5G
S	8 dgl. Pf 177	100G	100G
S	6 dgl. KS 77	89G	89G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G

F	7½ dgl. 71/86	100,5T	ausg.
F	7½ dgl. 76/87	101,25T	101,25T
F	7½ Klöckner W. 71/86	100,15G	100,15G
F	8 dgl. 72/87	101bB	101bB
F	6 NWK 61/86	100,1G	100,1G
F	6 dgl. 62/87	100,7G	100,7
F	6 Ob.Don.Krwk. 64/89	99G	99G
F	6 Rh.Braw. 63/89	98,5bG	98,5bG
F	6 dgl. 65/90	98,15	98,15
F	6 RWE 63/88	99,3G	99,25bG
F	6 dgl. 65/90	98,5	98,15bG
F	7½ dgl. 71/86	100,7T	100,7T
F	7 dgl. 72/87	100,5G	100,5G

F	7½ dgl. 84 S.50	11/89	105,9	105,9
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	105,05	105
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	102,15	102,15bG
F	7½ dgl. 85 S.53	3/90	105,55	105,55
F	7 dgl. 85 S.54	4/90	102,65	102,6

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	102,35G	102,5

M	5½ dgl. Pf 11	135,5G	135,5G
M	6 dgl. Pf 34	85G	85bG
M	6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M	6½ dgl. Pf 10	92,5G	92,5G
M	6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M	6 Ldo. Aufb. IS 15	100,7G	100,7G
M	6 dgl. IS 16	100,9G	100,9G
M	6 dgl. IS 17	100,8G	100,8G
M	8½ dgl. KO 49	100G	100G
M	8½ dgl. KO 48	100,1G	100,1G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	102,5G	102,5bG
M	5 Bayer.Verbk. Pf 11	124G	124G
M	6 dgl. Pf 4	98,75G	98,5G

Warenpreise – Termine

Angeführt von einem Rückgang bei Platin gaben die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex nach. Sowohl Gold als auch Silber schlossen schwächer, ebenfalls Kupfer. Dagegen kam es bei Kaffee und Kakao zu leichten Aufschlägen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	20.8.	19.8.
Sept.	288,50	287,50
Dez.	294,00	302,25
März	300,75	307,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	20.8.	19.8.
St. Lawrence 1 CW	unerh.	228,89
Amber Durum	–	225,94

Gerste Winnipeg (can. $/t)	20.8.	19.8.
Okt.	114,20	115,80
Dez.	116,30	116,40
März	118,90	119,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	20.8.	19.8.
Terminkontr. Sept.	136,38	134,00
Dez.	139,55	139,40
März	141,00	140,45

Kakao New York ($/t)	20.8.	19.8.
Terminkontr. Sept.	2094	2085
Dez.	2172	2161
März	2210	2208
Umsatz	2748	2717

Zucker New York (c/lb)	20.8.	19.8.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,13	4,10
Okt.	4,30	4,22
Jan.	4,40	4,40
März	4,77	4,71

Zucker London (£/t) Nr. 6	20.8.	19.8.
Okt.	118,40-118,80	117,40-117,60
Dez.	121,80-122,00	119,20-119,40
März	130,40-130,60	129,80-129,30
Umsatz	2092	1878

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	21.8.	20.8.
schw. Sarawak spez.	697,50	690,00
weißer Sarawak	878,00	878,00
weißer Muntok	880,00	880,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	42,37	43,75
Okt.	36,70	36,50
Dez.	38,45	38,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	44,65	46,65
Feb.	56,75	56,80
März	56,30	56,55

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	158,00	156,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	432,50	415,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr 1 cif		
Rotterdam	242,00	247,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	20.8.	19.8.
Aug.	12947	12942
Sept.	12740	12730

Kautschuk London (p/kg)	20.8.	19.8.
Nr. 1 RSS loco	62,00-64,00	62,00-64,00
Sept.	–62,00	–62,00
Okt.	–65,00	–65,00
Nov	–65,00	–65,00
Tendenz: ruhig		

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und -beisteller

Messingnotierungen

	21.8.	20.8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	354-359	335-359
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	482-485	482-485
MS 63	394-398	394-398

Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	450,25	447,15
3 Monate	462,50	459,45
6 Monate	474,05	470,75
12 Monate	497,75	494,50

Platin (£/Feinunze) London	20.8.	19.8.
fr. Markt	235,80	237,05

Palladium (£/Feinunze) London		
f. Händlerpreis	75,50	77,50

Zink (£/t) mittags	526,00-527,00	533,00-535,00
3 Monate	530,00-531,00	538,00-539,00
Zinn (£/t) mittags	9095-9100	9100-9105
3 Monate	9062-9065	9065-9070
Quecksilber ($/Fl.)	–	285-290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	64-70

Wir trauern um

Hans-Joachim Laabs

Sozialpädagoge

* 20. 8. 1936 † 19. 8. 1985

Ein tragischer Unfalltod beendete seine vieljährige, erfolgreiche therapeutische Arbeit mit Abhängigkeitskranken.
Sein von innen kommender Einsatz, seine menschliche Wärme und Reife haben bei vielen Menschen tiefe Spuren hinterlassen.
Auch in der kurzen Zeit seiner Mitarbeit in unserem Hause wurden ihm von Patienten und Kollegen Achtung und Zuneigung entgegengebracht.

Leitung und Mitarbeiter des
Privatsanatoriums für Alkoholkranke
Landhaus Sonnenberg, Wolfgang Käflein
6120 Erbach-Erbuch

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 23. August 1985, um 14 Uhr auf dem Friedhof in 5238 Hachenburg statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

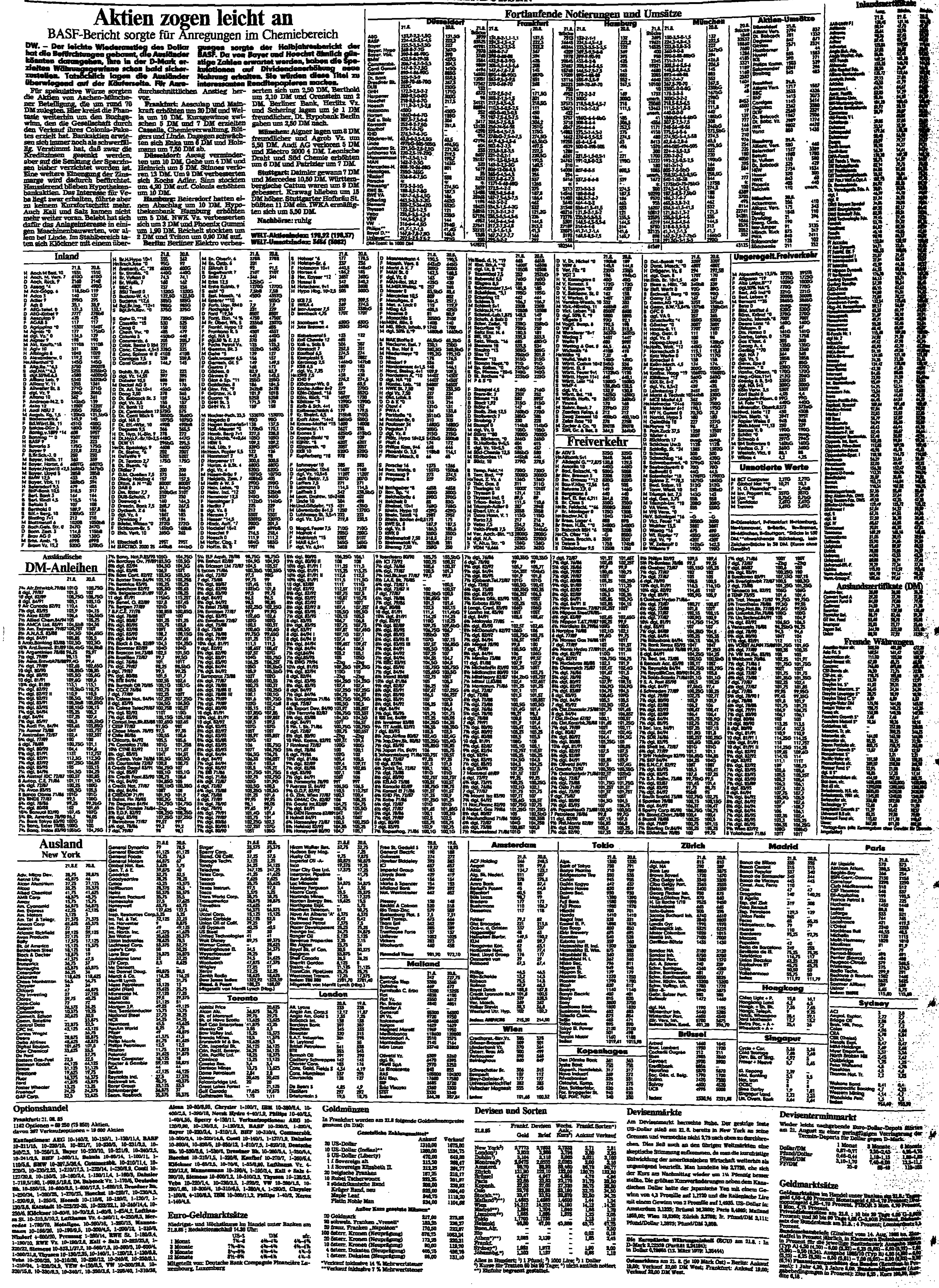
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Aktien zogen leicht an

BASF-Bericht sorgte für Anregungen im Chemiebereich

DW. – Der leichte Wiederanstieg des Dollar hat die Befürchtungen gebannt, die Ausländer könnten darangehen, ihre in der D-Mark erzielten Währungsgewinne schon bald sicherzustellen. Tatsächlich lagen die Ausländer überwiegend auf der Käuferseite. Für Anregungen sorgte der Halbjahresbericht der BASF. Da von Bayer und Hoechst ähnlich günstige Zahlen erwartet werden, haben die Spekulationen auf Dividendenerhöhung neue Nahrung erhalten. Sie würden diese Titel zu interessanten Renditepapieren machen.

Für spekulative Würze sorgten die Aktien von Aachen-Münchener Beteiligung, die um rund 70 DM zulegten. Hier kreist die Phantasie weiterhin um den Buchgewinn, den die Gesellschaft durch den Verkauf ihres Colonia-Paketes erzielt hat. Bankaktien erwiesen sich immer noch als schwerfällig. Verstimmt hat, daß zwar die Kreditzinsen gesenkt werden, aber auf die Senkung der Sparzinsen bisher verzichtet worden ist. Eine weitere Einengung der Zinsmarge wird dadurch befürchtet. Haussierend blieben Hypothekenbankaktien. Das Interesse für Veba liegt zwar erhalten, führte aber zu keinem Kursfortschritt mehr. Auch Kali und Salz kamen nicht mehr weiter voran. Belebt hat sich dafür das Anlageinteresse in einigen Maschinenbauwerten, vor allem bei Linde. Im Stahlbereich taten sich Klöckner mit einem überdurchschnittlichen Anstieg hervor.

Frankfurt: Aesculap und Mainkraft erhöhten um 20 DM und Wella um 10 DM. Kursgewinne zwischen 5 DM und 7 DM erzielten Cassella, Chemieverwaltung, Rütgers und Linde. Dagegen schwächten sich Enka um 6 DM und Holzmann um 7,50 DM ab.

Düsseldorf: Aseag verminderten um 10 DM, Gehe um 4 DM und Heinrich um 5 DM. Stinnes verloren 13 DM. Um 9 DM verbesserten sich Kochs Adler. Sinn stockten um 4,20 DM auf. Colonia erhöhten um 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf hatten einen Abschlag um 10 DM. Hypothekenbank Hamburg erhöhten um 5 DM. NWK Vz. verbesserten sich um 3 DM und Phoenix Gummi um 1,90 DM. Reichelt stockten um 2 DM und Triton um 0,90 DM auf.

Berlin: Berliner Elektro verbesserten sich um 2,50 DM, Berthold um 2,10 DM und Orenstein um 2 DM. Berliner Bank, Herlitz Vz. und Schering lagen um je 1 DM freundlicher, Dt. Hypobank Berlin gaben um 2,50 DM nach.

München: Aigner lagen um 8 DM freundlicher und Agrob Vz. um 5,50 DM. Audi AG verloren 5 DM und Electro 2000 4 DM. Leonische Draht und Süd Chemie erhöhten um 6 DM und Patrizier um 7 DM.

Stuttgart: Daimler gewann 7 DM und Mercedes 10,50 DM. Württembergische Cattun waren um 9 DM gebessert. Krawag blieben um 15 DM höher. Stuttgarter Hofbräu St. büßten 11 DM ein. IWKA ermäßigten sich um 5,50 DM.

Nachbörse: ruhig

WELT-Aktienindex: 198,92 (198,57)
WELT-Umsatzindex: 3456 (3082)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Sydney

Brüssel

Arbed	1660	1645
Brux. Lambert	1930	1920
Cockerill Ougrée	212	211
Ebes	2885	2860
Gevaert	3900	3900
Kredietbank	6650	–
Petrofina	5870	5870
Soc. Gén. d. Belg.	1790	1700
Sofina	7420	7500
Solvay	4600	4520
UCB	4995	5000
Index	2530,96	2531,88

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Am Devisenmarkt herrschte Ruhe. Der gestrige feste US-Dollar stieß am 21. 8. bereits in New York an seine Grenzen und vermochte nicht 2,79 nach oben zu durchbrechen. Dies ließ auch an den übrigen Weltmärkten eine skeptische Stimmung aufkommen, da man die kurzfristige Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft weiterhin als ungenügend beurteilt. Man handelte bis 2,7730, ehe sich der Kurs am Nachmittag wieder um 1¼ Pfennig besser stellte. Die größten Kursveränderungen neben dem Kanadischen Dollar hatte der japanische Yen mit einem Gewinn von 4,3 Promille auf 1,1720 und die italienische Lire mit einem Gewinn von 2 Promille auf 1,4885. US-Dollar in: Amsterdam 3,1325; Brüssel 56,2800; Paris 8,4985; Mailand 1858,00; Wien 19,5360; Zürich 2,2798; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,3875; Pfund/DM 3,859.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 21.8.: In D-Mark 2,22359 (Parität 2,24184); in Dollar 0,79985 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 21. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

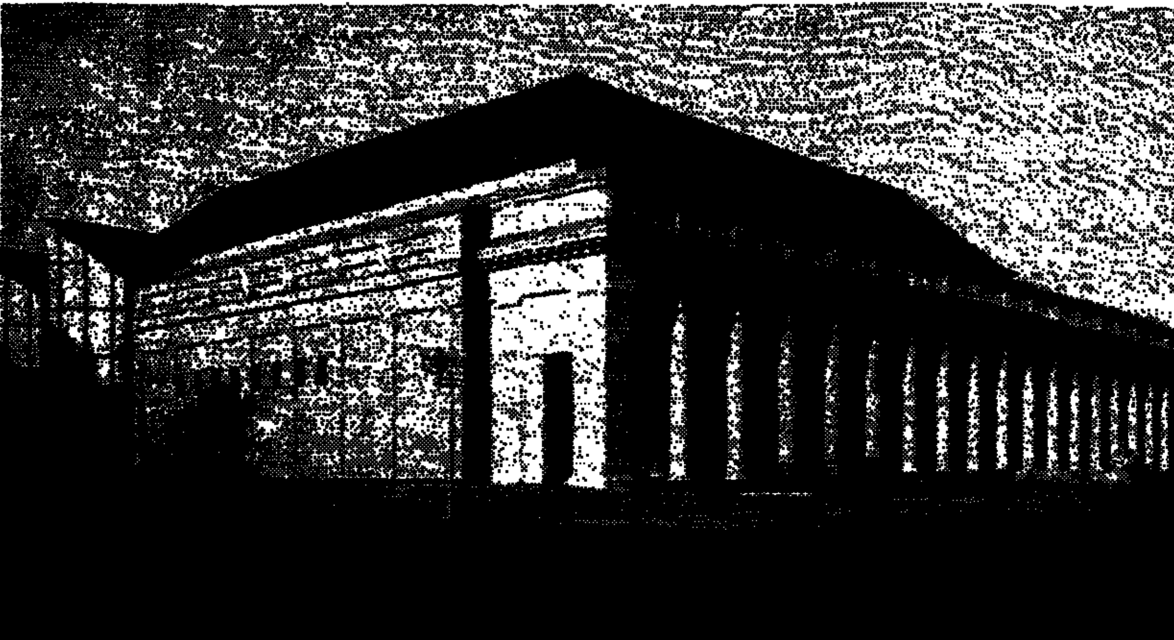
Die treuen Ungläubigen

rst. – Kaum jemand kennt sie, die Prager Zeitschrift mit dem programmatischen Titel „Atheismus". Wer sich aber darüber informieren lassen will, warum die „großen Zeiten", die Tschechen und Slowaken wie allen Bürgern kommunistischer Staaten in Aussicht gestellt wurden, noch nicht eingetreten sind, sollte sie nicht übersehen. Denn „Atheismus" berichtet nicht nur, wie hart die für religiöse Fragen zuständigen Genossen an der ideologischen Front kämpfen, zwischen den Zeilen kann man dort auch lesen, welche Fehlschläge sie ständig hinnehmen müssen.

Da beschäftigt sich z. B. in der jüngsten Ausgabe der Genosse Jiří Loukotka mit der „wissenschaftlich-atheistischen Erziehung in der Sphäre der Kultur und Kunst". Mit den Zuständen auf diesem „Gebiet" ist er überhaupt nicht zufrieden. Viel zuwenig würden die „Objekte, die dem Kult entzogen wurden" für die Verbreitung der „wissenschaftlichen Weltanschauung" ausgenutzt, meint er. Ja, es fänden sich immer wieder „professionelle Wissenschaftler", die solche Pläne unter verschiedensten Begründungen verhinderten. Selbst der „Schutz der Natur" werde als Vorwand herangezogen, um die alten „Kultstätten" der sozialistischen Erziehung zu entziehen.

Aber auch anderswo entdeckt Loukotka jene gefährliche „religiöse Propaganda". Beispielsweise wenn in dem Buch „Belebte Schönheiten des Vaterlandes" von J. Smída bei berühmten tschechischen Künstlern wie Neruda, Martinu, Březina, Ryba und vielen anderen auf ihre Verbundenheit mit dem Christentum hingewiesen wird.

Ob Gabriel Laub an den Genossen Loukotka dachte, als er notierte: „Atheisten sind die einzigen, die dem Gott treu bleiben, an den sie nicht glauben"?




Ein „Haus im Haus" hinter der klassizistischen Fassade: Die neue Karlsruher Stadthalle, die morgen eröffnet wird FOTOS: M. SCHAEFFER

Einfache Ausstellungshallen genügen heute nicht mehr – Die Messearchitektur entwickelt sich zum neuen Symbol der Städte

Eine Marmor-Kaaba für Kongreßvagabunden

Wenn morgen abend mit Telemann, Bach und Händel die neue Stadthalle von Karlsruhe eröffnet wird, ergänzt eine Supernova am deutschen Kongreßhimmel. Gleich unter die ersten drei Kongreßstädte, auf den Platz hinter Berlin und Hamburg, will die badische Stadt im Dreiländereck Schweiz–Frankreich–Deutschland mit ihrem 132 Millionen Mark teuren neuen Prunkstück aufrücken. Säuerlicher Kommentar aus der Konkurrenzstadt Hamburg: „Die scheinen zuviel Geld zu haben. Ich kenne kein Kongreßzentrum, das sich selbst finanziert." So Hartmut Roderfeld von der Hamburger Messe und Congress GmbH.

Otto Dullenkopf, Karlsruhes Oberbürgermeister seit 15 Jahren und sparsamster unter allen Stadtvätern der Bundesrepublik (das Geld für die neue Halle hat seine Stadt ohne Zuschüsse von Bund und Land selbst aufgebracht), ist da wesentlich optimistischer. Die neue Halle werde zwar mit neun Millionen Mark Jahresunterhalt zu Buche schlagen. Aber sie werde auch „Veranstaltungen nach Karlsruhe ziehen, von denen wir früher nicht einmal zu träumen gewagt haben". Schon heute zählt das Karlsruher Kongreß- und Ausstellungszentrum jährlich 1000 Veranstaltungen mit einer Million Besuchern.

Neues Werbemittel soll nach Dullenkopf vor allem ein „Saal-Angebot" sein, das „Karlsruhe nie vorher gehabt hat": 16 000 Sitzplätze in den nun insgesamt fünf Veranstaltungshallen oder alternativ 18 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche (plus 10 000 Quadratmeter Freigelände) bei dann noch verbleibenden 6800 Sitzplätzen. Die entscheidende Zutat, die dieses Angebot für das in der ganzen Welt umhervagabundierende Kongreßpublikum erst attraktiv machen soll, wird in Karlsruhe aus kommunalpolitischen Rücksichten dezent mit „schlichter, repräsentativer Schönheit" des Neubaus umschrieben. Diese Bescheidenheit schien den CDU-Politikern angezeigt, weil die Mehrheit der SPD-Stadträte zwölf Jahre lang gegen den „bürgerlichen Repräsentationsbau" Sturm gelaufen war und statt dessen verlangt hatte, Prioritäten im Wohnungsbau und in Sozialbereichen zu setzen.

Sosehr diese Kritik in einer Zeit des massenhaften Leerstands von Großblockwohnungen überholt erscheint – sie hat das Konzept des 40jährigen Architekten Herman Rotermund zweifellos beeinflußt. Sein Bau mit der vorgeblendeten Säulenreihe der alten Stadthalle von 1915 und der grünlich schimmernden Sandsteinfassade, die trotz Reliefierung und Einfügung etwas sperriger Spiegelglaspylone ziemlich kompakt wirkt, erreicht die Ausstrahlung seines eifersüchtig beobachteten Vorbilds, der Alten Oper Frankfurt, nicht.

Dennoch gelingt Rotermund ein Überraschungseffekt: Die klassizistische Außenhaut dient nur als Gehäuse, als „Ringbau" für ein „Haus im Haus" – eine achteckige, kristalline Kongreßkaaba, die mit weißen Marmorwänden, weit überkragenden Ecken und großen Spiegelflächen aus dem Granitfußboden aufsteigt. Nur über Brücken mit dem Außenbau verbunden, steht dieser Kernbau wie eine riesenhafte expressionistische Skulptur im Foyer, das mit seinen 24 Metern Höhe, seinem Glasdach und den mehr als zehn Meter hohen Bambusstauden die Illusion einer zweiten Außenwelt, die das innere Heiligtum umschließt, noch erhöht.

Rotermund stapelt in diesem Marmorkern fünf Säle übereinander, vom kleinsten Johann-Peter-Hebel-(Vortrags-)Saal im Keller (300 Plätze) bis zum größten, oben draufgepackten Johannes-Brahms-(Konzert- und Kongreß-)Saal. Dessen 1800 Sessel („Kongressel") sind in drehbare Kongreßtische zu verwandeln und bieten dann immer noch 836 Delegierten in „parlamentarischer Sitzordnung" Platz.

Die Vorgabe, keinen „schlichten Mehrzweckbau", sondern „ein Haus mit Atmosphäre" zu schaffen (Kongreß- und Ausstellungsgeschäftsführer Gerhard Hurst) – ein Auftrag, der in den Sälen wohl allzu häufig durch Auflagen des Münchner Akustikers Ulrich Opitz belastet wurde –, konnte der Architekt am reinsten in den Foyers verwirklichen. Hier gelingt ihm mit originellen Raumwirkungen und einem Dekor, das in seinen strengen, noblen Formen von Otto Wagner inspiriert sein könnte, eine Vermittlung zwischen Innen- und Außenwelt seines Baus und nicht zuletzt auch zwischen dessen sehr unterschiedlichen Funktionen.

Mit seinen Zielsetzungen ist das Karlsruher Kongreß- und Ausstellungskonzept kennzeichnend für ein neues Anspruchsdenken im Veranstaltungsbau. Die sich verschärfende Konkurrenz auf diesem Sektor hat die beteiligten Gesellschaften gezwungen, von der sturen Kapazitätsausweitung auf die Verbesserung der Qualität ihres Angebots umzuschalten. Dabei ist individuelles Profil gefragt. Für die architektonische Selbstdarstellung der Messe- und Kongreßveranstalter ergeben sich tiefgreifende Konsequenzen, die am bildhaftesten in Frankfurt Ausdruck gefunden haben.

Horstmar Stauber, Frankfurts Messechef und der eigentliche Prophet dieses Umbruchs in Deutschland: „Kein Land der Welt besitzt so viele international bevorzugte Messeplätze wie die Bundesrepublik, und dieses Nebeneinander auf engem Raum zwingt stärker als irgendwo anders zur Profilierung, Differenzierung, zu Kreativität und Mut." Aus dieser Einsicht hat der Messechef die Konsequenz gezogen, sich von einem Stararchitekten der Postmoderne wie Oswald Mathias Ungers völlig neue Identifikationssymbole für den Messeplatz Frankfurt bauen zu lassen: die riesige, klassizistisch-strenge Messehalle 9, die 120 Meter lange gläserne „Galleria", den 117 Meter hohen „Torturm", das Messehochhaus („Torhaus") im „Gelenk" der großen Ausstellungsbereiche.

Stauber will mit Architektur ganz bewußt für die Messen „Stimmungshilfe leisten" und sich dabei von der „Graumausigkeit der bisherigen Bauweise" absetzen. Die „Käfighaltung des Verbrauchers funktioniert nicht mehr", findet der agile Mann, schließlich seien auch die Messebesucher „nicht nur Gehirntiere, sondern Menschen, die berührt und persönlich angesprochen werden wollen". Staubers Schlüsselsatz: Für die neue, „interessante" Messearchitektur seien nicht „ästhetische", sondern „Marketinggrundsätze und auch humane Komponenten maßgebend".

Stauber denkt deshalb auch gar nicht daran, den Ausbau und Umbau „seiner" Messe (für bisher eine halbe Milliarde Mark) als abgeschlossen anzusehen. Schon im nächsten Jahr soll die majestätische alte Festhalle, 1907 von Friedrich von Thiersch für 15 000 Besucher erbaut, für 36 Millionen Mark von Grund auf restauriert werden. Im Zuge von Bebauungsplänen für angrenzende Gleisfelder der Bundesbahn soll dann auch die Messe an ihrer Rückfront eine „Schokoladenseite" erhalten.

Als Clou aber schwebt dem Messestrategen zuletzt noch der Bau eines Hochhauses im Eingangsbereich des Messegeländes vor. In einem internen Wettbewerb hat Stauber sich dafür den in Amerika umjubelten Helmut Jahn aus Zirndorf zum Architekten erkoren, der sich mit seinen Hochhäusern dort den Ruf eines „teutonischen Wunderkindes" und „Baron High Tech" erworben, aber in Deutschland noch kein einziges Haus gebaut hat. Einen, so ungewohnten wie kühnen, Entwurf für ein Hochhaus mit spitzem Dach und aufgestelzten „Luftwurzeln" hat Jahn für Frankfurt schon fertig.

Aber die Konkurrenten schlafen nicht. Zwar nehmen sich die Investitionen von 80 Millionen Mark, die Hamburg in neue Messehallen unter Glasgewölben und mit ansprechend gegliederten Fassaden steckt, gegen Frankfurt und selbst Karlsruhe bescheiden aus. Aber in München wird an einem Jahrhundertprojekt gebastelt: Wenn in fünf Jahren der Flughafen ins Erdinger Moos „umzieht", wollen die Messeplaner die Hand auf 400 Hektar Flughafenbrache in Riem legen – das letzte große Entwicklungsgebiet innerhalb des „Burgfriedens". Die ersten Hallen stehen schon – die (künftig verwaisten) Flugzeughallen. DANKWART GURATZSCH

Petit-Ballett in Bregenz

Flügellahme Fledermaus mit Ohrwurm

Schaumwein für den Vorarlberg: Roland Petit präsentierte mit dem Ballet National de Marseille seine choreographierte Version der „Fledermaus" im Bregenzer Festspielhaus. Die inzwischen sechs Jahre alte Choreographie hat mit der originalen „Fledermaus" nur den roten Faden der Handlung und die Ohrwürmer aus der Operetten-Partitur von Johann Strauß gemein.

Für Petit ist die „Fledermaus" die Geschichte einer dahindösenden großbürgerlichen Ehe zwischen Bella und Johann, deren Liebesleben reichlich fade zu werden droht. Beide geben deshalb auf nächtliche Abwege. Dabei begegnen und verlieben sie sich prompt ineinander, wie es der Freund des Hauses vorsah. Das Kleidertauschen und Verwechslungsspiel nimmt seinen zähen Lauf, vorangetrieben alleine durch die schmissigen Walzer von Johann Strauß.

Petit verzichtet auf Wiener Charme und die verkaterte Tiefsinnigkeit eines Frosch. Selbst die Elganz der Bälle eines Prinzen Orlowsky sucht man vergeblich in diesem Ballett. Statt dessen sieht man Thierry le Floch in einem Etablissement den Maître d'Hôtel tanzen, der mit seinen kurzen schwarzen Hosen und der weißen Halbschürze eher wie ein gerissener Oberkellner aussieht.

Federnschwenkende kokette Cancan-Tänzerinnen schleudern ihre spitzenbesetzten und rüschengefaßten Unterröcke in die Höhe, und die schwarzgekleideten Gäste wippen schwungvoll in den Hüften. Henri de Toulouse-Lautrec hätte an Petits „Fledermaus"-Ballett wahrlich seine Freude gehabt.

Weniger erfreulich ist das ständige Gefuchtel mit den Armen, in dem sich das Dienstmädchen übt. Sie fegt wie ein alberner Irrwisch über die Bühne. Selbst die grazile Mitou Manderon als Bella muß in den häuslichen Szenen andauernd die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und ihre Kinder immer wieder wild gestikulierend zur Raison rufen. Das ist Pantomime aus Pappmaché. Weitaus elfenhafter und eleganter nimmt sich dagegen der große Pas de deux aus, den Mitou Manderon und Jean-Pierre Aviotte fließend und ebenmäßig tanzen.

Die spritzigen, gute Laune stiftenden Einlagen von Hacène Bahiri erinnern mehr als das ganze Ballett selbst an den Stoff, aus dem die „Fledermaus" eigentlich geschaffen ist: an moussierenden Champagner nämlich. In Bregenz kredenzte Roland Petits Truppe lediglich erfrischenden Schaumwein, der dem Festspielpublikum an einem schwülen Sommerabend gerade recht kam.

Das Petit-Ballett paßt zum heiteren, verspielten Charakter, den die Bregenzer Festspiele heuer haben. In puncto gute Unterhaltung hinkt das leichtfüßige „Fledermaus"-Ballett allerdings gewaltig hinter Savarys „Zauberflöte" hinterher.

FERRY KEMPER

Zum 65. Geburtstag von Wolfdietrich Schnurre

Der Schattenfotograf

Dreimal, so hat uns Wolfdietrich Schnurre gesagt, sei er zur Welt gekommen. Zum ersten Mal heute vor fünfundsechzig Jahren in Frankfurt am Main. Sodann noch einmal mit acht Jahren, als Vater Schnurre mit dem Sohn nach Berlin-Weissensee übersiedelte (das wird jedermann gelten lassen, selbst wenn er aus Frankfurt sein sollte). Endlich zum dritten Mal im Jahr 1945, „eine Zangengeburt", wie Schnurre meint: „Die Freiheit zerrte, und der Krieg gab einen nicht frei".

Und so ist es denn geblieben bis auf den heutigen Tag für den schreibenden Zeitgenossen Schnurre. Ohne Freiheit würde er nicht atmen, doch mancherlei hat ihn niemals freigegeben: der Krieg samt den „ganz gewöhnlichen" Untaten; der Massenmord an den jüdischen Mitbürgern; das Verbrechen, das begangen wurde an der Stadt Berlin und ihren Einwohnern.

Wolfdietrich Schnurre ist ein Mann, der mit Unrecht sich nicht abfindet und der sich niemals hat sagen lassen, es müsse doch „nun endlich einmal Schluß sein". Er ist darum häufig ein zorniger Mann, doch sein Zorn ist rational. Fast vierzig Jahre lang von seinen nun fünfundsechzig ist er sehr fleißig gewesen und dabei weit öfter heiter, als seine Leser im Gedächtnis behalten.

„Kürzlich gelesen, daß ich der verkannteste zeitgenössische deutsche Schriftsteller sei. Daran ist etwas Wahres. Habe schließlich rechtschaffen daran gearbeitet, es auch zeit meines Lebens zu bleiben." Der Notiz aus dem dicken und lesenswerten Aufzeichnungsband „Der Schattenfotograf" folgt diese: „Merke. An einem verkannten Autor gibt es immer mal wieder etwas zu rücken. Der erkannte Autor dagegen drückt unverrückbar den Sockel." An anderer Stelle steht dann auch noch: „Das wirklich unangenehme für meinen Verleger ist: mir genügen im Grunde die Belegexemplare."

All dies hat Schnurre nicht davon abgehalten, sehr bekannt zu werden, wenn auch nicht reich – als Erzähler über viele Distanzen, als empfindsamer Beobachter, gepanzert mit Satire, als Hörspielautor, Lyriker, Anmerker, als so eben domestizierter Abenteurer der Literatur, der sich empörenderweise nie so recht festlegen und etikettieren läßt. Sein Rang beispielsweise ist unbestritten, doch mit der Feineinteilung auf der üblichen Meßlatte kommen viele seiner kritischen Leser nicht zurecht.

Er ist ein politischer, in vielen Punkten ein leidenschaftlich politischer Autor – und verweigert gleichwohl die Partei-Etikettierung, verdrießlich für Kollegen und Kritiker, die doch allesamt so genau wissen, „wo der Geist steht".

Schnurre hat es mehr mit dem wehenden Geist. Er ist ein bitter ernster und konsequenter Mann, der häufig hanebüchen heiter sich gibt (und auch ist) – ebenfalls eine nicht recht deutsche Autoren-Spannweite.

Um es mit einem Satz zu sagen: Schnurre ist einer von jenen, die man erfinden müßte, gäbe es sie nicht. Ihn zu erfinden würde sich aber wohl jeder lieber dreimal überlegen, denn anstrengend ist der Umgang mit ihm allemal.

Schon in frühen Tagen haben Schnurres Gefährten in der „Gruppe 47" dies erfahren. Seine Leidenschaft für das literarische Handwerk war schon damals unerschöpflich. Auch ist noch nie jemand bequem gewesen, der nahezu permanent gegen den Strich denkt.

Schnurre war und ist ein sozusagen niemals wirklich „niedergelassener Schriftsteller", und dabei ist er aufreizend fleißig. Noch jeder Leser hat sich seinen ganz eigenen Schnurre zusammenstellen können. Die meisten werden in ihrer Auswahl aber wohl den Roman in Geschichten „Als Vaters Bart noch rot war" haben, sodann „Die Aufzeichnungen des Pudels Ali", und natürlich den „Schattenfotograf", das fast unerschöpfliche Notizbuch.

Unter den vielen Erzählungen muß jeder nach Gusto aussuchen. Er wird dabei erfahren, daß dieser komplizierte Jubilar, dieser vorsichtig zu behandelnde Mann fast immer ausgezeichnet erzählt und gleichwohl dem Leser einiges abverlangt. Schnurre hat einmal eine Liste angelegt von Gegenständen, über die er gerne schriebe: über Spiegel (und ihren Trug), über Schatten (und die Frage, ob sie sterblich seien), über die Büroklammern, über alte Fotografien, Kindheitsgerüche, über Satzzeichen, Bäume, Brillen, Vaterländer.



Sperrt sich gegen jede Schublade: Der Schriftsteller Wolfdietrich Schnurre FOTO: HORST TAPPE

„Die Büroklammer als Ordnungsfaktor und Musenassistentin. Sie hält dem Dichter die Seiten zusammen. Auch Heidegger wäre ohne sie verloren gewesen. Ihre ästhetische Vollendung; schön wie ein Ewigkeitszeichen. Sinn und Form ergänzen einander. Das grausige Bild, das sie im aufgebogenen Zustand bietet."

Wer so die Welt aufteilt in zahllose Steinchen eines komplizierten Spiels, der ist von einem Gegenspieler kaum zu schlagen. Freilich, es ist auch schwerer, eine Partie zu gewinnen. Schnurre hat das öfters fertiggebracht, als ihm vorausgesagt wurde.

CHRISTIAN FERBER

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Pflasterstrand"

Als Rot in Grün kippte

Ein Kreuz zieht sich über die ganze Seite. Nur unten, wo auf Zigarettenwerbeplakaten der Bundesgesundheitsminister das Wort erhält, steht geschrieben: „Der Stern nimmt Abschied von Heinrich Böll. Heute." Blättert man um, so zieren die nächste Seite die drei Punkte des Blindenabzeichens: „Der Pflasterstrand nahm Abschied vom Stern. Gestern." Man sieht, dem 14tägig in Frankfurt erscheinenden „Metropolen-Magazin" ist nichts heilig, nicht einmal die zehn Millionen Mark, die der Stern in seiner Ramba-Zamba-Werbekampagne verbrät.

Der „Pflasterstrand" (Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90) gehört in die Sparte der Stadtzeitungen. Dieser Zeitschriftentypus entstand, als Mitte der 70er Jahre die Linke alternativ wurde, als Rot in Grün umkippte. Man erinnert sich: Die neu-linke Publizistik begann um 1960 mit Studentenzeitungen, die durch eingestreute Blasphemien, Obszönitäten und Vaterlandsbeschimpfungen provozierten. Dann kam die Ära der neo-marxistischen Theorie-Zeitschriften („Argument", „Kursbuch"), die die Welt auf den Begriff bringen wollten. Das schien manchem ein Umweg, doch die „verzweifelten Theoretiker" begnügten sich publizistisch mit dem Abfassen von Bekennerbriefen.

Dann flossen die bekannten Minderheiten, zu denen merkwürdigerweise die Frauen zählen, zu einer subkulturellen „Szene" zusammen. In ihr kommt den Stadtzeitungen eine wichtige Mittlerrolle zu.

Die Leser der Stadtzeitungen sind nicht allein Alternative, mancher Geschäftsreisende hat auf die Frage nach einem Veranstaltungskalender plötzlich eine solche Stadtzeitung in der Hand, meist im DIN-A4-Format, auf schlechtem Papier und in einer Aufmachung, bei der die Pop-art Pate stand. Der Veranstaltungskalender ist die eine Säule einer Stadtzeitung, die Kleinanzeige die andere.

Da findet man den Naturschuhladen Happy foot oder Klistier, den Laden für unabhängige Musik. Kneipen und Cafés sind in jeder Menge vertreten, in ihnen wird die Stadtzeitung verkauft oder werden Anzeigen gesammelt. Die Rubrik Kupplung hat übrigens nichts mit Autozubehör zu tun. Fast hätten wir den redaktionellen Teil vergessen. „Pflasterstrand" hat zwar nicht die größte Auflage (12 500), aber den bekanntesten Namen im Impressum: Daniel Cohn-Bendit, 1968 Anführer der Pariser Mai-Revolte.

Redaktionell dominiert das Lokale, doch finden sich stets auch größere Beiträge, etwa zur Debatte über die künstliche Intelligenz (Heino Apel), über die kämpferische Margarete Buber-Neumann (Esther Schapira) oder Natalie Sarraute (Birgit Spielmann). Meinhard Mohr setzt sich in Nr. 214 mit dem „neuen" Terror auseinander: „Die Gewalt als ‚Geburtshelferin der Geschichte' hat ausgedient. Als Jean-Paul Sartre 1961 in seinem berühmten Vorwort zu Frantz Fanons ‚Die Verdammten dieser Erde' ausrief: ‚Gibt es eine Heilung? Ja. Die Gewalt kann wie die Lanze des Achill die Wunden vernarben lassen, die sie geschlagen hat', bezog er sich noch auf eine Dialektik der Geschichte, in der die Neurose des unbewußt sich schuldig fühlenden Europäers durch seine bewußte Teilnahme für die Gewalt der Unterdrückten gelöst werden sollte. Doch nicht erst das iranische Trauma der antiimperialistischen Linken hat den Prozeß der polit-psychologischen Ent-Schuldung eingeleitet."

Der Terror der Autobomben, Mörserangriffe etc. sei längst reiner Selbstzweck ohne jede „greifbare Perspektive". Cohn-Bendit im Posthistoire?

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Der Bundespreis „Gute Form" wird in diesem Jahr erstmals für Textildesign ausgeschrieben

Einen Überblick über Bernhard Heiligers plastisches Werk gibt das Duisburger Wilhelm-Lehmbruck-Museum vom 1. 9. bis 13. 10.

Volker Stelzmann, dem Leipziger Maler, widmet die Frankfurter Galerie Timm Gierig die erste Einzelausstellung in der Bundesrepublik.

Eine deutsch-sowjetische Schulbuchkonferenz über den Inhalt von Geographielehrbüchern findet vom 9. bis 16. Oktober in Moskau statt.

Ludwig Fels wird 12. Stadtschreiber von Bergen-Enkheim. Er folgt Friederike Roth in diesem „Amt"

Das Pen-Zentrum der Bundesrepublik kommt vom 28. bis zum 30. September in Saarbrücken zu seiner Jahrestagung zusammen.

Die deutsche Komödie steht im Mittelpunkt des 39. internationalen Ferienkurses für Germanisten, der jetzt in Münster eröffnet wurde.

JOURNAL

Schwarze Listen über Polens Intellektuelle

J. G. G. **Köln**

Dem New Yorker Informationsdienst „Free Polen" sind Observierungsberichte der polnischen Behörden über Aktivitäten von Künstlern, Fotografen und Publizisten im kirchlichen Bereich zugespielt worden. Unter anderem stehen auf der schwarzen Liste der bespitzelten Personen der Komponist Witold Lutoslawski, die gesamte Capella Cracoviensis, der Warschauer Opernchor und der Krakauer Uni-Chor; ferner die Regisseure Wajda und Zanussi, prominente Staatsschauspieler, die Schriftsteller Zbigniew Marek Nowakowski, Wiktor Woroszylski sowie Aleksander Wirpsza, der Sohn von Witolt Wirpsza, der jetzt in West-Berlin lebt.

Kleist-Preis 1985 für Alexander Kluge

dpa, **Berlin**

Der mit 25 000 Mark dotierte Kleist-Preis wird für 1985 an den Frankfurter Schriftsteller und Filmregisseur Alexander Kluge verliehen. Kluge wurde vom Vertrauensmann der Jury, dem Schriftsteller Helmut Heissenbüttel, zum Preisträger bestimmt. Zuletzt wurde der Kleist-Preis im Jahre 1932 zu gleichen Teilen an Richard Billinger und Else Lasker-Schüler vergeben.

Festpielleiter Sertl scheidet 1986 aus

dpa, **Salzburg**

Der Direktor der Salzburger Festspiele, Prof. Otto Sertl, scheidet zum 31. August 1986 aus seinem Amt aus. Der 61jährige reichte bei dem Direktorium sein Pensionierungsgesuch „aus gesundheitlichen Gründen" ein. Damit bestätigen sich Gerüchte, die insbesondere nach der „Ohrfeigenaffäre" zwischen Sertl und dem italienischen Regisseur Piero Faggioni bei den Proben zu „Macbeth" in Salzburg kursierten, obwohl von der Festspielleitung Zusammenhänge bestritten werden. Als mögliche Nachfolgekandidaten werden u. a. Herbert von Karajans engster Mitarbeiter bei seiner Verwertungs-Firma „Telemondial", Uli Märkle, sowie der Musikchef des österreichischen Rundfunks, Gottfried Kraus, und der Kölner Intendant Michael Hampe genannt.

Amerika schon vor 28 000 Jahren besiedelt?

D. B. **Frankfurt**

Nordamerika war schon vor mindestens 28 000 Jahren von Menschen besiedelt. Das zeigen Altersdatierungen von Skelettresten, die an den Universitäten in Frankfurt und Los Angeles vorgenommen werden. Bisher wurden in Frankfurt allein 17 Skelettreste von frühen Amerikanern datiert. Darunter sind der Schädel einer erwachsenen Frau aus Los Angeles (Los Angeles Man) und ein Schädelfund aus Nevada (Nevada Man), die beide nach Aminosäuren-Datierungen ein Alter von etwa 28 000 Jahren erreichen. Bisher waren sich verschiedene Forscher darüber uneins, wann Nordamerika besiedelt wurde. Der Zeitpunkt hierfür wurde auf etwa 10 000 bis 30 000 Jahre oder sogar noch viel früher angesetzt.

Kocsis und Tabori gestalten Festival

DW. **Karlsruhe**

Das Programm der „Musik auf dem 49sten Karlsruhe" wurde in diesem Jahr von dem jungen ungarische Pianist Zoltán Kocsis und George Tabori, der sein Debüt als Musiktheater-Regisseur geben wird, gestaltet. Es beginnt am 27. September mit der Uraufführung der drei „Opern ohne Sänger" von Kocsis. Neben Werken ungarischer Komponisten wird später auch die „Tristan-und-Isolde"-Parodie „Narziß und Echo" gezeigt.

Ladislaus Singer †

Seine Biographie ist typisch für viele Lebensläufe in unserem Jahrhundert. 1898 wurde er im ungarischen Szeged geboren, arbeitete zuerst in einer Bank und schrieb nebenbei Literatur- und Musikkritiken. Von 1931 wechselte er zuerst in Berlin, dann in Wien zur Verlagsarbeit, und 1935 begann die Emigration, die ihn über Teheran, Moskau schließlich nach Palästina führte, ehe er 1949 nach Europa zurückkehrte. Anders als die meisten mochte er seine Erfahrungen jedoch nicht auf sich beruhen lassen. Und so trat er bald mit Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte hervor. Die Vorgeschichte und Geschichte des Ersten Weltkrieges sowie die Wirklichkeit des Sowjetkommunismus waren die Themen, die er in seinen Büchern (u. a. „Ottokar Graf Czernin", „Raubt das Geraubte", „Sowjet-Imperialismus", „Marxisten im Widerstreit", „Korrekturen zu Lenin") und in zahlreichen Hörfunkbeiträgen (vor allem für den Deutschlandfunk) anschaulich und ohne wissenschaftlichen Hochmut aufgriff. Jetzt ist Ladislaus Singer in Baden bei Wien gestorben.

P. D.

Die Chronologie des Jumbo-Absturzes – Sicherheitspilot der Lufthansa kommentiert die Protokolle des Wortwechsels im Cockpit

„Zieh sie rauf, zieh sie rauf“

DW. Tokio

Der per Tonband aufgezeichnete Wortwechsel zwischen Pilot und Kopilot des JAL-Jumbos vor dem Absturz ist das erschütternde Dokument des Versuchs, eine fast unausweichlich drohende Katastrophe doch noch abzuwenden. Die Ziffern (Übersetzung aus dem Englischen) bedeuten die abgelaufene Zeit der insgesamt 32 Minuten und 43 Sekunden langen Aufzeichnung. In Klammern stehen die Namen der Sprecher.

01.05: Rechtskurve. Was ist los? Der hydraulische Druck fällt, der hydraulische ... (Kapitän *Masami Takahama*)

02.17: Alle hydraulischen Systeme funktionieren nicht mehr. (Kapitän)

02.37: Rechtskurve. (Kapitän) Rechtskurve. (bestätigt Kopilot Yu Sasaki)

03.38: Hydraulischer Druck überall blockiert. (Unidentifizierte Stimme)

05.51: Was ist los? (Kapitän)

07.36: Kommt es vom Heck? Ist irgendwas kaputt? Wo ist es? Ah, ah! Es ist der Gepäckraum ... der am weitesten hinten. Richtig. Ja, ich verstehe. Ist es der, wo das gewöhnliche Gepäck *aufbewahrt* wird, ja? Der Gepäckraum ist runtergefallen, richtig? Ich glaube, wir sollten lieber landen. (Kopilot oder Flugingenieur Hiroshi Fukuda)

09.20: Ist es die Tür R-5? Verstanden, Kapitän. Die Tür R-5 ... Sie sollten es wirklich lieber tun. Sollen wir auch die (Sauerstoff-)Masken aufsetzen? ... Ich glaube, wir sollten sie lieber überziehen. Ich denke, wir sollten die Sauerstoffmasken benutzen, wenn sie herauskommen ... (unidentifizierte Stimme)

11.31: Die R-5-Tür ist kaputt. Wir werden runtergehen. (unidentifizierte Stimme)

13.31: Halten Sie die Nase runter. (Kapitän) Verstanden. (Kopilot)

14.06: Halten Sie die Nase runter. (Kapitän) Verstanden. (Kopilot)

14.33: Ob wir die Fahrwerke ausfahren *sollten? (unidentifizierbare* Stimme)

14.56: Halten Sie die Nase runter. (Kapitän) Verstanden. (Kopilot)

16.25: Habe die Fahrwerke ausgefahren. (Kapitän) Verstanden. (Kopilot)

20.54: Was sollen wir mit den Landeklappen machen? Sollen wir sie ausfahren? ... *Ist es zu früh? (Kopilot)* Es ist zu früh. (Kapitän) Sind die Fahrwerke runter? (Kapitän) Fahrwerke sind runter. (Kopilot)

23.57: Rechtskurve. (Kapitän) Rauf mit ihr. Mehr Gas. (Kapitän) Gebe mehr Gas. (Kopilot)

24.18: Jetzt Linkskurve. (Kapitän) Verstanden. (Kopilot) Linkskurve. (Kapitän)

24.27: Etwas weniger Gas. Nase runter. Nase runter. (Kapitän)

25.11: Gas. (Kapitän)

25.54: He, rauf mit dem Gas. (Kapitän) Gebe *mehr* Gas. (Kopilot)

27.46: Jetzt Gas. (Kapitän) Jage sie hoch. (bestätigt Kopilot)

29.29: *Mehr Gas. (Kapitän)* Verstanden. (Kopilot)

30.21: Linkskurve. Linkskurve. (Kapitän)

31.03: Nase runter. Wir sind 25 Meilen von Kumagaya. (Kapitän) Er sagt, es ist Richtung Westen. (Ingenieur) Nase rauf. Nase rauf. (Kapitän)

31.37: Nase rauf. (Kapitän)

32.02: Gas. Gas. Nase rauf. Bring sie höher. (Kapitän)

32.41: Absturzalarm. Zieh sie rauf. Zieh sie rauf. Zieh sie rauf. Zieh sie rauf. Zieh sie rauf. (automatisches Alarmsystem)

32.43: Aufschlaggeräusch.

Ungewöhnlich hohe Belastung

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Das Drama im Cockpit des Jumbos der Japan Air Line begann mit dem völligen Ausfall aller hydraulischen Systeme des Flugzeugs. Von diesem Moment an konnte keines der Steuerruder an der Maschine mehr bedient werden. Die Piloten waren plötzlich vor die Aufgabe gestellt, ein so gut wie steuerloses Flugzeug zu manövrieren.

Nach Auskunft von Heino Caesar, dem *Sicherheitspiloten* und *Chef* der Abteilung Flugbetriebskontrolle bei der Lufthansa, war das Flugzeug in *dieser Situation* bereits „tödlich verletzt“. Die Piloten konnten die Flugrichtung und -höhe nur durch Änderungen des Triebwerkschubs beeinflussen. In den folgenden Minuten versuchten sie, die Maschine zunächst in einem Sinkflug auf eine Höhe zu bringen, in der ausreichend Luftdruck vorhanden war, um die Sauerstoffversorgung in der Kabine zu gewährleisten.

Das Flugzeug reagierte in dieser Lage aber nur noch äußerst träge auf die Steuerversuche der Piloten. Diese *konnten nicht mehr bestimmen*, wohin die Maschine flog, sondern mußten ihre gesamte Konzentration darauf richten, sie in der Luft zu halten und einigermaßen zu stabilisieren. Möglicherweise haben sie darauf gehofft, den Jumbo auf dem Meer oder in flachem Gelände notzulanden.

Noch in letzter Sekunde versuchten die Piloten, das Flugzeug über die letzte Bergkuppe zu ziehen, offenbar, weil das Höhen-Warnsystem (Ground proximity warning system) ihnen angab, daß sie dem Erdboden bedrohlich nahe gekommen waren. Sie versuchten dann noch vergeblich, durch Erhöhung des Triebwerkschubs die Nase der Maschine hochzureißen. Die letzten Worte der Aufzeichnung dokumentieren dann nur noch die Warnstimme des Computers, der allerhöchsten Alarm anzeigt („Pull up, pull up ...“).

Nach Auskunft von Heino Caesar ist die Ursache für den Totalausfall der Hydraulik noch völlig unklar. Daß ein solcher Fall eintritt, sei angesichts der vier unabhängigen Steuersysteme extrem unwahrscheinlich. Nur eine schwere Beschädigung der *Maschine könne solche Auswirkungen* haben. Es sei auch unklar, ob allein der Bruch des hinteren Kabinenschotts und der darauf folgende explosionsartige Austritt der Kabinenluft den Schaden habe verursachen können.

Nach Ansicht von Heino Caesar war die *Maschine durch den Dauereinsatz* auf Kurzstrecken einer für diesen Typ ungewöhnlich hohen Belastung *ausgesetzt*. Die Kabinenumhüllung sei darauf ausgelegt, Druckunterschieden zwischen Innenraum und Außenluft standzuhalten.

Da die durchschnittliche Flugdauer dieses Jumbos nur etwa 80 Minuten betrug (im Gegensatz zu über fünf Stunden bei anderen Flugrouten), und er eine hohe Zahl von Starts und Landungen hinter sich hatte, war er wesentlich stärker „gealtert“ als *andere Flugzeuge mit einer ähnlichen* Anzahl von Flugstunden.

Die Boeing 747 gilt allgemein als sehr stabiles Flugzeug. Bei häufigen Druckwechseln wird die Kabinenumhüllung jedoch immer wieder belastet, sie muß sozusagen ständig „ein- und ausatmen“. Ob dies zu dem Unfall *beigetragen hat, ist zur Zeit* aber noch völlig offen.

Gesundheit von Soldaten gefährdet?

AP, Bonn

Bundeswehrsoldaten, die Militärfahrzeuge mit einem neuen Tarnanstrich zu versehen hatten, sind möglicherweise durch gesundheitsschädliche Stoffe gefährdet worden. Der Inspekteur des Heeres, Hans-Henning von Sandrart, *ordnete* gestern an, daß die mit den Malerarbeiten beschäftigten Männer unverzüglich ihre Arbeit einstellen *und* sich ärztlich untersuchen lassen. Wie der Sprecher des Heeres, Rüdiger Drews, mitteilte, wurden beim Entfernen der alten Farbe die Sicherheitsbestimmungen zu großzügig gehandhabt. Weil die Farbe entgegen den Vorschriften nicht naß abgeschliffen wurde, ist Staub des Grundierungsmittels Zink-Chromat freigesetzt worden, das als krebserregend gilt. Nach Darstellung des Sprechers war im April befohlen worden, die Rad- und Kettenfahrzeuge mit einer Tarnfarbe anzustreichen. Die ergriffenen Schutzmaßnahmen hätten den berufsgenossenschaftlichen Regelungen *entsprochen*. Ihre und die Einhaltung weitergehender Sicherheitsbestimmungen hätten jedoch dazu geführt, *daß die* Truppe „*zeitlich* und organisatorisch überlastet“ gewesen sei.

Fische mit Geschwüren

dpa, Bonn

Über die Hälfte der Plattfische in der Deutschen Bucht – insgesamt 52 Prozent – hat nach Untersuchungen des Bundesforschungsministeriums Geschwüre wie etwa die sogenannte Blumenkohlkrankheit. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium, Albert Probst (CDU) aufgrund von Untersuchungen in den Jahren 1983 und 1984 gestern sagte, sei seit 1977 eine stete Zunahme der Zahl von Krankheiten befallener Fische zu verzeichnen.

Um Entlassung gebeten

dpa, Stuttgart

Der 22jährige Polizeibeamte Roman Gianoncelli aus Michelbach (Kreis Schwäbisch Hall) wird zum 31. August aus dem Polizeidienst ausscheiden, erklärte ein Sprecher der Landespolizeidirektion Stuttgart. Gianoncelli war verdächtigt worden, an drei Morden und an Banküberfällen beteiligt gewesen zu sein. Gianoncelli reichte nach seiner Freilassung ein Entlassungsgesuch ein, dem stattgegeben wurde.

Riesiges Silbervorkommen

SAD, New York

Eine amerikanische Bergwerksgesellschaft dürfte im US-Staat Colorado ein riesiges Silbervorkommen entdeckt haben. Der Wert des abbaufähigen Silbers wird auf rund 12,8 Milliarden Mark geschätzt. Die Bergbaufirma Homestake Mining Co. hat den Fund noch nicht bestätigt. „Wir wissen zu wenig“, sagte ein Vorstandsmitglied der Firma.

Superleichtes Fluggerät

AP, Tokio

Ein einsitziges Flugzeug mit einem Gewicht von lediglich 120 Kilogramm ist in Nanjing getestet worden. Das „entenförmige“ Fluggerät besteht aus einer doppelten Lage mit Glasfieber verstärkten Kunststoffs und ist gegen Korrosion und ultraviolette Strahlung beständig. Es habe eine Reichweite von 450 Kilometer, die es in einer Höchstgeschwindigkeit von 120 *Stundenkilometer* zurücklegen könne. Das vom Institut für Aeronautik in Nanjing entwickelte Leichtflugzeug benötige eine Start- und Landebahn von lediglich 40 bis 45 Metern Länge.

Belohnung für Hinweise

AFP, Athen

Die griechische Regierung hat über 600 000 Mark Belohnung für Hinweise auf Brandstifter ausgesetzt, die für die verheerenden Waldbrände der vergangenen Woche verantwortlich gemacht werden. Gleichzeitig beschloß die Regierung die Schaffung einer Eingreiftruppe zur Brandbekämpfung, ein Programm für die Aufforstung der Katastrophengebiete und die Vorlage eines Gesetzes über den Schutz von Wald und Weideland.

TÜV-Test ungenau?

AP, München

Schlechte Noten hat der ADAC den Technischen Überwachungsvereinen (TÜV) für die Abgassonderuntersuchung (ASU) ausgestellt. Ein bundesweiter Rest ergab nach den Angaben des Autoklubs, daß eine Mehrzahl der TÜV-Prüfstellen zu hohe Abgaswerte nicht richtig feststellte und dennoch die ASU-Plakette vergab. Hingegen verteidigt der größte Technische Überwachungs-Verein, der TÜV-Rheinland, die am 1. April eingeführte Abgas-Sonderuntersuchung für Autos mit Benzinmotoren. Durch diese reduziere sich die Umweltbelastung ganz beträchtlich. Auch wirtschaftlich sei die Untersuchung interessant, da ein Auto mit *richtig* eingestelltem Motor etwa fünf Prozent weniger Benzin verbrauche als ein falsch eingestelltes Triebwerk.

ZU GUTER LETZT

„Trockenei ist nichts anderes als Flüssigei ohne Wasser“, schrieb dpa.

Weinprozeß von Morddrohung überschattet

AXEL KOLLECKER, Mainz

An Überraschungen reich war der zweite Tag des Prozesses gegen den ehemaligen Präsidenten des Deutschen Weinbau-Verbandes, Werner Tyrell, und den mitangeklagten verantwortlichen Kellermeister B. Eine Sachverständige teilte mit, in der Nacht zum Mittwoch eine anonyme Morddrohung per Telefon erhalten zu haben. Von da an stand die Chemiedirektorin unter verstärktem Polizeischutz. Für die andere Überraschung sorgten die Staatsanwälte. Sie erwiesen sich als gnädig bei der Beantragung des Strafmaßes. Ein Jahr Freiheitsstrafe für Tyrell und sechs Mona*te für den Kellermeister* – jeweils auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

In dem 75minütigen Plädyoer, bei dem sich die beiden Staatsanwälte abwechselten, spielten das Renommee des Weingutes in Trier-Eitelsbach, die Reputation des damaligen Weinbaupräsidenten, aber auch der Schaden für den deutschen Wein eine erhebliche Rolle. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Weinkontrolle viele Jahre offenbar nachlässig erfolgte. 1979 wurden erstmals Pro*ben gezogen*.

Die völlig unzureichende und mangelhafte Führung der Weinkellerbücher wurde erst mit Beginn der Ermittlungen Ende 1983 enttarnt. *Staatsanwalt Hilmar Haentjes sprach* zwar von der „erschreckenden kriminellen Intensität über Jahre hinweg“, fügte allerdings hinzu, daß nicht die Verbraucher, aber andere Stellen „das Verfälschen leicht gemacht“ hätten.

Es steht zu vermuten, daß die Weinkontrolle in Rheinland-Pfalz abermals zu überprüfen sein wird. Immerhin hatte die Chemiedirektorin 1979 zwei auffällige Tyrell-Weine entdeckt. Als sie ihre Erkenntnisse an *die Staatsanwaltschaft weiterleiten* wollte, wurde sie von ihrem Chef, dem Leiter des chemischen Untersuchungsamtes Trier, „gebremst“.

Er informierte dann erst zwei Mo*nate später die Bezirksregierung* Trier und sandte per „Botengang“ eine Weinflasche zur Gegenanalyse zum chemischen Untersuchungsamt Koblenz. Dort wurde der Wein aus der unetikettierten Flasche als tolerabel eingestuft. Diese Erkenntnis führte zur Einstellung der Ermittlungen bei der Bezirksregierung. Daß der Fall Tyrell Jahre später doch noch ins Rollen kam, ist einem der typischen „Zufälle“ (Haentjes) zu verdanken.

Königin Astrid lebt in den Herzen der Belgier weiter

DW. Brüssel

Der Fahrer des Sportwagens, der am 29. August 1935 in der Nähe des Vierwaldstätter Sees einen Hang hinunterrast und an einem Baum zerschellt, hat Glück im Unglück. Er erleidet nur einen Rippenbruch und *Verletzungen an Arm und* Gesicht. Seine 29jährige Beifahrerin jedoch ist sofort tot.

Ihr tragisches Ende erschüttert ein Land. Der Name des Opfers: Königin Astrid. Der Fahrer ist ihr Ehemann, Leopold III., König von Belgien. Er hat beim Lenken eine Landkarte lesen wollen. Der Monarch, Alpinist und Liebhaber schneller Wagen, kehrt aus dem Bergurlaub in der Schweiz mit der Leiche seiner Frau heim nach Brüssel. Offiziell heißt es, die Straße am Vierwaldstätter See sei naß und rutschig gewesen.



Königin Astrid von Belgien (rechts) starb 1935 bei einem Autounfall. Den Wagen lenkte ihr Mann, König Leopold III.(links).

50 Jahre nach diesem spektakulären Unfall erlebt Belgien ein neues Astrid-Fieber. Im Königlichen Palais in Brüssel wurde eine große offizielle Astrid-Ausstellung eröffnet. „Wir lieben Dich“ oder „Dein Lächeln ist nicht gestorben“ notierten einige Besucher bewegt ins Gästebuch. Ein *Astrid-Film wird gezeigt*, Belgiens Post gibt zu diesem Anlaß Sondermarken heraus. Zeitschriften versuchen, „die Legende Astrid“ zu enträtseln. Der Rundfunk verkauft Tonbandkassetten mit der Übertragung der Trauerfeierlichkeiten, und die Trauerausgabe der Zeitschrift „Le Patriote Illustre“ vom September 1935 erscheint als Reprint. Biographien und Bildbände füllen die Regale der Buchhandlungen.

Die Romanze des Kronprinzen Leopold mit der schwedischen Prinzessin – Tochter des „blauen Prinzen“ Carl von Schweden und Prinzessin Ingeborg von Dänemark – hat ganz Belgien bewegt. Als Astrid am 8. November 1926 in Antwerpen zum ersten Mal offiziell belgischen Boden betritt, löst sie eine beispiellose Woge öffentlicher Begeisterung aus. Zunächst stürzt sie zum Entsetzen des Protokolls noch auf der Gangway in *die Arme des frisch angetrauten* Ehemanns und küßt ihn, dann winkt sie – gar nicht huldvoll, sondern fröhlich – mit hoch erhobener Hand den Massen zu.

Das „Astrid-Winken“ wurde zu ihrem „Markenzeichen“. Die „skandinavische Ungezwungenheit“, von *den Hofberichterstattern mit* immer neuen Anekdoten genüßlich beschrieben, verschafft ihr einen unbestrittenen Platz in den Herzen der Belgier.

Und Astrid sichert die junge Dynastie des erst seit 1830 unabhängigen Landes. Im Oktober 1927 wird Josephine-Charlotte geboren, im September 1930 Baudouin – heute *König der Belgier* – und im Juni 1934 Albert, inzwischen mit der italienischen Prinzessin Paola verheiratet. Im Februar 1934 stürzt Leopolds Vater, König Albert I., beim Bergsteigen ab. Leopold besteigt den Thron, *Astrid wird Königin*.

Belgien leidet damals wie die anderen Länder Europas unter der schweren internationalen Wirtschaftskrise. Hunger und Arbeitslosigkeit herrschen. Unter dem Eindruck der Not wendet sich Astrid im Februar 1935 direkt ans Volk. Mit einem als „Appell der Königin“ bekannten Aufruf zu Spenden für die Bedürftigen und der Umwandlung des Bellevue-Palais in eine Spenden-Sammelstelle setzt sie eine spektakuläre Hilfsaktion in Gang. Ihre Popularität erreicht den Höhepunkt.

Mit ihrem Tod am Vierwaldstätter See ist auch Leopolds glückliche Zeit vorbei. 18 Tage nach dem deutschen Einmarsch im Mai 1940 kapitulierte der König und ließ sich gefangennehmen. Nach der Befreiung Belgiens wurde ihm Kollaboration mit den Deutschen vorgeworfen, eine Beschuldigung, die er stets zurückwies.

Sein Bruder Charles wurde Regent, Leopold durfte erst 1950 nach Belgien zurückkehren. Als er den Thron wieder besteigen wollte, brachen Unruhen im Land aus. Im Juli 1951 dankte er offiziell zugunsten seines 21 Jahre alten Sohnes Baudouin ab. Die „Königskrise“ war beendet.



Wem gehört Miss Liberty?

Die New Yorker können es kaum glauben: Es gibt Leute, die ihnen die Freiheitsstatue wegnehmen wollen – die geliebte Miss Liberty (Foto). Sie gehört nach Überzeugung der New Yorker ebenso untrennbar zu ihrer Stadt wie das Empire State Building, das Yankee-Stadion und der Central Park.

Die „habgierigen Strolche“ sind die Einwohner des Nachbarstaates New Jersey. Sie wollen sich die 46 Meter hohe weltberühmte Statue mit der Fackel in der erhobenen Hand „einverleiben“. Schon immer haben die New Yorker ihren Nachbarn, den „Jerseyites“, mißtraut.

Die Freiheitsstatue steht auf Liberty Island, einer Insel in der Mün*dung des Hudson River*. Sie liegt rund 1000 Meter näher am Ufer New Jerseys als an der Südspitze Manhattans. Die Insel gehörte aber „schon immer“ zu New York. Der Anspruch stützt sich auf ein Grenzabkommen, das die Staaten New York und New Jersey 1834 abschlossen.

Jetzt entdeckte aber ein Amateurhistoriker aus New Jersey ein Dokument, mit dem er den Anspruch seines Staates auf Insel und Statue durchsetzen will. Das Dokument ist der 1889 veröffentlichte Bericht einer gemeinsamen Grenzkommission, der das Abkommen von 1834 interpretiert und Liberty Island New Jersey zuschlägt. Daher rief New Jersey sofort ein Bundesgericht an, um sich den Anspruch bestätigen zu lassen. Dabei geht es nicht nur um Ruhm und Ehre, sondern auch um *das gute* Geld, *das die* vielen Besucher der 90 Jahre alten Freiheitsstatue einbringen. FOTO: WEREK

LEUTE HEUTE

Anreise

Eigens aus dem Sommerurlaub in Schottland kam Prinzessin **Diana** nach London, um ihrer Schwester, **Lady Jane Fellowes**, zur Geburt ihres dritten Kindes zu gratulieren. Lady Jane brachte ihre Tochter im selben Krankenhaus zur Welt, in dem auch Prinzessin Dianas Söhne **William** und **Harry** geboren wurden. Die 28jährige Schwester Dianas ist mit einem Privatsekretär der Königin verheiratet.

Supergage

Sylvester Stallone, Titelheld des internationalen Kassenknüllers „Rambo“, verlangt für die Hauptrolle in einem Nachfolgefilm 60 Millionen Mark Gage. Der in Hongkong ansässige Produzent **Sir Run Run Shaw** soll ohne langes Zögern bereit gewesen sein, die Superforderung zu erfüllen: „Stallone ist sein Geld wert.“

Entlassung

Der aus Korea stammende Sektengründer **Sun Myung Mun** ist nach 13monatiger Haft in New York wieder auf freiem Fuß. Der 65jährige Führer der „Vereinigungskirche“ wurde 1982 wegen Steuerhinterziehung zu 28 Monaten verurteilt, jedoch wegen guter Führung vorzeitig entlassen. Mun, der dem Fiskus 162 000 Dollar Steuern vorenthielt, beteuerte stets, völlig unschuldig zu sein.

Versteck

Prinzessin **Margaret** liebäugelt mit einem „Versteck“ im schottischen Hochland. Die Queen-Schwester beabsichtigt *ein entlegenes Anwesen in* der Grafschaft Invernessshire zu mieten. Das aus dem 17. Jahrhundert stammende Haus mit 18 *Zimmern* steht inmitten dichten Waldes auf einer Flußinsel.

Umzug

„Rolling Stone“ **Mick Jagger** hat's nicht leicht, für sich und seine schwangere Freundin **Jerry Hall** eine abgeschirmte Bleibe zu finden. Zunächst wollte er in der Nähe von New York eine *Villa seines Pop-Kollegen* **Peter Frampton** mieten. Dieser jedoch setzte zuvor das Vier-Millionen-Mark teure Anwesen im exklusiven Rockland County in die Zeitung. So legte sich Mick ganz in der Nähe ein anderes Luxus-Haus zu. Aus diesem will er aber nun, 14 Tage nach Einzug, schon wieder ausziehen. Findige Fotografen kamen seiner Adresse auf die Spur und belagern das Haus Tag *und Nacht*.

WETTER: Im Norden unbeständig

Wetterlage: Ein atlantischer Tiefausläufer zieht im Tagesverlauf über die Nordhälfte Deutschlands nach Osten, während der Süden unter Hochdruckeinfluß bleibt.



Vorhersage für Donnerstag:

Im Norden veränderlich, starke Bewölkung und zeitweise Regen. Nach*mittags schauerartig verstärkt*. Temperaturen bis 22 Grad. Mäßiger Wind aus Südwest. Im Süden heiter, Nachmittags nur im Norden wolkig mit einzelnen Schauern oder Gewittern. Temperaturen bis 30 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest, in Gewitternähe Gefahr von Sturmböen.

Weitere Aussichten:

Einzelne Schauer, vor allem im Süden etwas kühler.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	30°
Bonn	20°	Kopenh.	19°
Dresden	21°	Las Palmas	24°
Essen	19°	London	19°
Frankfurt	19°	Madrid	27°
Hamburg	19°	Mailand	28°
List/Sylt	17°	Mallorca	32°
München	22°	Moskau	23°
Stuttgart	21°	Nizza	26°
Algier	27°	Oslo	15°
Amsterdam	18°	Paris	22°
Athen	31°	Prag	20°
Barcelona	27°	Rom	28°
Brüssel	20°	Stockholm	18°
Budapest	24°	Tel Aviv	33°
Bukarest	26°	Tunis	31°
Helsinki	19°	Wien	21°
Istanbul	26°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.20 Uhr, Untergang: 20.28 Uhr; **Mondaufgang:** 15.37 Uhr, Untergang: 23.26 Uhr

**in MEZ, zentraler Ort Kassel*

Von der wundersamen Wirkung angebrüteter Eier

Von GÜNTER RUDORF

Während Deutschlands Nudelhersteller sich gegen den geschäftsschädigenden Verdacht wehren, sie hätten angebrütete Eier in ihre Teigwaren gerührt, sei daran erinnert, daß noch vor nicht allzu langer Zeit zahlreiche Deutsche Tag für Tag in aller Gemütsruhe sogenannte „Neun-Tage-Eier“ schluckten.

Angefangen hatte es 1952 in der *Redaktionskonferenz einer* vielgelesenen Düsseldorfer Wochenzeitung. Auf der Suche nach einem zugkräftigen Thema für Seite eins entschieden die Blattmacher sich für eine aus allen möglichen Archiven zusammengeschriebene Serie mit dem Titel „So wirst Du 120 Jahre alt“.

Da stand: „Wir können ein überraschend wirksames und einzigartiges Mittel zum ersten Mal bekanntgeben, das als Waffe im Kampf gegen das Altern und als Werkzeug zur Erringung des Sieges über den Tod für jeden erschwinglich, für jeden Normalmenschen ohne ärztliche Hilfe anwendbar ist: Hühner-Embryonen – das konzentrierte Wunder.“

Kaum war die Wochenzeitung im Handel, ging's schon los. Die Leser spielten verrückt. Jeder wollte mehr über *das vermeintliche Gesundheitsgeheimnis* der neun Tage angebrüteten Hühnereier wissen. Acht Wochen nach Erscheinen des *Zufallsartikels*, der über ein Jahr lang unbeachtet in einem Schreibtisch gelegen hatte, war die Eierkur das Tagesgespräch. Und die Geschäftemacher waren gleich zur Stelle.

Hühnerfarmen richteten einen Neun-Tage-Eier-Service ein, Bauern *verhökerten besonders sorgfältig* ausgesuchte Eier an Kunden, die sich entschlossen hatten, in ihrer Küche *oder gar im Wohnzimmer mit Hilfe* eines extra zu diesem Zwecke konstruierten Apparates in eigener Regie das Anbrüten zu besorgen. In Zeitungsanzeigen offerierte die Apparatebau-Firma E. Reinhardt in Villingen/Schwarzwald „ein Anbrutgerät für Neun-Tage-Eier mit Gebrauchsanweisungen, patentiert und gesetzlich geschützt“. Der Auftragsboom blieb nicht aus.

Heute sagt Erwin Reinhardt (69), Bruder des inzwischen verstorbenen ehemaligen Firmenchefs Ernst Reinhardt: „Wir haben damals Tausende von Brutapparaten an Privatleute geliefert. Noch jetzt rufen mich alte Kunden an, die immer noch von *der Neun-Tage-Eierkur* begeistert sind.“

Eine irrtümliche Ansicht verbreitet die *„3 Glocken“-Geschäftsführerin* Marianne Rihm, die laut „Spiegel“ „kleingehäckselte Embryos in Lebensmitteln sogar für eine Delikatesse hält“. Die Wirkung sogenannter Trephon-Eier, klärt sie die Kunden auf, „wirke bei Männern sogar potenzfördernd“.

Von Potenzsteigerung war bei dem Neun-Tage-Eier-Fieber vor 33 Jahren nicht die Rede. Statt dessen wurde *unter der Schlagzeile* „Neue Wunder im Neun-Tage-Ei“ am 19. April 1952 stolz verkündet: „Unsere Entdek*kung stößt* kühn und wagemutig zum Kern des Lebens vor. Sie gibt den Schwachen die Gewißheit neuer Stärke und den Gesunden das Gefühl unbändiger Lebenskraft.

„Inzwischen“, so fuhr das groß ins Eiergerede gekommene Wochenblatt fort, „haben wir durch das Studium japanischer Gutachten eine weitere entscheidende Feststellung machen können: Die heilenden Stoffe des Neun-Tage-Eies können auch jungen Menschen zugute kommen ... Es handelt sich um ein Verfahren zur Zell-Erneuerung, dessen Bewährung nicht von der Hand zu weisen ist.“

Eine Woche später heizte das Wochenblatt unter der Schlagzeile „Mehr Kräfte im Neun-Tage-Ei: So wirst Du schöner“ die Massenpsychose weiter an: „Wird ein befruchtetes Ei in einem Brutapparat über neun Tage bei 38 Grad Celsius in den Zustand gebracht, der eines Tages zur Entwicklung eines Kükens führen müßte, dann gehen in diesem Ei sensationelle Dinge vor. In dem Ei entwickeln sich sogenannte Trephone. Gelingt es uns, diese Trephone für uns einzusetzen, erlebt unser Organismus im Laufe von 30 Tagen eine *physiologische* Schockwirkung, die einer Verjüngung gleichkommt.“

Pharmazeuten und Ärzte versuchten – zunächst vergebens – den Neun-Tage-Eierwahn als das hinzustellen, was er war: eine Geschäftemacherei. Mit Neun-Tage-Eiern wird niemand 100 Jahre alt. Der Urheber der Trephon-Eier-Psychose, ein Medizinjournalist, starb in den 70er Jahren. Im Widerspruch zu seinem Slogan „Jedes Jahr Neun-Tage-Eier – 100 Jahr Geburtstagsfeier“ verfehlte er sein Lebensziel um knapp 30 Jahre.